PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 28. Januar 1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

30. Januar 1975 Jg. 3 Nr. 4 50 Pfennig

Gegen das Urteil der Verfassungsrichter ! Für die völlige Streichung des Paragrafen 218 !

Auf den 25. Februar hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe seine ursprünglich für Ende Januar angekündigte Entscheidung über die Reform des § 218 verschoben. Wie diese Entscheidung aussieht, weiß man allerdings schon jetzt. Die Mehrheit der acht Richter, die darüber entscheiden, lehnen die Fristenlösung als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ab; zwei Richter haben ein Minderheitenvotum für die Fristenlösung angekündigt. Herauskommen wird also irgendeine Form des Indikationsmodells, wie es von der CDU/CSU und von Teilen der SPD unterstützt wurde.

Mit einem Wort: Das Bundesverfassungsgericht wird die Verhältnisse als die mit dem Recht übereinstimmenden anerkennen, die das Volk in jahrelangen Auseinandersetzungen als die ungerechten angegriffen und bekämpft hat. Und dies so entschieden und klar, daß auch der Bundestag, die sozialliberale Regierungskoalition nicht mehr anders konnten, als der Fristenlösung zuzustimmen.

Wir Kommunisten haben in dieser Auseinandersetzung immer vertreten, daß der § 218 gänzlich weg muß und daß es nicht darum gehen kann, ihn durch einen neuen und veränderten Paragraphen zu ersetzen. Und dies nicht, weil wir für die unbefristete Abtreibung sind oder so, sondern weil wir sagen, daß in diesen elenden kapitalistischen Verhältnissen die Massen zur Abtreibung gezwungen werden. Und weil die Massen durch die Verhältnisse dazu gezwungen werden, muß man auch alles bekämpfen, was die Bourgeoisie unternimmt, um diese elende Lage noch auszunützen und um ihre Kontrolle und Bevormundung der Volksmassen noch auszuweiten.

Dies aber tut sie durch ihre Paragraphen. Und ein gutes Jahrhundert lang hat sie der Arbeiterklasse und dem Volk Verhältnisse aufgezwungen, die diese zur Abtreibung zwingen, und genauso lang hat sie diese Lage zum Anlaß genommen, das Elend, das sie selbst geschaffen hat, durch den § 218 bürokratisch zu verwalten und nach ihrem Gutdünken zu regeln. Gesetze vom bürgerlichen Staat kann die Arbeiterklasse nur brauchen zum Schutz vor den Kapitalisten. Nicht brauchen kann sie Gesetze, die allein die Kontrolle der Arbeiterklasse und des Volkes bezwecken.

Weil aber ein Paragraph ein Paragraph bleibt, weil Bevormundung immer Bevormundung bleibt, ging und geht es nicht darum, ein neues Gesetz zu fordern, sondern darum, daß dieser Paragraph gänzlich wegkommt.

Was aber machen all jene Reformpolitiker der SPD und FDP und noch sonstwo, die sich mit der Reform des § 218 als Volksfreunde geben und denen jetzt ein Richterkollegium einen Riegel vorschiebt? Sie tragen ihre Reformpolitik zu Grabe, zwar noch nörgelnd und daß es anders besser gewesen wäre, aber mit dem Ruf, daß dies eben die Verfassung und das Bundesverfassungsgericht so wollen. Denn hat dieses Gericht einmal so entschieden, dann ist für sie die Reform eben gegessen, und was das Gericht als verfassungswidrig erklärt, gilt als verfassungswidrig für alle Ewigkeit, d. h. solange diese Verfassung gilt. "Hüter der Verfassung" nennt sich dieses Gericht, und man sieht hier gut, wozu es taugt und nützlich ist.

Verabschiedet der Bundestag ein Gesetz unter dem Druck des Volkes, welches die Bourgeoisie nicht will, so kassiert diese Entscheidung eben ein unabhängiges Gericht.

Die Parlamentarier, die alle wiedergewählt werden wollen, müssen sich zumindest alle vier Jahre dem Volke stellen, und das geht oft für sie nicht gut aus. Was sie nicht können, kann aber eben dieses Gericht. Denn seine Richter sind unabhängig, und das heißt nichts anderes, als unabhängig vom Willen des Volkes. Kaum einer kennt sie, hat sie je gesehen, was kein Wunder ist; denn unabhängig heißt, daß die Verfassung vorschreibt, daß sie nie für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden können. Und so treten sie dem Volk allenfalls bei Festakten gegenüber. Freilich, die bürgerlichen Politiker kennen diese Richter, denn sie setzen sie selbst ein und bestimmen, wer hier Richter wird. Damit schaffen sie sich das vom Hals, was sie selbst nicht verantworten wollen, indem sie diese Richter darüber entscheiden lassen.

Was dieses Gericht bezweckt, ist nicht bloß, daß die Reform kassiert wird, sondern es soll auch jedem weiteren Versuch, den Kampf um diese Reform fortzuführen, ein Riegel vorgeschoben werden. Und so wie dieses Gericht ein Teil des Grundgesetzes ist, so ist es eben die Aufgabe dieser Verfassung, jede selbständige Regung der Massen zu unterbinden. Genau dazu sieht diese Verfassung als letzte Instanz, wenn alles versagt, das Bundesverfassungsgericht vor.

Die Bewegung im Kampf gegen den § 218 war stark. Und ein großer Teil dieser Bewegung meinte, der Sieg wäre errungen, als der Bundestag die Fristenlösung verabschiedete. Wer für die Fristenlösung war und sie den bürgerlichen Politikern anvertraute, war allerdings zur Untätigkeit verdammt, als die Fristenlösung wohl verabschiedet, aber dann durch das Bundesverfassungsgericht stillgelegt wurde. Ohne Zweifel gelang es der Bourgeoisie mit diesem Schachzug, vorübergehend den Kampf gegen den § 218 zu lähmen, eben indem sie ihn in verfassungsmäßige Bahnen lenkte, in Bahnen, die nur dazu taugen, die selbständigen Aktivitäten des Volkes zu knebeln und zu unterbinden, wenn man dem bürgerlichen Staat vertraut.

Für die Arbeiterklasse und das Volk wird sich durch diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nichts ändern. Die Verhältnisse sind nicht anders geworden, zur Abtreibung werden sie immer noch gezwungen; was vorher eine notwendige Forderung war, wird durch den Spruch von acht Richtern nicht auf einmal falsch. Geändert hat sich allerdings, daß hier niemand mehr, der den Kampf gegen den § 218 ernsthaft führen will, diesen im Vertrauen auf den bürgerlichen Staat und seine Verfassung führen können wird.

Die Arbeiterklasse und das Volk, die alles Interesse haben, daß die Kontrolle und Gängelung durch den § 218 beendet wird, werden ihn jetzt entschieden und langfristig organisieren und in Angriff nehmen müssen. Viele, die ehrlich in die Fristenlösung und die bürgerlichen Institutionen vertrauten, müssen jetzt zeigen, wie ernst es ihnen ist. Das wird sie ein paar Illusionen in den bürgerlichen Staat kosten. Der Kampf gegen den § 218 kann dadurch nur an Breite und Stärke gewinnen unter der Forderung: **Weg mit dem § 218!** -e.r.-

ÖTV-Tarifrunde: Die Bundesregierung will die Belegschaften spalten

Durch einen Trick beabsichtigt die Regierungsseite, den Lohnkampf im öffentlichen Dienst nicht bloß zum Lohnabbau, sondern auch noch zur perfekten Spaltung der Belegschaften zu nutzen. Das erste Angebot der Regierung war mit 5 % spottschlecht niedrig. Das zweite Angebot geht über die 5 % nicht hinaus, sondern ist noch schlechter.

Die Regierung verlangt von den verhandelnden Gewerkschaften eine Vorleistung, ein Zurückstecken, bevor sie überhaupt bereit ist, über den Sockelbetrag und das Urlaubsgeld zu reden.

Verhandlungen über die Bereinigung des Lohngruppendschungels, die schon lange laufen, hat die Regierung in die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen hineingezogen. Laut Radiomeldungen war über diese Bereinigung schon im November eine Einigung erzielt worden. Wahrscheinlich in Verhandlungen im engsten Kreis und um den Hauptvorstand der ÖTV in der Durchsetzung der niedrigen Forderung von 6 %, 50 DM und 300 DM Urlaubsgeld in der eigenen Organisation zu bestärken. Was ja bekanntlich nicht einfach war.

Jetzt sagt die Regierung, wenn über mehr als 5 % überhaupt verhandelt werden soll, dann muß sich die ÖTV einverstanden erklären, daß die Bereinigung der Lohngruppen erst im Jahre 1976 gelten soll. Weiter behauptet die Regierung, von dieser Lohngruppenbereinigung hätten 30 % der Arbeiter und 15 % der Angestellten einen Vorteil, die Kosten dieser Sache beliefen sich auf ein Volumen zwischen ein und drei Prozent.

Hier handelt es sich um ein Spaltungsmanöver, das nicht hingenommen werden kann. Denn erstens ist es nicht möglich, den Lohnabbau für alle und für das Jahr 1975 hinzunehmen, weil irgendwann irgendwer dafür ein Trostpflaster bekommen soll. Zweitens kann man gar nicht wissen, wer überhaupt einen Vorteil haben wird und welchen Umfang dieser Vorteil haben wird. Die Durchsetzung von Lohngruppenänderungen ist ein dorniges Geschäft im Betrieb. Viele Kollegen bleiben jahrelang falsch eingestuft. Die Regierung hingegen kann behaupten, der Vorteil dieser Lohngruppensache sei ungeheuer, während sie praktisch alle Hebel in der Hand hat, um einen eventuellen Vorteil zunichte zu machen.

Angesichts dieses schmutzigen Manövers fanden sowohl Heinz Kluncker von der ÖTV als auch Grotegut von der DAG starke Worte im Fernsehen. Kluncker sprach von Verschaukeln, Grotegut von Demontage der Forderung. Wenige Stunden später sprach Kluncker, die ÖTV hätte gefordert, daß diese Bereinigung mit Wirkung vom 1. April in Kraft träte. Es wäre wirklich angemessen gewesen, sich auf diesen Kuhhandel, bei dem die Gewerkschaft nur verlieren kann, nicht einzulassen und das Scheitern der Verhandlungen zu erklären. Stattdessen wurden diese Verhandlungen auf den 14. Februar vertagt.

Offensichtlich beabsichtigt die Regierung mit diesem Spaltungsmanöver, die Solidarität der Belegschaften zu zerschlagen. Eine solche gewerkschaftliche Wüste und Spaltung der Belegschaften soll erzeugt werden, daß diese nachher leichtes Opfer von weiterer Ausplünderung durch Nichtbesetzung von Stellen bei gleichbleibendem Arbeitsanfall, durch Rationalisierungen werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dies tatenlos hinnehmen werden.

Aus dem Inhalt:

Die Kapitalistenklasse plündert die Staatskassen

Staatsschuld und Steuerausplünderung wachsen

Über 23 Milliarden DM Schulden werden für den Bundeshaushalt 1975 nach neuesten Schätzungen vorgesehen. Schuld daran seien die Rückgänge der Steuereinnahmen und die wachsenden Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit. Und schon droht die Regierung, noch in diesem Jahr die Steuern zu erhöhen, wenn der Abschluß im öffentlichen Dienst über 10 % rausgeht.

Daß es Steuererhöhungen geben wird, steht schon fest. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist lange geplant. Es geht der Bundesregierung jetzt nur noch darum, die Sache so hinzudrehen, daß möglichst den Lohnabhängigen selbst noch für die Steuererhöhungen, die sie zu zahlen haben, die Verantwortung zugeschoben wird. **Das will derzeit schlecht gelingen, denn eben im gleichen Moment, wo immer klarer wird, daß weitere Steuererhöhungen kommen, stellt sich nun bei den ersten Lohnabrechnungen nach der Steuerreform heraus, daß sie nicht viel gebracht hat. Bei Familien, wo Mann und Frau arbeiten, bleibt sogar erheblich weniger vom Lohn oder Gehalt auf der Hand.** Für die Regierung ist diese Tatsache eine reine Informationsfrage, ob man Monat für Monat weniger hat. Denn über den Jahreslohnausgleich bekäme man entsprechend zurück. Und der DGB hat nichts besseres zu tun, als der Regierung seine Hilfe für eine Informationskampagne über die Steuerreform anzubieten. Richtig ist zweifellos die Rechnung der CDU, die zu dem Ergebnis kommt, daß die Steuerminderung durch die Steuerreform, die insgesamt 14 Milliarden ausmachen soll, schon durch die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Altersrenten, höhere Preise bei Post, Bahn, Strom und Gas von insgesamt 11 Milliarden DM aufgehoben sei.

Diese 11 Milliarden, und das verschweigt jedoch die CDU, entsprechen genau dem Betrag, der nach offiziellen Berechnungen von den Lohnabhängigen durch die Steuerreform eingespart wird, und die Lohnabhängigen sind es auch, die diese 11 Milliarden Abgabenerhöhung praktisch allein zu zahlen haben. Es bleibt für sie also nichts unterm Strich von der großartigen Steuerreform.

Ganz umgekehrt sieht die Sache bei den Kapitalisten aus. Nicht nur, daß die kleineren unter ihnen selbst noch von der Steuerreform begünstigt werden, sie erhalten jetzt die Investitionsprämien und auch die Arbeitslosenkasse wird ihnen zur Plünderung freigegeben! Das sieht man ganz klar aus der Anzeige der Bundesanstalt für Arbeit auf Seite 3 dieser Zeitung.

Erst kriegen sie Prämien für Rationalisierungsinvestitionen, also Prämien für Entlassungen, und dann kriegen sie bis zu 80 % der Lohnkosten aus der Arbeitslosenkasse, wenn sie neu einstellen. So erklärt sich auch der einfache Grund für die gewaltige Ausweitung der Staatsverschuldung, denn die Staatskasse ist ausgezehrt von Investitionsprämien und Zuschüssen an die Bundesanstalt, die wiederum den Kapitalisten in die Tasche fließen. Aber allen Tatsachen zum Trotz werden die Tarifabschlüsse die offizielle Begründung für die Notwendigkeit von Steuererhöhungen sein. Wenn in dieser Situation nun die CDU als Anwalt der Lohnabhängigen auftritt, so hat die SPD zweifellos recht, wenn sie sagt, die CDU/CSU habe alles mitbeschlossen. Daß die CDU die gleiche Linie der immer stärkeren Ausplünderung der Lohnabhängigen über den Staatshaushalt zugunsten der Kapitalisten vertritt, beweist auch ihr Vorschlag, den Kapitalisten jede neue Lehrstelle aus dem Staatshaushalt zu prämieren.

Das Elend, das die Krise des Kapitals überall erzeugt, ist den bürgerlichen Parteien allesamt ein Grund, die Lohnabhängigen noch mehr über den Staat auszuplündern, um die Kapitalisten zu mästen.

Für Strauß nicht ganz geheuer

nach dem Besuch in der Volksrepublik China

Der Besuch von FranzJosef Strauß in der Volksrepublik China hat hierzulande erfreuliche Auswirkungen. Diese Meinung, die wir schon in der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung veröffentlicht haben, hat Franz Josef Strauß selbst durch seinen Fernsehauftritt bestätigt. Konnte vor wenigen Jahren der damalige Kanzler Kiesinger im Bundestag noch gegen die *"gelbe Gefahr"* hetzen, so mußte Strauß nun sogar zugeben, daß der Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China beispielhaft für die Völker sei, mußte er klarstellen, daß die Politik der Volksrepublik China gegen jede Aggression gerichtet ist und daß die Volksrepublik China niemals andere Völker bedroht.

Liegt das nun daran, daß Strauß eine ganz andere Politik vertritt als weiland Kanzler Kiesinger? Oder liegt es daran, daß Strauß sich völlig verändert hätte? Mitnichten! Verändert haben sich die Kräfteverhältnisse auf der Welt, und deshalb kommt die Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter mit manchen Lügen und Verdrehungen nicht mehr an. Auch die Politik der Bourgeoisie muß sich an die Realitäten in der Welt halten. Der entscheidende Unterschied heute aber ist der, daß die Bourgeoisie, daß der Imperialismus diese Realitäten nicht mehr bestimmt, sondern auf Realitäten reagieren muß, die durch die Erfolge des Sozialismus und der Völker der Dritten Welt bestimmt sind.

So konnte Strauß in dem Fernsehinterview gegenüber dem Kommunismus nur ein Abwehrgefecht dergestalt anbringen, daß er sagte, der Kommunismus der Volksrepublik China sei ein Beispiel, das für viele Völker der Dritten Welt – nicht aber für uns – Bedeutung habe.

Wenn die Bourgeoisie im Kampf um die politische Meinung im Volk derart im Rückzug sich befindet, dann ist das gut, weil es Luft und Raum schafft für die Verbreitung der richtigen Anschauungen im Volk durch die Kommunisten. Ja die Bourgeoisie selbst muß Informationen über die Realitäten in der Welt verbreiten, die für die Verbreitung der richtigen politischen Meinung sehr nützlich sind. Das konnte man am gleichen Tag im Fernsehen verfolgen, wo ein Film gezeigt wurde über die erfolgreiche und uneigennützige Entwicklungshilfe der Volksrepublik China. Wie überhaupt in letzter Zeit im Fernsehen verschiedene Filme über die Volksrepublik China gezeigt wurden.

Nun gibt es Menschen, die sagen, wenn die Bourgeoisie so positive Sachen über die Volksrepublik China bringt, dann muß etwas faul sein an der Politik der Volksrepublik China. Vor allem gibt es viele, die Strauß für viel reaktionärer halten als Schmidt und Brandt und alle anderen bürgerlichen Politiker zusammen und deshalb meinen, es schade dem Kommunismus und der Volksrepublik China, wenn Strauß dorthin eingeladen wird und sich so positiv über das, was er dort gesehen und gehört hat, äußert. Und schließlich gibt es die Revisionisten, die in der Sowjetunion am Ruder sind, und die DKP, die hier auf deren Linie schwimmt, die den Besuch ihres **"Erzreaktionärs Strauß"** als "Beweis" dafür anführen, daß die chinesischen Kommunisten Kriegshetzer usw. seien und erzählen, daß es ein finsteres Komplott der Monopole geben soll, das in der "Allianz von Chinesen, Maoisten und Strauß" bestehen soll. Es ist das Verdienst der chinesischen Kommunisten, den Revisionismus und Sozialimperialismus der derzeitigen Führung der Sowjetunion seit Chruschtschow schonungslos entlarvt und bekämpft zu haben. Kein Wunder, daß die Parteigänger des Revisionismus und russischen Sozialimperialismus in solch lächerlichen Konstruktionen ihre Zuflucht suchen.

Wie kommt es nun dazu, daß ein bürgerlicher Politiker eine Einschätzung der internationalen Lage hat, die in manchen Punkten sich mit der Einschätzung durch die Kommunisten zu treffen scheint? Der Grund dafür liegt darin, daß es Widersprüche innerhalb des imperialistischen Lagers gibt. Es gibt diese Widersprüche gerade deshalb, weil alle Imperialisten nach dem gleichen streben, nämlich nach Ausbeutung und Unterwerfung der Völker, nach Vorherrschaft in der Welt. Und weil sie alle das Gleiche in ihren Besitz bringen wollen, müssen sie darüber aneinandergeraten. Und dabei kommen sie nicht darum herum, eine realistische Betrachtung der Kräfteverhältnisse zu versuchen, und dabei auch Teile der Realität zu erfassen.

Gegenwärtig ist der Widerspruch im Kampf um die imperialistische Vorherrschaft in der Welt zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR der bestimmende. Zwischen diesen beiden imperialistischen Mächten kann es keine Entspannung geben. Unter dem Deckmantel der Entspannung rüsten beide gegeneinander und gegen die Völker der Welt. Ihr Kampf um Vorherrschaft richtet sich vor allem gegen die Völker der Dritten Welt. Vielmehr geht der Kampf um die imperialistische Vorherrschaft zwischen den beiden Supermächten letztlich um die Vorherrschaft über Europa. In Europa haben die beiden Supermächte auch ihr größtes Kriegspotential konzentriert. Daran hat die Entspannungsschau nicht nur nichts geändert, vielmehr hat sich das Kriegsmaterial unter dem Deckmantel der Entspannung ständig auf beiden Seiten vergrößert. Die chinesischen Kommunisten warnen vor der ständig zunehmenden Kriegsgefahr, die vor allem von den beiden Supermächten ausgeht, und sie warnen davor, auf die Entspannungsschau hereinzufallen. Das ist natürlich das genaue Gegenteil von Kriegshetze.

Stärke und Selbständigkeit der europäischen Imperialisten gegenüber den imperialistischen Supermächten, das ist diese Politik in der Einschätzung der Politik der Supermächte. Darin, daß sie sieht, daß die sogenannte Entspannungspolitik zwischen den Supermächten USA und UdSSR auf nichts anderes rausläuft, als den Kampf um die Vorherrschaft auf der Welt unter Ausschaltung aller Konkurrenten allein unter sich auszumachen. Weil die Realität so ist, nicht weil er das Gleiche will, hat Strauß gemeinsame Punkte in der Einschätzung der internationalen Lage.

Doch der Realitätssinn des Imperialisten Strauß hat auch enge Grenzen. Unrealistisch ist seine Politik in der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und der eigenen Zukunft. Denn der Imperialismus, sei es der der Supermächte, sei es der europäischen oder der westdeutschen Imperialisten, hat keine Zukunft. Das ist der Strauß in der Volksrepublik China deutlich gesagt worden. So berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 27.1.:

"*Es konnte Strauß auch nicht ganz geheuer sein, als die Chinesen Strauß immer wieder versicherten,' Krieg zwischen Russen und Amerikanern in Westeuropa sei 'unvermeidlich'. Auch europäische Wachsamkeit helfe da nicht, allenfalls könnten 'Revolutionen' in Westeuropa dieser Kollision der Großmächte zuvorkommen.*"

Und so muß sich die FAZ, die Zeitung der Großbourgeoisie, denn auch fragen, ob der Besuch von Strauß wohl mehr der Verbreitung der Ansichten der Kommunisten oder den Ansichten von Strauß gedient hat:

"*Die grandiose Selbstbestätigung, die Strauß in China erhielt, kann ihn nicht taub für die Überlegung gemacht haben, wer wohl wem nützlicher ist und wer der Gefahr läuft, benutzt zu werden.*" (FAZ, 27.1.1975)

bb–

> Das westdeutsche Proletariat führt den Kampf für seine soziale Befreiung in einem imperialistischen Land. Der deutsche Imperialismus, der über das deutsche Volk das Elend zweier Weltkriege und die faschistische Terrorherrschaft gebracht hat, hat sich nach Niederlagen in beiden Kriegen und obwohl er auf ein schmales Territorium eingeschränkt wurde, wieder erholt.
>
> Bei der Ausnutzung imperialistischer Bündnisse greift er selbständig in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt ein. Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie dadurch auf deren Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen. Gelingt es dem Proletariat nicht, einen weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.
>
> (aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland)

Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg beschlossen

Hamburg. Die Hamburger DGB-Jugend und fünf weitere Jugendverbände (DAG-Jugend, SDAJ, Jungdemokraten, Arbeitsgemeinschaft der freien Jugendverbände, Arbeitsgemeinschaft Hamburger Pfadfinder) haben für den 19.Februar eine Demonstration gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit unter der Losung "Recht auf Ausbildung" beschlossen. Die Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland unterstützt diese Demonstration.

In verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien sind zu dieser Demonstration inzwischen Resolutionen verfaßt worden, die die Demonstration ausdrücklich begrüßen und Forderungen für den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit enthalten.

So erhebt die Betriebsgruppe der Gewerkschaft Handel-Banken und Versicherungen bei Karstadt in Hamburg Eimsbüttel die Forderungen:

80 % Arbeitslosengeld vom Facharbeiterlohn für alle Lehrlinge, die nach Abschluß der Lehre in kein Arbeitsverhältnis übernommen wurden.

60 % vom Facharbeiterlohn für arbeitslose Schulabgänger.

Recht für alle Jugendlichen, die keine Lehrstelle bekommen oder arbeitslos sind, an einer Berufsschulklasse ihrer Wahl teilzunehmen, die sie zum Abschluß einer Facharbeiterprüfung befähigt.

Der Jugendarbeitskreis Hamburg der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat die Anerkennung der Jugendlichen ohne Arbeit als Arbeitslose und die Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung gefordert und außerdem den DGB und die Einzelgewerkschaften aufgefordert, Schulungen und Seminare für alle Arbeitslosen zu veranstalten.

Der bürgerliche Staat läßt das Volksbildungswesen verrotten

Kämpfe und Proteste in Hessen und Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz sollen am 1.Februar von 850 Lehramtskandidaten nur 250 in den Schuldienst übernommen werden; in Hessen sollen 771 Referendarsanwärter nicht in die zweite Ausbildungsphase übernommen werden; "Nordrhein-Westfalen schränkt die Reform des Schulsystems ein" (Frankfurter Rundschau, 1.11.74); Westberlin: "Immer mehr Referendare abgelehnt" (Frankfurter Rundschau, 1.11.74) – die Krise der bürgerlichen Gesellschaft schlägt voll auf das Volksbildungswesen durch.

Die bürgerlichen Regierungen begründen ihre Maßnahmen damit, daß ihnen die Haushaltsmittel fehlen, daß "öffentliche Armut" eintritt, daß sie "kürzer treten" müssen. Wenn die Regierungen davon reden, daß sie in der kapitalistischen Krise kürzer treten müssen, so können sich die Arbeiter und Angestellten darauf gefaßt machen, daß sie es sind, die getreten werden sollen. Wenn die Regierungen darüber klagen, daß sie arm seien, so müssen die Arbeiter gleich zweimal und scharf hinsehen. Arm, bettelarm, sind die staatlichen Bürokratien, wenn es um die Volksbildung geht. Volle Staatssäckel haben sie, reich sind sie, wenn es um Ausgaben für die Kapitalistenklasse geht: Milliardenbeträge werden dieser in den Rachen geschmissen. Genügend Geld ist da, wenn es um die Stärkung von Polizei und Heer geht und von Armut ist nichts zu spüren, wenn die Gehälter der Ministerialbürokratie und die Diäten der Abgeordneten wieder mal einen Zuschlag erfordern. Während an den Schulen und Lehrerstellen drastisch gespart wird, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung in den letzten drei Jahren die Polizeiplanstellen von 651 auf 1 221 vermehrt, in Hessen – so die Regierungserklärung Osswalds – ist "das polizeiliche Sicherheitssystem besser ausgebaut worden als je zuvor" (Frankfurter Rundschau, 23.1.). In bezug auf das Volksbildungswesen, ohnehin in schlechtem Zustand, hat diese Politik eine einfache Wirkung: es verrottet.

Rheinland-Pfalz: 1 500 Studenten haben letzten Mittwoch in Mainz, dem Sitz der Landesregierung, gegen deren Erlaß demonstriert, von 850 Lehramtskandidaten nur 250 einzustellen. Es handelt sich ausschließlich um Lehrer, die für Grund- und Hauptschulen ausgebildet wurden.

Der Großteil der Demonstranten kam aus Koblenz, Landau und Worms von den Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen (EWH), sie wurden von den Studenten der Mainzer Hochschule unterstützt. Diese Demonstration ist ein Erfolg im Kampf gegen die Maßnahmen der CDU-Landesregierung. In dieser Woche finden weitere Kampfmaßnahmen an den Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen statt. In Worms haben sich an der Urabstimmung für einen Streik 56,5 % der Studenten beteiligt und davon 84,2 % für Streik gestimmt. Der Protest gegen die volksfeindlichen Maßnahmen der Landesregierung hat auch an den anderen Hochschulen des Landes Nahrung gefunden und Fuß gefaßt: In Mainz haben der Zentrale Fachschaftenrat und der AStA der Hochschule Mainz, der AStA der Fachhochschule Protesterklärungen veröffentlicht; in Trier und in Mainz sind in Seminaren und mehreren Fachschaftsversammlungen Resolutionen verabschiedet worden.

Daß dieser Aufschwung der Studentenbewegung an den Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen notwendig ist und ihre Kampfentschlossenheit anhalten muß, zeigen die weiteren Pläne Vogels, des CDU-Kultusministers.

Nicht nur, daß jetzt ein Gutteil der Bewerber nicht eingestellt wird. Dieser Zustand soll verlängert werden. Vogel hat angekündigt, daß alle Lehramtskandidaten, die im Sommer ihre Prüfung machen und zum August 1975 auf Einstellung hoffen, diese Hoffnung aufgeben müssen. Zu diesem Termin sollen keine Einstellungen stattfinden, stattdessen soll die Prüfung auf ein ganzes Jahr ausgedehnt werden und erst wieder im Januar 1976 geprüft werden. Mit diesem Trick will er weitere Einstellungen aufschieben, gleichzeitig verschärft er den Lehrermangel und die Überlastung der Lehrer. Vogel hat sich zudem einen weiteren Trick einfallen lassen, um die Verantwortung von sich auf die Studenten selber abzuwälzen: "Es ist schließlich das Risiko jeder Berufswahl, das auf einen einfachen Nenner gebracht werden kann: mit der Vergabe eines Studienplatzes ist kein zukünftiger Arbeitsplatz garantiert." Hanna Laurien, seine Staatssekretärin und überregional erst dadurch bekannt geworden, daß sie von Dregger im Hessenwahlkampf als Wunderwaffe vorgestellt wurde, sagte es anders und offener: Die Studenten könnten machen, was sie wollen, ändern würden sie nichts. Die SPD hat kaum ein Wort der Kritik an diesen Maßnahmen gefunden; auf ihrem Wahlparteitag in Kaiserslautern hat sie dieses Thema vermieden. Die bürgerlichen Parteien und die Landesregierung sind also fest entschlossen, diese Maßnahmen durchzusetzen, und sind zugleich gewillt, die Sache schnell hinter sich zu bringen, damit sie ihnen im Wahlkampf nicht schaden kann. Deshalb wollen sie keine öffentliche Debatte darüber. Aber diese ist nicht mehr zu unterdrücken. Die Zustände selber erzwingen sie. Am Beispiel: "An den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz fehlen ungefähr 700 Lehrer. Dadurch müssen mehr als 9 300 Wochenstunden Unterricht von nebenamtlichen oder nebenberuflichen Lehrern gegeben werden. Die vorhandenen Berufsschullehrer sind zusätzlich mit rund 3 000 Überstunden belastet. Die genaue Zahl der wöchentlich ausfallenden Unterrichtsstunden ist nicht bekannt. Bei einer Zählung im April 1973 waren es in Ludwigshafen an einem Tag 400 von insgesamt 1 915 Stunden." (Ortsbeilage Ludwigshafen) Die Grund- und Hauptschulen werden durch den ministeriellen Erlaß hart getroffen. Bereits jetzt werden statt der vom Ministerium vorgesehenen Wochenstunden für Hauptschüler nur noch 38 genehmigt, an der Wormser Nibelungenschule z. B. werden aber ganze 33 erteilt. Zu Lasten der Jugend der Arbeiterklasse geht diese Entwicklung, die heutzutage entweder keine Arbeitsstelle findet (am Beispiel: bei der Post in Neustadt sind bereits jetzt ungefähr 500 Lehrlinge angemeldet. Zu besetzen sind 28 Lehrstellen.) oder sich als Hilfsarbeiter verdingen muß. Dies wird nicht ohne Widerspruch hingenommen, die Arbeiter erheben ihre Stimme. Dafür stehen die Resolutionen des Vertrauensleutekörpers der VFW Fokker in Speyer, des Arbeitskreises Junger Metaller in Frankenthal, der BASF-Jugendvertrauensleuteversammlung in Ludwigshafen. Sie haben den Erlaß der Landesregierung verurteilt, auf die Zustände im Volksbildungswesen hingewiesen und eine ausreichende Ausbildung für die Jugend gefordert.

Vogel, die Landesregierung, alle bürgerlichen Parteien sind bisher davon ausgegangen, daß sie nach Belieben schalten und walten können. Diese Landesregierung war gewohnt, daß sie gegen das Volk regieren kann und das Volk sich regieren läßt. Das ist vorbei. An den "ruhigen Hochschulen", mit denen noch vor kurzem geprahlt wurde, sind die Studenten aufgewacht und haben sich gegen die Landesregierung erhoben. Aus den Betrieben und Gewerkschaften sind Forderungen aufgestellt worden. An ihrer weiteren Verbreitung und Verankerung wird jetzt gearbeitet.

Hessen. In den letzten vierzehn Tagen hat sich der Protest gegen den Beschluß der Landesregierung, zum 1.Februar 771 Referendarsanwärter nicht in die zweite Ausbildungsphase zu übernehmen, ausgedehnt und ist besser organisiert worden.

Kein Wunder, wo auch nach dem 1.2. nach Angaben der GEW die tatsächlichen Lehrerzahlen um knapp 3 000 unter dem vom Kultusministerium angegebenen Lehrerbedarf (der eh zu niedrig angegeben ist) liegen. In den wichtigsten Städten des Landes – Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt, Kassel – in vielen anderen Städten haben Versammlungen der GEW stattgefunden, haben sich die Studienreferendare zusammengetan. Zum ersten Mal seit langem haben sich die Personalräte der Studienreferendare ganz Hessens zusammengesetzt und Kampfmaßnahmen beschlossen. An vielen Orten wurde von der GEW beschlossen, vor und am 1.2. in der Stadt Aufklärungsaktionen über die schlechten Zustände in den Schulen durchzuführen und für die Übernahme aller Referendarsanwärter einzutreten.

Daß dies notwendig ist, zeigt nicht nur dieser Beschluß des Landesregierung. In der jüngst abgegebenen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Osswald vor dem hessischen Landtag wird das Ende der Reformpolitik verkündet. Ganz im Gegensatz zu früher und auch im Gegensatz zu den Wahlkampfversprechungen taucht das Volksbildungswesen nicht mehr unter den "Schwerpunkten der Regierungspolitik" auf.

Nicht mehr wird von der Relation kleiner Klassen und erforderlichem Leherbedarf ausgegangen, sondern auf verschlungene Weise die Einsparung von Lehrern festgelegt: "In den kommenden Jahren (werden) mehr geeignete Bewerber als Planstellen zur Verfügung stehen." (Frankfurter Rundschau vom 23.1.) Für diese Politik wurde auch der richtige Mann beauftragt: Friedeburg muß weg, Krollmann eingesetzt. Er hat zehnjährige Erfahrung als Jurist im Kasseler Polizeipräsidium und als Staatssekretär im hessischen Innenministerium. Diese Bürokratenseele wird eine Politik durchsetzen, die wie folgt aussieht: von den 770 Referendarsanwärtern sollen nach vorläufigen Zahlen 556 an Grund-, Haupt- und Realschulen eingespart werden, 195 an den Gymnasien.

Das zeigt die Richtung: die Elementarschulen sollen und können verludern. Bestenfalls soll der Hauptschulabschluß für die Jugend der Arbeiterklasse möglich sein. Kaum mehr die Möglichkeit des Übergangs auf das Gymnasium, das bislang bis zur mittleren Reife Funktionen des Volksbildungswesens mit übernommen hatte. Rückverwandlung des Gymnasiums in eine Eliteschule für die Kinder der Bourgeoisie und Großbourgeoisie.

Das ist der zukünftige Kurs der bürgerlichen Bildungspolitik: Verrottung der Elementarschulen und Berufsschulen, Aufrechterhaltung der Ausbildung der Zöglinge der Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse tritt dagegen ein für die Einheitsschule, die dieser Politik direkt entgegengesetzt ist. Gerade gegenwärtig wird sie besonders dringlich, wo immer mehr Jugendliche ohne Arbeit und Ausbildung bleiben. Durchgesetzt werden kann diese Forderung nur im Kampf gegen die bürgerliche Bildungspolitik und den Staat, der sie durchführt.

-HJH-

Kein Beifall für Schmidt

Am letzten Freitag, dem 24.1.1975, kam der Bundeskanzler Schmidt nach Hamburg-Altona, um die gegenwärtige Lage zu erklären und die Fragen der Bevölkerung zu beantworten. In Altona wohnen 260 000 Menschen. Der Saal war dafür ziemlich klein – nur eine Aula mit 300 Sitzplätzen.

Schon während der Rede des Kanzlers gab es Zwischenrufe. Zum Beispiel fragte ein Kollege aus dem öffentlichen Dienst, wie sich der Bundeskanzler das vorstelle mit den 5 % Lohnerhöhungen. Er rechnete vor, daß er bei seinem Grundgehalt von 1 000 DM um die 32 DM netto mehr bekäme. Darauf der Kanzler: "Sie verschweigen uns wohl Ihren Ortszuschlag! Sie kommen garantiert auf 1 400 DM brutto, das wagen Sie nicht zu sagen, weil Sie wissen, daß man davon gut leben kann."

Das hatte er wohl als Witz gedacht und lachte selber darüber. Im Saal war eher peinliches Erstaunen.

Die Methode "Lächerlichmachen" versuchte er nochmal, als ein Arbeitsloser rief: "Herr Bundeskanzler, was Sie sagen, nützt nichts. Ich leide Not!"

Mit einer lässigen Handbewegung meinte der Bundeskanzler, er sei stolz, behaupten zu können, daß in der Bundesrepublik niemand Not leiden müsse. Auch nicht die Arbeitslosen mit ihren 60 %. Vor einigen Jahren bekamen sie nur 50 % ...

Offensichtlich war der Kanzler aber durch die Zwischenrufe aus dem Konzept gekommen. Er fand den Faden seiner Rede nicht wieder und kündigte an, er würde schnell zum Schluß kommen.

Da gab's endlich größeren Beifall für den Kanzler.

Auch bei der Beantwortung der Fragen hatte er Schwierigkeiten. Deutlich wurde das, als ich zwei einfache und klar verständliche Fragen stellte: Erstens: Warum bekommen Schulabgänger, die keine Lehrstelle finden, keine Arbeitslosenunterstützung?

Zweitens: Warum hält die Regierung an Lohnerhöhungen in Prozenten fest, wo sie doch bei Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle gleich besser wegkäme? So würde eine Lohnerhöhung von 7 % im öffentlichen Dienst einer Lohnerhöhung von 200 DM für alle entsprechen. Das haben viele Kollegen gefordert.

Zuerst versuchte der Kanzler, dies und das zu sagen zur Jugendarbeitslosigkeit, zum Problem der Schule, zur Faulheit der Jugendlichen usw., bloß um keine Antwort geben zu müssen. Ich wies ihn dann darauf hin, daß ich meine Frage absichtlich einfach formuliert hätte, damit er sie verstehen könne. Klar wäre mir schon, daß die Antwort ihm nicht leicht fallen würde, trotzdem müsse ich auf einer Antwort bestehen und würde deshalb die Fragen wiederholen.

Daraufhin beantwortete er die erste Frage: Die Schulabgänger sind deshalb nicht als Arbeitslose anerkannt und bekommen kein Arbeitslosengeld, weil sie noch nicht gearbeitet haben und daher nicht Mitglied der Arbeitslosenversicherung sind. Die Antwort auf die zweite Frage blieb er schuldig.

Es wurde immer langweiliger. Ab 21 Uhr 30 verließen Zuhörer den Saal. Punkt 22 Uhr war die Veranstaltung zu Ende. Die Menschen standen sofort auf und hatten es so eilig, wegzukommen, daß nur noch wenige überhaupt zum Klatschen kamen.

Der Bundeskanzler blieb alleine auf dem Podium sitzen, zusammen mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Berkhan und dem Diskussionsleiter.

–S.O.–

gen hatte er Schwierigkeiten. Deut-
–S.O.–

Verteidigerausschlüsse

Studentenprozesse in Heidelberg/ Terror mit Ordnungsstrafen/ Gleich ins Gefängnis abgeführt

Zum dritten Mal begann jetzt der Strafprozeß gegen die ehemaligen Studenten Lebert, Hildebrandt und Fücks vor dem Schöffengericht Heidelberg. Zur Last gelegt wird ihnen die Beteiligung an einer kurzfristigen Besetzung des Rektorats der Universität Heidelberg, mit der die Studenten im Wintersemester 1972/73 gegen den Abbau von Rede-, Diskussions- und Versammlungsfreiheit an der Universität protestierten.

Seit 1973 war dieser Prozeß schon zweimal wegen der Unhaltbarkeit der aufgebauschten Vorwürfe geplatzt. Unter seinem neuen Richter D.Wollentin und mit dem neuen Strafverfahrensrecht soll der Prozeß nun durchgepeitscht werden. Am ersten Verhandlungstag machte Wollentin von den Möglichkeiten, die die neuen Vorschriften der Strafprozeßordnung zur Entrechtung der Angeklagten eröffnen, umfassenden Gebrauch, ja er ging selbst noch weit über diese hinaus. Zu Beginn schloß Wollentin sämtliche gewählten Verteidiger von der Verteidigung aus, weil diese nicht rechtzeitig erklärt hätten, welchen der Angeklagten sie künftig verteidigen wollten. Keiner der Verteidiger war zuvor aufgefordert worden, eine solche Erklärung abzugeben.

Der Antrag der Angeklagten auf Aussetzung der Verfahren, um den Prozeß mit anderen Anwälten ausreichend vorbereiten zu können, wurde zurückgewiesen. Begründung: Sie hätten ausreichend Zeit gehabt, sich Verteidiger zu suchen. Den Angeklagten war zu keinem Zeitpunkt mitgeteilt worden, daß sie nach dem neuen Strafverfahrensrecht andere Verteidiger suchen mußten.

Sämtliche Ablehnungsanträge der Angeklagten, die auf diese totale Ignorierung der Rechte der Angeklagte gegründet waren, wurden von dem abgelehnten Richter selbst als unzulässig zurückgewiesen mit der Begründung, sie dienten nur "verfahrensfremden Zwecken". Selbst die Protokollierung der Ablehnungsanträge wurde verweigert.

geklagten, die auf diese totale Igno-

Als einer der Angeklagten einen der in Abwesenheit ausgeschlossenen Anwälte zu seinem Verteidiger bestellen wollte, wurde diesem bereits das Rederecht bestritten. Er wurde unter Drohung von Ordnungsstrafen von der Verteidigerbank verwiesen. Selbst einen nach dem geltenden Recht eindeutig begründeten Antrag nach Bestellung eines Pflichtverteidigers seiner Wahl lehnte das Gericht ab.

Die konsequente Unterbindung jeder Verteidigung der Angeklagten fand ihre Fortsetzung in der massiven Einschränkung des Erklärungsrechtes der Angeklagten selbst. Zwei von ihnen wurden im Laufe der Auseinandersetzung um das Recht auf Verteidigerwahl zu Ordnungsstrafen von je drei Tagen Haft verurteilt, mit der Begründung, sie hätten Erklärungen abgegeben, ohne ein Recht hierzu zu haben. Die Ordnungsstrafen wurden sofort vollstreckt. Da der nächste Verhandlungstermin bereits auf den heutigen Donnerstag festgesetzt ist, haben die Inhaftierten keinerlei Möglichkeit, sich auf die Fortsetzung des Prozesses vorzubereiten, geschweige denn einen Verteidiger ihrer Wahl aufzusuchen. All dies sind konkrete Auswirkungen der "Reform" des Strafverfahrens. Die Angeklagten werden sich jedoch durch diesen Terror nicht von der konsequenten Verfolgung ihrer gerechten Ziele abbringen lassen und dieses Verfahren als niederträchtige Ausgeburt der bürgerlichen Klassenjustiz entlarven.

–R.L, Heidelberg–

Das Arbeitsamt öffnet seine Kassen für die Kapitalisten

Geld vom Arbeitsamt – auch für Arbeitgeber

Heute schon für morgen handeln – der nächste Aufschwung kommt bestimmt!

Im richtigen Moment das Richtige tun: heute schon die

Im richtigen Moment das Richtige tun: heute schon die

Arbeitskräfte gewinnen und einarbeiten, die morgen den betrieblichen Erfolg garantieren.

Ein Programm aktiver Hilfen vom Arbeitsamt:

Beratung bei der Besetzung von Arbeitsplätzen. Dazu ein breites Angebot von finanziellen Leistungen von beachtlicher Größenordnung – auch im Einzelfall!

Kennen Sie wirklich alle?

Hier die wichtigsten:

Eingliederungsbeihilfe als Zuschuß oder Darlehen 1-2 Jahre 60-80% des Arbeitsentgelts.

Zuschüsse zu den Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer bis zu 50% des Arbeitsentgelts.

Einarbeitungszuschüsse bis zu 60% des Arbeitsentgelts bis zu 1 Jahr.

Kostenübernahme bei betriebsinterner Fortbildung zur Verhütung von Arbeitslosigkeit (bis 31.3.1975).

(Näheres hierzu in der Broschüre „Was? Wieviel? Wer?" – Ausgabe '75 – erhältlich bei Ihrem Arbeitsamt).

... und zwei neue Leistungen

für die Einstellung von Arbeitslosen aus Arbeitsamtsbezirken mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit.

Um Stabilität, Beschäftigung und Wachstum zu fördern, hat die Bundesregierung u. a. besondere arbeitsmarktpolitische Beschäftigungshilfen beschlossen. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesarbeitsministerium und der Bundesanstalt für Arbeit liegt die Durchführung bei den Arbeitsämtern:

Lohnkostenzuschüsse: Arbeitgeber, die längerfristig Arbeitslose aus Arbeitsamtsbezirken mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zusätzlich einstellen, erhalten einen Lohnkostenzuschuß von 60% des Arbeitsentgelts für 6 Monate sofort und in einem Betrag vom Arbeitsamt.

Mobilitätszulage: längerfristig Arbeitslose in diesen Bezirken erhalten einen zusätzlichen „Bonus" von DM 300,– bis DM 700,–, wenn sie eine auswärtige, eine geringer bezahlte oder eine andersartige Tätigkeit aufnehmen.

einmalig!

Sprechen Sie jetzt mit uns – Sie können Chancen nutzen

durch die Arbeitsberater und Arbeitsvermittler in Ihrem Arbeitsamt

Nicht nur Investitionsprämien, auch die Sonderleistungen aus der Arbeitslosenkasse gehen an die Kapitalisten, bis auf eine: Wer auf Dauer eine Stelle zu niedrigerem Lohn annimmt, erhält einen einmaligen Bonus. So wird das Arbeitslosengeld zur Lohndrückerei verwendet.

Der Streit um die Berufsausbildung bringt der Arbeiterjugend nichts

Aufgeregt reagierte die Bundesregierung und selbst Teile der CDU auf den Brief der Unternehmerverbände, in welchem diese die Bundesregierung auffordern, ihre Reform der Berufsausbildung fallen zu lassen. Aber nicht wegen dieser Aufforderung schlugen die Wellen hoch.

Daß die Kapitalisten diese Reform nicht wollen, ist schon lange bekannt. Zum Ärgernis für die Politiker wurde diese Aufforderung, weil die Kapitalisten offen aussprachen, wie sie gedenken, diese Reform unter den Tisch zu kehren. Wenn die bürgerlichen Politiker in dieser Frage nicht nachgeben, dann werden die Kapitalisten in Zukunft halt noch weniger Lehrstellen bereitstellen, noch weniger als jetzt schon für die Ausbildung der Arbeiterjugend tun.

Die Arbeiterjugend sieht daran, daß sie sich nicht an die Kapitalisten wenden kann, wenn sie eine bessere Ausbildung will. Denn den Kapitalisten liegt nicht die Ausbildung, sondern die Ausbeutung der Arbeiterjugendlichen am Herzen. Wollen die Kapitalisten aber diesen ihren Herzenswunsch erfüllen, dann müssen sie auch über die Ausbildung der Arbeiterjugendlichen bestimmen können, als wäre es ihre Privatangelegenheit.

Die Arbeiterjugend sieht weiterhin: Können die Kapitalisten der Regierung damit drohen, sie würden die Berufsausbildung weiter schlecht halten oder noch verschlechtern, wenn die Reform verabschiedet wird, dann kann es mit der Reform nicht weit her sein. Denn drohen kann man bloß, wenn man auch über die Mittel dazu verfügt, im anderen Fall drischt man leeres Stroh.

Daß die Kapitalisten der Regierung drohen können, heißt, daß sie auch nach der Reform noch darüber bestimmen können, ob es Lehrstellen gibt oder nicht, ob die Arbeiterjugend eine Berufsausbildung erhält oder nicht.

Allenfalls dies bringt die Reform der Berufsausbildung, daß sie teilweise die staatliche Kontrolle über die Lehrlingsausbildung verstärkt und zusätzliche Lehrstellen durch überbetriebliche Lehrwerkstätten schafft. Aber jeder Lehrling im öffentlichen Dienst weiß, daß dort die Ausbildung auch nicht wesentlich anders ist, als die, welche ihm bei einem Kapitalisten widerfährt. Und dies, weil dort der Staat die Berufsausbildung genauso als seine Privatangelegenheit behandelt, wie dies der Kapitalist tut. Zu einer Angelegenheit der Arbeiterjugend, der Arbeiterklasse wird die Berufsausbildung durch staatliche Kontrolle jedenfalls nicht.

Empört über den Vorstoß der Kapitalisten ist die SPD. Und auch Katzer von der CDU findet das Verhalten der Kapitalisten schlicht "skandalös" (Stuttgarter Zeitung). Warum sie das "skandalös" finden, weiß man nicht so genau, denn bei Lichte betrachtet haben sie ja den Kapitalisten das Recht auf die Ausbildung der Arbeiterjugend gar nicht streitig gemacht, und es ist kein Wunder, daß diese auf ihrem Recht jetzt beharren. Warum sie das "skandalös" finden, weiß man auch deswegen nicht, weil die Kapitalisten aus dieser ihrer Haltung nie einen Hehl gemacht haben. Offensichtlich finden die bürgerlichen Politiker es skandalös, daß die Kapitalisten jetzt so offen sagen, wer Herr im Hause ist, – wer dient und wer bedient wird. Denn bei diesem Angriff der Kapitalisten kann jeder sehen, daß es zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse keine gemeinsamen Interessen gibt und je klarer dies wird, desto schwerer wird das Geschäft der bürgerlichen Politiker, die Arbeiterklasse bei der Stange zu halten. Offen drückte dies der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl (CDU) aus: Er bezeichnete das Problem der Jugendarbeitslosigkeit als "staatspolitisch wichtig", da die Anfälligkeit der "Mädchen und Jungen", die die Schule verlassen, aber keine Ausbildung erhalten, sehr groß sei, sich von "politischen Wirrköpfen" beeinflussen zu lassen. (Die Welt vom 15.1.75) Recht hat er, bloß ist dies keine Frage des Wirrkopfes, sondern des klaren Blicks, zu sehen, daß es mit einer Gesellschaftsordnung, die Tausenden von Jugendlichen auch nur die dürftigste Ausbildung und Arbeit vorenthält, nicht mehr lange gut gehen kann. Damit es aber noch eine Weile so gehen kann, hat die CDU jetzt vorgeschlagen, der Staat soll jedem Kapitalisten 4 000 DM für jede Lehrstelle, die dieser schafft, auszahlen. Außerordentlich lehrreich: Man gibt den Kapitalisten nicht bloß das Recht, über die Ausbildung der Arbeiterjugend zu bestimmen, sondern obendrein noch eine Prämie, damit sie von ihrem Recht überhaupt im nötigen Umfang Gebrauch machen. Aus all dem ergibt sich, daß sich die Arbeiterjugend auch nicht an die bürgerlichen Parteien wenden kann, will sie sich eine bessere Berufsausbildung erkämpfen. Dieses kann sie bloß selbst tun, wozu sie jeder Spaltung der Jugendlichen in Haupt- und Mittelschüler, in A- und B-Kursler, in Lehrlinge von Klein- und Großbetrieben entgegentreten muß. Dazu muß sie eine einheitliche und gleiche Ausbildung für alle Jugendlichen fordern, die Einheitsschule.

Der Streit kann auch nicht um betriebliche oder überbetriebliche Lehrwerkstätten gehen, was gar nicht ausschließt, daß den Kapitalisten die überbetrieblichen Lehrwerkstätten nicht schmecken, weil sie in Konkurrenz zu ihren Lehrwerkstätten treten. Notwendig für die Arbeiterjugend, die sich in der Produktion bewegen muß und dazu einer Ausbildung bedarf, die es ihr erlaubt, diese zu beherrschen, ist ein Recht auf Ausbildung, das die praktischen Erfahrungen und Kenntnisse über die Produktion einschließt. Wo die Kapitalisten dieses Recht auf ihrer Seite haben, wird dies immer nur stückweise wie in der Stufenausbildung oder gar nicht möglich sein, wie die zigtausend arbeitslosen Jugendlichen beweisen.

Deswegen ist eine Ausbildung, die den Interessen der Arbeiterjugend entspricht, auch nur möglich, wo das Recht auf diese Ausbildung der Arbeiterjugend den Kapitalisten streitig gemacht wird, wo die Arbeiterjugend das Recht auf eine umfassende, theoretische und praktische Ausbildung in der Einheitsschule sich erkämpft.

An dieser Perspektive wird die Arbeiterjugend jede Reform der Berufsausbildung messen und entscheiden, ob ihr diese nützt oder nicht. Der gegenwärtige Streit um die Berufsausbildung innerhalb der bürgerlichen Parteien, wie zwischen diesen und den Kapitalisten, zeigt, daß beide Seiten dieses Ziel der Arbeiterjugend nicht vor Augen haben. Denn daß mit den überbetrieblichen Lehrwerkstätten z. B. ein paar Ausbildungsplätze mehr geschaffen werden und dies – wie Friderichs will – auch nur so weit, wie es den Bedürfnissen der Kapitalisten entspricht, stellt keinen Schritt vorwärts dar im Kampf um das Recht auf eine Ausbildung, welche theoretische und praktische Kenntnisse vermittelt. Dies stellt auch keinen Fortschritt dar im Kampf gegen die Differenzierungen des Ausbildungswesens, welche die Arbeiterjugend spalten.

Kann sich die Arbeiterjugend im Kampf um eine Ausbildung, die ihren Bedürfnissen gerecht wird, nicht auf die bürgerlichen Parteien stützen, so bloß auf ihre eigene Kraft und auf die der Klasse. Als Waffe in diesem Kampf muß sie dazu die Gewerkschaften, in denen sie sich zusammengeschlossen hat, verwenden. Auf allen Ebenen muß in ihnen die Arbeiterklasse die Fragen der Ausbildung der Jugend aufwerfen. Sie kann die bestehende Jugendarbeitslosigkeit, den Lehrstellenmangel und die hundsmiserable Lage im Volksbildungswesen konkret nicht anders bekämpfen, als mit Forderungen und Schritten, die vom Ziel der polytechnischen Einheitsschule her bestimmt sind.

–e.r.–

Auf der 2.Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier am 27.1. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Am Freitag, den 31.1., um 17 Uhr findet eine Demonstration statt, die an den Großdruckereien vorbeiführen soll. Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Vorstandes beschlossen.
2. Einstimmig wurde beschlossen die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag und der DGB und seine Einzelgewerkschaften aufgefordert, diese Forderung zu übernehmen.
3. Zur Mobilisierung soll der Vorstand bis spätestens am Mittwoch ein Flugblatt herausbringen.

Dieser Beschluß zu Kampfmaßnahmen ist der erste Sieg im Kampf für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit im Hamburger Druckbereich und ein Beispiel für alle Arbeiter in Westdeutschland. Er ist die Frucht einer zähen Auseinandersetzung mit der SPD-Linie des Vorstands Heinz Wolff, der versuchte, den Kollegen die Durchführung einer zentralen Demonstration in Bonn schmackhaft zu machen anstelle der eigenen in Hamburg. Dagegen wurde der Antrag des Springer-Vertrauensleutekörpers beschlossen und gesagt, daß eine örtliche Demonstration gerade erst die Voraussetzung für eine zentrale Demonstration schafft

Dieser erste Sieg der Hamburger Drucker wird dann zum Erfolg führen, wenn die Einheit der Kollegen auch langfristig über diese Demonstration hinaus geschmiedet wird und in Forderungen zusammengefaßt wird, die sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch die Kapitalisten richten und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, die die Arbeiterklasse spalten.

Die Bezirkskonferenz der IG Druck und Papier Rheinland-Pfalz beschloß einstimmig eine Forderung von 1 DM für die kommende Tarifrunde.

Die Lehrlingslöhne sollen angeglichen werden an die Ecklöhne.

30 % fürs 1. Lehrjahr, 37,2 % fürs 2., 45 % fürs 3., 52 % fürs 4. Lehrjahr.

Der IG Druck-Vorstand wird aufgefordert, sofort Maßnahmen zu ergreifen, wenn bekannt wird, daß irgendwo Übertarife gestrichen werden.

IG Metall – Tarifrunde:

Lohnraubabschluss in Vorbereitung

Bei der laufenden Schlichtung in Nordrhein-Westfalen steuert die IG-Metall einem einstimmigen Abschluß entgegen, wußte die 'Frankfurter Rundschau' am 25.1.1975 zu berichten. Sie berief sich dabei auf den Bezirksleiter der IG-Metall, Breuer. Ein einstimmiges Ergebnis in der Schlichtung, das kann nur ein Ergebnis in der Nähe des Angebotes von Gesamtmetall sein, um die 6 bis 7 %.

Nach dem ersten Tag hat sich die Schlichtungskommission vertagt, noch in dieser Woche ist mit dem Vorschlag des Schlichters zu rechnen. Auf den Schlichterspruch und auf das Ergebnis der Schlichtung haben die Metallarbeiter keinen Einfluß. Einfluß haben sie aber darauf, was in den Betrieben gespielt wird.

Die Kapitalisten wollen neben einem Lohnabschluß, der unter der durchschnittlichen Inflationsrate des letzten Jahres liegt und wahrscheinlich auch unter der des nächsten (die Regierung hat von 6 % Preissteigerungsrate gesprochen), die Arbeitsbedingungen in der Produktion weiter verschlechtern. Keinen Pfennig zuviel ausgeben, bei jedem Stück produzierter Ware noch mehr Gewinn herauszuschlagen, dazu sind sie gezwungen, wenn sie sich auf dem Markt halten wollen. Die gleichen Profite erzielen, trotz absolut zurückgegangenen Produktionsausstößen, das ist ihr Ziel. Um das zu erreichen, brauchen sie eine Arbeiterklasse, der sie einerseits ein Lohndiktat aufzwingen können, um andererseits mit scharfen Kontrollen und kleinlichen Schikanen mehr Arbeit aus jedem einzelnen Arbeiter herauszupressen. In der metallverarbeitenden Industrie ist die Produktivität, d. h. die Produktion je Beschäftigungsstunde, um 3,8 Punkte vom 3.Vierteljahr 1973 zum 3.Vierteljahr 1974 gestiegen, die beschäftigten Arbeiter haben um 2,5 % abgenommen, der Umsatz der Metall-Kapitalisten hat um 8,1 % zugenommen, die mengenmäßige Produktion pro Arbeitstag hat um 2,4 % abgenommen (nach 'Gewerkschafter' Nr.1/75). Daraus kann man ersehen, daß trotz sinkendem absoluten Produktionsausstoß die Produktivität der Arbeit und der Umsatz der Kapitalisten steigt. Diese Tendenz wollen sie beibehalten und verstärken. Darum greifen sie an zwei Seiten an, am Lohn und an der Stückzahl.

Die reformistische Gewerkschaftsführung hat dem nicht viel entgegenzusetzen, sie stellt Überlegungen nach Investitionskontrollen, differenzierten Tarifverträgen, 3-monatigen Laufzeiten usw. usf. an. Mit solchen Überlegungen können die Metallarbeiter den Angriffen der Kapitalisten nicht gegenübertreten, sie brauchen starke betriebliche Gewerkschaftskörperschaften, um ihre Interessen gegen die Kapitalisten gerade in der Krise zu verteidigen. Jeder Pfennig weniger bei den Lohnabschlüssen wird von den Kapitalisten genutzt, um gleichzeitig mehr Arbeitsleistung aus den Arbeitern herauszupressen. Umso notwendiger ist es für die Arbeiter, an beiden Fronten den Widerstand gegen die Kapitalisten zu stärken.

–db–

Das Bild zeigt den Verladebetrieb von VW–Emden. Nach den Plänen des VW–Vorstandes droht dem Werk Emden eine schleichende Schließung

Volkswagenwerke

Tarifforderung der IGM zu den VW-Werken

IG Metall fordert 9% / Die Kollegen müssen dem Lohnabbau entgegentreten

9 % mehr Lohn und Gehalt unter besonderer Berücksichtigung einer wesentlich stärkeren Anhebung in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und 80 DM einheitlich mehr in allen Ausbildungsjahren – das stellte die Große Tarifkommission der IG Metall für die Volkswagenwerk AG als Forderung auf.

Daß bei dieser Forderung höchstens 6,5 % für die Arbeiter und Angestellten herauskommt, ist den Kollegen im Volkswagenwerk klar. Als im Werk die Forderung bekannt wurde, hörte man die Kollegen nicht über 9 % diskutieren, sondern die Kollegen sagten: 6,5 % sind zu wenig!

In dem Extrablatt der IG Metallzeitschrift für VW, "Wir Metaller", heißt es: *"Bei der Aufstellung der Forderung hat die Große Tarifkommission der IG Metall wie immer sowohl die gesamtwirtschaftliche Lage als auch die spezielle Situation der Volkswagenwerk AG berücksichtigt."*

Weiter unten heißt es dann: *"Auch die Löhne der Arbeiter und Angestellten dürfen bei diesen Tarifverhandlungen nicht zu kurz kommen."* Diese Forderung berücksichtigt also sowohl die Interessen der Kapitalisten als auch die der Arbeiter, sagt die IG Metall. Die Führer der IG Metall wollen also den Weg der Sozialpartnerschaft gehen. Jetzt in der Krise, in der die VW-Lohnabhängigen schon durch Kurzarbeit und Preissteigerung erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen mußten, sollen wir an das "große Ganze" denken, Partnerschaft üben und uns den Profitinteressen unterwerfen. Denkt der angebliche Partner im anderen Lager auch an uns? Natürlich nicht. Die Kapitalisten handeln ausschließlich nach ihrem, nämlich dem Kapitalinteresse.

Druck auf die Belegschaft

Zu Anfang des Jahres hatte der Vorstand erneut die Preise erhöht im Interesse des Profits der Großaktionäre. Das verstärkt natürlich den Absatzrückgang, ist aber für die Kapitalisten durchaus erträglich und macht es ihnen möglich, den Druck auf die Belegschaft zu erhöhen. Maschinen sind angeschafft worden, die die Produktivität der Arbeitskraft erhöhen, was dazu führt, daß systematisch Arbeiter übriggemacht werden. Die Arbeitshetze an Bändern und Maschinen steigt, daß die Arbeiter sich kaputtmachen müssen und Überstundenkloppereí und Sonderschichten sind nur eine Ergänzung der laufenden Kurzarbeit. Die Kapitalisten haben nur ihre Interessen im Herzen und die Arbeiter als Ausbeutungsobjekt, um ihre Interessen zu verwirklichen.

Sozialpartnerschaft macht die Arbeiter wehrlos

Gerade die Belegschaften der sechs VW-Werke sind mit einem Trommelfeuer durch die bürgerliche Presse und das Fernsehen belegt worden: **Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften seien schuld an den Absatzschwierigkeiten der VW-AG und damit auch an eventuellen Entlassungen, hieß es.** Dieses Gerede konnte bei vielen Kollegen verfangen.

Die IG Metall-Führung setzte dieser Hetze nichts entgegen. Stattdessen freut sie sich über jeden verkauften VW: *"Der Golf belebt das Geschäft."* (Auszug aus "Wir Metaller") Seit jedoch der VW-Vorstand immer offener mit Entlassungen und Betriebsstillegungen droht und erneute Kurzarbeitsperioden angeordnet sind, wissen die Sozialdemokraten in der IG-Metall-Führung nicht mehr weiter. Die jetzt aufgestellte Forderung ist Ausdruck der Kapitulation vor dem VW-Vorstand und der Hetze in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Der Versuch, die Interessen von Arbeitern und Kapitalisten unter einen Hut zu bringen, hat zur Folge, daß die Arbeiter verlieren.

Die Arbeiter sind jedoch nicht wehrlos, wenn sie von ihren eigenen Interessen ausgehen

Ohne die Arbeiter in den Volkswagenwerken rollt kein einziges Auto vom Band. Der Vorstand ist auf die Arbeiter angewiesen. Daran ändert auch die Krise nichts. Die Arbeiter sind es, die allen Reichtum dieser Gesellschaft schaffen, jedoch nicht für sich, sondern für den Kapitalisten. Die Kapitalisten führen das Kommando und sie versuchen alles, um immer mehr aus den Arbeitern herauszuholen. Die Arbeiter haben nichts davon, außer der Ruinierung ihrer Gesundheit und der Aussicht, daß ein Teil von ihnen das Dasein eines Arbeitslosen fristen muß.

Durch den Lohn, der die Lebensgrundlage der Arbeiter ist, sind sie an das Kapital gekettet, das jetzt in der Tarifauseinandersetzung die Lebensgrundlage der Arbeiter verschlechtern will, um im weiteren Verlauf der Krise umso stärker gegen die Arbeiterklasse auftrumpfen zu können. Deshalb kann im Lohnkampf auch nicht zurückgesteckt werden. Oft hört man Kollegen sagen: "Aber wir haben doch jetzt keine Möglichkeit, unsere Forderungen durchzusetzen. Der VW-Vorstand hat Kurzarbeit angemeldet, daher können wir nicht streiken. Und außerdem streikt für 1 % kein Kollege."

Daraufhin meinte ein anderer Kollege, daß ein Streik durch die Kurzarbeit nicht einfach unmöglich gemacht ist. Denn Kurzarbeit wurde immer nur in bestimmten Bereichen gemacht, während in anderen Bereichen meist noch mehr produziert wurde. Streik in diesen Bereichen der Produktion trifft den Vorstand gerade jetzt besonders empfindlich. In der letzten Woche ist die Produktion des Golf für die USA aufgenommen worden. Hier kann sich der Vorstand keinen Produktionsausfall erlauben.

Alle Schritte können die Kollegen aber nur erfolgreich gehen, wenn sie ihre Einheit unter richtigen Forderungen herstellen.

Die 9 %-Forderung mit der schwammigen Aussage, die unteren Lohngruppen sollen stärker angehoben werden, die die Große Tarifkommission aufgestellt hat, ist untauglich, um den Kampf zu führen. Auf der letzten Betriebsversammlung haben sich Kollegen für eine Forderung von mindestens 220 DM für alle ausgesprochen, weil diese Forderung die Belegschaft eint und weil es sich lohnt, dafür zu kämpfen.

–F., Betriebszelle VW Wolfsburg–

4-Schicht-Betrieb

Köln. Während über eine Million Kollegen stempeln und ein Teil der Kollegen bei Rheinkabel schon den vierten Monat kurzarbeitet, haben sich die Kapitalisten für die Kollegen vom Gummiwerk etwas Besonderes einfallen lassen. Da einerseits Fernmeldekabel mangels Nachfrage der Post schlecht verkauft werden, gummiisolierte Kabel dagegen noch gut, werden jetzt dort die Kollegen besonders angetrieben.

Damit die Maschinen ohne Unterbrechung rund um die Uhr und ohne Pause samstags/sonntags laufen, haben die Kapitalisten Vier-Schicht-Betrieb eingeführt.

Das sieht dann so aus, daß es vier Schichten gibt und jede Schicht eine Woche lang Frühschicht, eine Woche lang Spätschicht und eine Woche Nachtschicht macht. Die vierte Schicht macht jeweils eine Woche Pause. Auf diese Weise arbeiten die Kollegen 168 Stunden ohne freien Tag hintereinander und bekommen dann hintereinander sieben Tage Pause. Bisher mußten sie im gleichen Zeitraum 160 Stunden arbeiten und hatten acht volle Tage frei. Durch diese Methode müssen die Kollegen dort in vier Wochen außerdem eine volle Zusatzschicht auf Kosten eines freien Tages leisten. Zudem wird die gesetzlich vorgeschriebene Pause bei Schichtarbeit nicht eingehalten, die Kollegen arbeiten acht Stunden hintereinander weg. Springer gibt es auch keine, Pausen ohne Springer können wegen des Fertigungsverfahrens nicht gemacht werden.

Um dieser Verschärfung der Ausbeutung zu begegnen, hat die Zelle zunächst die Forderung nach Einstellung von Springern und Durchführung der Pausen aufgestellt.

–Betriebszelle Rheinkabel–

Ortsjugendkonferenz IGM Frankfurt

Ein Kollege berichtet über die letzte Sitzung:

... Verlief die Diskussion noch vor der Aufstellung der diesjährigen Forderung zwischen gestaffelten Forderungen etwas über 100 DM und der Einheitsforderung 600 DM für alle (siehe KVZ 24 und 29/74), so waren jetzt die Linien: "Anstreben eines Existenzlohnes" und "Anbinden an Ecklohn" (in Höhe von 60 oder 75 %).

„Schleichende Schließung"

Bericht über das VW–Werk Emden

In den Stillegungsplänen des VW-Vorstandes wird das Werk Emden genannt. Wie sieht die Lage der Arbeiter in diesem VW-Werk aus? Wie gehen die Kapitalisten vor, um ihre Pläne voranzubringen? Was sagen die Kollegen? – Dazu schreibt die Kommunistische Gruppe Emden an die KVZ:

In den letzten Monaten wurde die Belegschaft von zirka 8 500 auf unter 7 000 abgebaut. Weitere Entlassungen sind angekündigt, beziehungsweise werden ständig durchgeführt (Einstellungsstopp, Frührente, Abfindungsverträge). Kollegen aus den Instandhaltungsabteilungen (Schlosser, Elektriker usw.) wurden an die Bänder gestellt. Einzelne Reparaturgruppen haben so über die Hälfte ihres Personalbestandes verloren, die Arbeitshetze hat sich für die verbliebenen Kollegen enorm erhöht. Ebenso die Unfallgefahren, da die Kollegen mit den Reparaturen nicht nachkommen. Die jungen Kollegen, die gerade mit der Ausbildung fertig sind, werden an die Bänder geschickt. Laut Haustarif müssen sie von VW für ein Jahr weiter beschäftigt werden. Diejenigen, die eine andere Arbeitsstelle finden, kündigen dann von selber. Unter den gewerkschaftlich aktiven jungen Kollegen ist deshalb die Forderung im Gespräch: Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf für mindestens ein Jahr!

Die Arbeitshetze ist angestiegen

Trotz Entlassungen sollen in den Arbeitsperioden die alten Stückzahlen produziert werden. Außerdem wurden die Bänder umgestellt: Jetzt können mehr verschiedene Typen, auch solche für den Inlandsmarkt, produziert werden. Auch dies hat die Arbeitshetze erhöht und ruiniert die Gesundheit der Kollegen. (Das hörten wir in Gesprächen mit verschiedenen Kollegen.)

Die Kurzarbeit trifft alle Kollegen finanziell, zum Beispiel wenn sie ihre Raten abzahlen müssen. In der VW-Siedlung in Emden-Larrelt sind außerdem die Mieten ständig gestiegen.

Die Äußerungen des niedersächsischen Wirtschaftsministers Küpka (Schließung ganzer Werke möglich) haben hier große Besorgnis nicht nur unter den VW-Kollegen hervorgerufen. Wenn das Emdener VW-Werk geschlossen würde, würde im Regierungsbezirk Aurich die Arbeitslosigkeit von zur Zeit etwa 10 % schlagartig auf zirka 15 % und in der Folge noch erheblich mehr steigen. Das wäre für die Lohnabhängigen in diesem eh schon schwachen Wirtschaftsraum eine Katastrophe.

Entsprechend der großen Besorgnis der Bevölkerung waren die Reaktionen der bürgerlichen Parteien. In einer Flut von Resolutionen und Petitionen an Landes- und Bundesregierung wurde gegen eine Schließung des VW-Werkes Emden Stellung genommen, die ostfriesischen Abgeordneten im Landtag kritisierten in einer Anfrage den Wirtschaftsminister Küpka.

"Schleichende Schließung"

Aus den Stellungnahmen und aus den Informationen der Kollegen vom VW-Werk und verschiedenen Gewerkschaftsgremien wird inzwischen deutlich, daß auf Grund dieser Situation eine sofortige Schließung unwahrscheinlich ist. Es soll aber weiter entlassen werden und die Existenz des VW-Werkes ist auf die Dauer unsicher. Die Vermutung, daß eine "schleichende Schließung", wie sie der jetzige VW-Chef Schmücker früher bei Hanomag-Hannover durchgeführt hat, durchgeführt werden soll, liegt auf der Hand und wird nicht nur von uns, sondern von vielen Kollegen geäußert. Die Sorge um die wirtschaftliche Situation in der Belegschaft und in der werktätigen Bevölkerung ist deshalb sehr groß.

–P.L, Kommunistische Gruppe Emden–

Geht Porsche pleite ?

Für die Kollegen, die in den Porsche-Werken im Stuttgarter Raum arbeiten, spitzt sich die Lage immer mehr zu. Gerüchte gehen im Betrieb um, daß im August/September mit einem Konkurs zu rechnen ist.

Anlaß für diese Vermutung gaben zuletzt die gescheiterten Verhandlungen mit Daimler-Benz. Daimler wollte die Abteilung "Versuch und Entwicklung" kaufen, lehnte aber die Forderung von Porsche ab, auch die Produktion zu übernehmen. Porsche steckt nämlich in einer tiefen Absatzkrise. Im letzten Herbst wurden pro Tag 50 Wagen produziert, aber nur 25 verkauft. Jetzt sind überall die Abstellplätze voll und nur noch 25 Fahrzeuge werden pro Tag hergestellt. Die Kollegen bekamen diese Krise hart zu spüren. Von August bis Dezember 1974 sank die Zahl der Beschäftigten von 4 000 auf 3 000. Seit Dezember gibt es Kurzarbeit. Zum 1.Februar stehen neue Schläge bevor: für viele ausländische Kollegen laufen die Verträge aus, 150 Sachbearbeiter der Versuchsabteilung werden entlassen und 50 Facharbeiter aus derselben Abteilung sollen in der Produktion Akkord arbeiten bei einem Lohnverlust von ca. 20 %.

Als wieder einmal einige Tatsachen über die Verschlechterung ihrer Lage bekannt wurden, haben Kollegen in einer Abteilung ab 14.30 Uhr nicht mehr gearbeitet, sondern nur noch diskutiert.

–K.–

Die Saarbau-Union ist bankrott

550 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt — 250 davon im Saarland

Die Saar-Bau-Union AG (SBU) hat am Freitag, dem 17.1., dicht gemacht und Konkurs angemeldet. Damit liegen mindestens 550 Arbeiter und Angestellte auf der Straße, davon 250 aus dem Saarland. Wahrscheinlich sind noch mehr davon betroffen, da die Bauunternehmen, die an der Saar-Bau-Union drangehängt haben, auch Arbeiter entlassen werden.

Die Saar-Bau-Union war 1972 gegründet worden. Zusammen mit den eng mit ihr zusammenarbeitenden Baugesellschaften (Backes & Co., Hasborn; Becker & Co. KG, Scheid; Ottweiler Baugesellschaft Raber KG Ottweiler) gehörte diese Gruppe mit insgesamt ca. 1 800 Beschäftigten zu den bedeutendsten Bauunternehmungen im gesamten südwestdeutschen Raum. Noch im letzten Sommer versprach die Geschäftsleitung das Blaue vom Himmel: In einem Artikel der 'Saarbrücker Zeitung' vom 8.8.74 sprach sie von der "Verwirklichung der langfristigen unternehmerischen Zielsetzung"; es sei ihr gelungen, "ein hohes Leistungsniveau zu realisieren", und die "Ertragslage des Jahres 1973 (könne) gleichwohl als zufriedenstellend bezeichnet werden". Bei dem derzeitigen Auftragsbestand von 64,6 Millionen DM sei "Vollbeschäftigung und Auslastung der vorhandenen Kapazitäten der Saar-Bau-Union bis zum Frühjahr des nächsten Jahres noch voll gewährleistet". Im übrigen sei die Geschäftsleitung "zuversichtlich hinsichtlich einer, wenn auch verlangsamten, Fortsetzung der bisherigen positiven Geschäftsentwicklung". Doch schon im Oktober 1974 mußte die saarländische Landesregierung der Saar-Bau-Union eine Bürgschaft von 4 Millionen DM gewähren, und sie war mittlerweile schon so wenig von dem "hohen Leistungsniveau" dieser Baugesellschaft überzeugt, daß sie darauf bestand, daß diese Bürgschaft noch einmal zu 100 % von den Aktionären abgesichert wurde. In den ersten Januartagen mußte die Saar-Bau-Union einen Vergleich beantragen, der dann mit dem totalen Bankrott am letzten Freitag endete.

Für die Arbeiter und Angestellten der Saar-Bau-Union fängt jetzt das Elend erst richtig an.

Sie werden wahrscheinlich für längere Zeit keine Arbeit mehr finden; von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Bauindustrie besonders stark betroffen: Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz/Saarland gab es im Dezember fast ein Drittel mehr Arbeitslose aus dem Baugewerbe als im November. Und längerfristig gesehen nimmt die Zahl der Beschäftigten im saarländischen Bauhauptgewerbe ebenfalls stark ab: 1971 gab es noch gut 23 000, im Juni 1974 nur noch 20 700. Alles spricht dafür, daß den Konkurs der Saar-Bau-Union vor allem wieder einmal die Arbeiter und kleinen Angestellten zu spüren bekommen; jeder kann sich leicht ausrechnen, wie sehr sich eine Familie einschränken muß, wenn der Mann plötzlich 300 oder 400 DM weniger im Monat mit nach Hause bringt. (Das Arbeitslosengeld beträgt zwischen 60 und 68 % des Lohnes.) Den Lohn für Dezember und das Geld aus der Urlaubskasse für die Arbeitspause über Weihnachten haben die Beschäftigten der Saar-Bau-Union überdies noch nicht bekommen.

Ein ganz normaler Vorgang im Kapitalismus!

Es wird von "zu knappen Kalkulationen" gesprochen, von "ruinösem Wettbewerb" und von "zu scharfem Expansionskurs". Mit anderen Worten, die Herren von der Saar-Bau-Union haben den Rachen nicht voll genug gekriegt; deshalb versuchten sie zum Beispiel bei Ausschreibungen ihre Konkurrenten zu unterbieten, um so die Aufträge für sich zu ergattern. Dabei haben sie sich übernommen. Aus der Sicht der Kapitalisten, manchmal auch schamhaft "Unternehmer" genannt, ist der Konkurs der Saar-Bau-Union ein recht normaler Vorgang. Für die 550 Arbeiter und Angestellten der Saar-Bau-Union, die jetzt stempeln gehen müssen, sieht die Sache allerdings anders aus: sie müssen mit dem mageren Arbeitslosengeld vorlieb nehmen, und bis sie das Geld in der Hand haben, wird auch noch einige Zeit vergehen. Bis dahin können sie gucken, wie sie zurecht kommen. Die Kapitalisten machen sich gegenseitig ihre Unternehmen kaputt und die Arbeiter können es ausbaden: dies wird solange ein "normaler Vorgang" bleiben, wie der Kapitalismus besteht. Erst wenn die Arbeiter die Kapitalisten davonjagen, die Macht im Staat ergreifen und die Produktion selbst übernehmen, wird sich ihre Lage grundsätzlich ändern. —hr—

Saar—Bau—Union

Interview mit einem Arbeiter

KVZ: Wie lange arbeiten Sie schon bei der Saar-Bau-Union?
H.: Ich bin jetzt anderthalb Jahre dabei.
KVZ: Wann haben Sie von den finanziellen Schwierigkeiten der Saar-Bau-Union erfahren?
H.: Offiziell hat mir noch keiner was gesagt. Am 6.Januar sollte die Arbeit nach der Weihnachtspause wieder anfangen, und zwei oder drei Tage vorher erhielt ich ein Schreiben, daß der vorgesehene Arbeitsbeginn vorübergehend zurückgestellt sei. Weiter stand nichts drin, keine Begründung, nichts.
KVZ: Was hat der Betriebsrat bis jetzt gemacht?
H.: Noch nichts; offiziell weiß noch keiner was.
KVZ: Was hat die Gewerkschaft gemacht?
H.: Die schreiben nur immer in der Zeitung, mit der SPD. Sonst hört man nichts.
KVZ: Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Manfred Wagner hat doch auch was in der 'Saarbrücker Zeitung' geschrieben, er hat einen Appell an die Regierung gerichtet.
H.: Was nützt der Appell, davon kann ich nicht leben.
KVZ: Was meinen Sie zu der Forderung der SPD, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingerichtet werden soll, um die Affäre mit der Saar-Bau-Union gründlich zu durchleuchten?
H.: Die Großen tun sich untereinander nicht weh. Auch wenn die SPD jetzt dort reinguckt. Die macht das ja auch nur für ihren Vorteil.
KVZ: Es werden von verschiedenen Seiten Vermutungen geäußert, daß unter anderem auch zu hohe Lohn- und Gehaltskosten den Konkurs verursacht hätten. Was halten Sie davon?
H.: Nicht der zu hohe Lohn von den Arbeitern, sondern die zu hohen Gehälter der Verwaltung. So gut wurden wir Arbeiter gar nicht bezahlt. Ich habe zum Schluß rund 9 Mark in der Stunde verdient. Wissen Sie, wieviel Weihnachtsgeld ich gekriegt habe? 30 Mark, im Vorjahr waren es 50 Mark.
KVZ: Glauben Sie, daß Sie bald wieder Arbeit finden?
H.: So schnell nicht. Im Bauhauptgewerbe ist nichts drin. Wahrscheinlich muß ich bis Frühjahr oder noch länger stempeln gehen.
KVZ: Die Herren von der Geschäftsleitung werden ihr Schäfchen wohl im Trockenen haben.
H.: Ich kenne welche, die haben drei-, viermal Konkurs gemacht und sind immer größer geworden. Zuerst hat er das Geschäft gehabt, dann hat's sein Bruder übernommen, wie's bankrott war, zum Schluß noch seine Schwester, dann waren sie alle drei zusammen und zu guter Letzt waren sie wieder ganz groß.
KVZ: Glauben Sie, daß das Arbeitslosengeld, das Sie jetzt bekommen werden, ausreicht für Sie und Ihre Familie?
H.: Das deckt gerade die monatlichen Verpflichtungen. Wenn ich 68 % Arbeitslosengeld kriege – und das ist der Höchstsatz – können Sie sich ja leicht ausrechnen, was da noch übrigbleibt. Ich kenne Arbeiter, die so 1200, 1300 DM netto verdient haben, die bekommen jetzt ungefähr 700 DM Arbeitslosengeld. Und außerdem kann das zwei bis drei Monate dauern, bis ich das erste Mal Geld erhalte. Dazu kommt, daß ich zuerst noch warten muß, bis der Konkurs über die Bühne ist, bevor ich beim Arbeitsamt Stempelgeld beantragen kann.

KVZ: Was halten Sie von der Forderung nach Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit?
H.: Das ist richtig und angebracht. Wenn jemand nicht so viel verdient hat, erhält er, wenn er arbeitslos ist, vielleicht 700 bis 800 DM, davon gehen 350 DM Miete ab, dazu Nebenkosten, die Belastungen durchs Auto, Versicherungen usw.. Von was soll er dann noch leben? Mit dem Stempelgeld, das ich kriege, kann ich froh sein, wenn ich gerade so über die Runden komme.

Die Neuwahl der Betriebsräte im Frühjahr richtig organisieren!

Auf einer Betriebsversammlung in Bremen wurde von den Arbeitern deutlich gemacht, an welchen Punkten sich der Betriebsrat für die Kollegen einsetzen muß, und wie die Kandidaten danach geprüft werden, wie sie sich an diesen Punkten einsetzen.

Bei der Stauerei Heinrichs fand – wie bei den meisten Hafenbetrieben in Bremen – am 12.1.1975 die erste Betriebsversammlung in diesem Jahr statt. Die Stauerei ist zwar die größte in den Bremer Häfen, dennoch ein relativ kleiner Betrieb mit ca. 250 Beschäftigten.
Der Bericht der Geschäftsleitung berichtete zwar über eine gute Ertragslage der Firma, dennoch endete er in düsteren Prognosen und gipfelte in Drohungen. Die Krise würde ein Fragezeichen hinter 'die Sicherheit' der Arbeitsplätze eines jeden Kollegen machen, und wenn 'wir', d. h. die Geschäftsleitung sowohl wie die Inspektoren, wie die Vorleute und die Brasser – 1975 nicht so gut zusammenarbeiten würden, könnten wir (!) kein so gutes Ergebnis wie 1974 erzielen. Der Export hätte zwar um 19 % gesteigert werden können, dennoch vermied Heinrichs es tunlichst, über die laufende Tarifrunde zu sprechen, wo die Kapitalisten inzwischen lächerliche 6 % geboten haben. Er ging auch am Ende der Versammlung nicht darauf ein, als es von einem Kollegen angesprochen wurde. In der Diskussion um die Betriebsratswahl wies ein Kollege darauf hin, daß es nicht anginge, daß einige Kollegen in der Wechselschicht bevorzugt würden. Entweder sollten alle Wechselschicht machen – eine Woche früh, eine Woche spät – oder gar keiner. Das gab großen Beifall. Ferner kritisierte der Kollege, daß vom jetzigen 7-köpfigen Betriebsrat nur zwei bereit gewesen wären, Schulungen mitzumachen. Das sei eine wichtige Aufgabe für Betriebsräte, um den Kollegen genügend und richtige Auskünfte geben zu können. Auch das beklatschten die Kollegen. Ein anderer Kollege kam im wesentlichen auf drei Hauptpunkte zu sprechen, wo es im Hafen immer wieder zu Reibereien und Auseinandersetzungen kommt: das Pensum, die Arbeitssicherheit und das Schmutzgeld. Pensum, das ist eine Art Akkordarbeit. Bei der Arbeit wird eine bestimmte Arbeitsmenge – das Pensum – vorgegeben und wenn die gemacht ist, können die Kollegen nach Hause gehen. Die Kapitalisten machen diese Art Akkord nicht von ungefähr: denn, wenn man früher nach Hause kommt, kann man leichter zwei Schichten am Tag machen. Dazu sind die meisten Kollegen mindestens zwei- bis dreimal in der Woche gezwungen, weil der Grundlohn viel zu niedrig ist. Der Kollege prangerte es an, daß das Pensum hochgesetzt wird, daß man statt 100 t plötzlich 120 t Sackgut machen müßte. Was die Sicherheit betrifft, so gibt es unzählige Beispiele, die alle aufgrund der Arbeitshetze eintreten. Wobei zu berücksichtigen ist, daß sowohl das Pensum wie die Arbeitssicherheit Punkte sind, die sich in den kommenden Monaten mit der Verschärfung der Krise im Hafen verschärfen werden: wenn z. B. über einer Luke, wo kein Platz ist, um unter Deck zu gehen, nicht nur ein, sondern gleich zwei Kräne drehen und die Kollegen ständig unter den schwebenden Lasten arbeiten müssen. Oder wenn beim Pensum dieses Risiko bewußt in Kauf genommen werden muß, oder wenn die Kollegen beim Pensum ohne Helm arbeiten, weil sie zu sehr schwitzen usw.. Es gibt fast keinen Kollegen, der nicht schon einen Unfall hatte; allein im ersten Halbjahr 1974 gab es vier Tote. Der Kollege nannte als Beispiel die Arbeit mit gefährlichen Chemikalien, wo keine Schutzkleidung gestellt wurde, obwohl dies vorgeschrieben war, auf die Gefahr innerer Verätzungen hin. Schmutzgeld wird bezahlt bei besonders schmutzigen Arbeiten. Es gibt immer wieder Anlaß zu Streitereien, weil die Sätze zu niedrig sind. Der Kollege sagte, daß es z. B. nicht einzusehen sei, warum im Mehl kein Schmutzgeld gezahlt würde, obwohl man da genauso wie ein Schwein aussähe, wie bei Fischmehl oder Zement beispielsweise.

Dies alles seien Punkte, wo der Betriebsrat sich für die Interessen der Kollegen einsetzen müsse und über deren Entscheidung der Betriebsrat längerfristig allein befinden müßte. Und die Kollegen sollten sehen, ob sie weitere wichtige Punkte hätten, sollten die Kandidaten für die Betriebsratswahl daran überpfrüfen: dann wisse auch jeder, wen er wählen solle.

Das wurde von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen.

Wie der Kollege es gesagt hat: all diese Hauptreibungspunkte müssen bis zur nächsten Betriebsversammlung zusammengetragen werden, um daraus gewissermaßen ein Programm zu machen, auf das hin der Betriebsrat gewählt wird. Die Kollegen müssen diese Punkte bei der Arbeit diskutieren und diejenigen Kollegen herauspicken, die sich tatsächlich auf so ein Programm, was nicht weniger als die Interessen der Kollegen ausdrückt, verpflichten. Wenn die Kollegen von Heinrichs diesen Weg systematisch gehen, dann werden sie im Frühjahr bestimmt einen Betriebsrat haben, der sie in allen Belangen vertritt und nicht unnötig von der Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung faselt, wie es der jetzige Betriebsrat tut. Die Kollegen wissen, daß sie so einen Betriebsrat nicht brauchen.

—Aufbauzelle Hafen, Bremen—

IG Chemie – Tarifforderung der Lehrlinge

Frankfurt/Main. Am Mittwoch, dem 22. Januar, veranstaltete der Verwaltungsstellen-Jugendausschuß der IG Chemie in Frankfurt ein Treffen der Mitglieder aus den Chemiebetrieben des Kreises. Dort sollten die Tarifrunde vorbereitet und Forderungen diskutiert werden. Nur ein Betrieb hatte Forderungen mitgebracht. Degussa forderte Erhöhungen für die Lehrlinge, die eine weitere Angleichung der Ausbildungsvergütung bei allen Lehrjahren bewirkt:
190 DM für das erste Lehrjahr, 150 DM für das zweite, 100 DM für das dritte und 50 DM für das vierte. Das bedeutet im Endeffekt fürs erste Lehrjahr 550 DM, fürs zweite 570 DM, fürs dritte 590 DM und fürs vierte 610 DM.

Die Krise ergreift die Stahlindustrie

Bei der Stahlindustrie soll Kurzarbeit durchgeführt werden, so zum Beispiel bei den Stahlwerken Bochum im Februar, im Werk Hamm der Hoesch-Firma Siegerlandwerke. Bei den Stahlwerken Röchling Burbach (Völklingen, Saarland) wurde für Februar und März Kurzarbeit für 3 800 Arbeiter angekündigt. Die Stahlkapitalisten geben als Grund an, daß der Export zurückgehe. Die Stahlkapitalisten wollen aber nicht bei Kurzarbeit bleiben, sie planen Stillegungen.
Aus Oberhausen schreibt die Kommunistische Gruppe Oberhausen:

Noch Ende 1974 priesen die Thyssen-Kapitalisten die gute Lage der Stahlindustrie. Ihre Absicht war, die Kollegen in Sicherheit zu wiegen. Am 22. Januar hörten die Vertrauensleute jedoch, was wir von der Kommunistischen Gruppe Oberhausen beim KVZ-Verkauf im Stadtteil schon im Herbst gesagt hatten:
Stillegung des Siemens-Martin-Werkes der Thyssen-Niederrhein Oberhausen (TNO). Die Stahlproduktion in Oberhausen, die im Januar noch auf 90 000 Tonnen festgesetzt ist, wird im Februar auf 63 000 Tonnen runtergefahren. Das bedeutet zunächst die Stillegung von drei Martinsöfen. Unsere Vorhersage über diese Stillegung beruhte auf der Tatsache, daß im Siemens-Martin-Werk seit 1968 nichts mehr investiert worden war. Gerüchteweise hörte man auch von der Stillegung einer Walzenstraße. Das ist aber nicht alles: Am 10. und 11. Februar wird es Feierschichten geben in den Bereichen Drahtstraße, Feineisenstraße und Warmband-Scherenlinie, die den Kollegen vom Tarifurlaub abgezogen werden.

Die Pläne der Thyssen-Kapitalisten sind der Stadtverwaltung schon lange bekannt. Im Stadtentwicklungs-Rahmenprogramm der Stadt Oberhausen steht: "Die Hauptinvestitionen dürften wegen der kostengünstigen Massenguttransporte weiterhin im Bereich der Rheinschiene stattfinden. Die Stahlproduktion von Thyssen in Oberhausen dürfte wohl besonders unter diesem Aspekt nach Duisburg verlagert werden."

Es ist wirklich so: Der Thyssen-Konzern konzentriert Stahlproduktion und -verarbeitung seit Jahren an den Rhein.

Die "Volksvertreter" und die IGM Ortsverwaltung haben wider besseres Wissen dazu geschwiegen

Jetzt ist es höchste Zeit für die Belegschaft von Thyssen-Niederrhein Oberhausen, ihr Schweigen zu brechen und sich nicht mit den zu erwartenden Massenentlassungen abzufinden. Einerseits sind die Thyssen-Bosse wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit im Vorteil. Sie spekulieren wohl mit Zurückhaltung der Kollegen aus Angst um den Arbeitsplatz. Und hieran erkennt man gut, wie sich die Arbeitslosigkeit für die Kollegen in den Betrieben auswirken kann: Jeder glaubt, seinen Arbeitsplatz am besten dadurch erhalten zu können, daß er stillhält. Darauf spekuliert das Kapital.
Die Belegschaft muß sich darauf besinnen, daß nur durch ihre Einheit und durch ihren Kampf gegen Thyssen die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Was noch wichtig ist: Thyssen ist ein Betrieb der Montan-Mitbestimmung. Da sieht man, was mitbestimmt wird: die Profitvergrößerung des Thyssen-Kapitals. Es gibt in dieser Fabrik keine einzige Stillegung, die durch die Mitbestimmung je verhindert wurde.
Die Thyssen-Kollegen, die am 1. Mai demonstrieren, sollten sich daher nicht mehr durch das Gewäsch der Star-Redner einlullen lassen, sondern erkennen: Die Umgestaltung der Produktionsweise ist eine Frage der Macht, die durch die Arbeiterklasse und das Volk erobert werden muß!

—Kommunistische Gruppe Oberhausen—

Thyssen — Niederrhein Oberhausen plant Stillegung

ÖTV-Tarifrunde

Proteste gegen das Angebot des Staates

Angebot des Staates eine Provokation

Hamburg. Mitgliederversammlung der Vereinigung (ÖTV-Sozialarbeit): 112 Kollegen waren anwesend, das 5 %-Angebot wurde in einer Resolution scharf zurückgewiesen. Eine neue Mitgliederversammlung wurde beschlossen, sie soll Anfang Februar stattfinden, um nächste Schritte zu beraten.

Krankenhaus St.Georg: Auf der Vertrauensleutesitzung sprachen sich alle Kollegen gegen das Angebot des Staates aus. Es wurde beschlossen, für den 5.2. eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Zur Versammlung wird ein Mitglied der Großen Tarifkommission eingeladen zwecks Stellungnahme zu ihren bisherigen Beschlüssen.

Frankfurt

Stadtschulamt: Auf einer Versammlung am 20.1.75 wiesen 50 Kollegen das 5 %-Angebot zurück. Die Forderung von 250 DM halten sie nach wie vor für richtig. Gefordert wurde: Sofortige Urabstimmung nach jedem Verhandlungsergebnis.

Wiesbaden

Krankenpflegeschule des Deutschen Roten Kreuzes, dritter Krankenpflegerkurs: In einem Brief an die Presse, an die Große Tarifkommission und an Maihofer, verurteilte am 24.1. die Klasse das unverschämte Angebot mit 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Sie fordern 200 DM mindestens für alle.

Bremen

Universität Bremen. Am 23.1. verabschiedete eine Vertrauensleutekörpersitzung einen Beschluß, der gegen das 5 %-Angebot protestiert, 200 DM mindestens fordert sowie einheitliches Urlaubsgeld. Die ÖTV-Kreisverwaltung Bremen soll eine Informationsveranstaltung durchführen, wo ein von der Kreisverwaltung bestimmter ÖTV-Funktionär berichten soll, welche Maßnahmen die ÖTV ergreifen will, um die Interessen der Lohnabhängigen durchzusetzen.

Uniklinik Frankfurt

Am 21.1. verabschiedete der Kurs B73 der Krankenpflegerschüler eine Erklärung an die Große Tarifkommission gegen das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber und gegen die geplante Mieterhöhung für die Personalwohnungen der Klinik. Er forderte 200 DM mindestens für jeden.

Am 23.1. versammelten sich 7 Kollegen der ÖTV aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie und erklärten sich in einem Brief an die Große Tarifkommission und den Bezirksvorstand und den öffentlichen Arbeitgeber gegen das Angebot. 200 DM als Forderung soll nachgeschoben werden.

Wiesbaden

Eine Resolution der Jugendvertretung der Stadtverwaltung Wiesbaden, die das 5 %-Angebot ablehnt und 200 DM mindestens und 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge fordert, wurde auf einer Jugendversammlung am 22.1. durch Unterschriftensammlung verabschiedet. Anwesend waren 40 Kollegen. Unterschriften wurden von 35 gesammelt, davon 8 ÖTV-Mitglieder.

24 Kollegen der Chirurgie der Kliniken unterschrieben eine Protesterklärung gegen das 5 %-Angebot. Sie fordern die Tarifkommission auf, die Forderung nach 200 DM mindestens nachzuschieben.

Westberlin, Klinikum Steglitz

In Westberlin versuchte die ÖTV-Führung, die Proteste von Kollegen gegen das 5 %-Angebot ins Leere laufen zu lassen. Die Zelle Klinikum Steglitz des KBW berichtet, was gegen diese Politik unternommen wurde:

Ein Flugblatt wurde entworfen, das den Charakter des 5 %-Angebots der Bundesregierung als offene Kampfansage der Kapitalistenklasse und ihres Staates aufdeckte und auf eine erneute, diesmal gut vorbereitete Protestveranstaltung der Betriebsgruppe hinzielte. Der Vorstand geriet in die Defensive, er weigerte sich zwar weiterhin, eine Protestversammlung zu organisieren und baute noch halb verdeckt die Forderungen der ÖTV-Führung in das Flugblatt ein. Aber in seiner Argumentation mußte er das Flugblatt akzeptieren und drucken (wenn auch zu wenig). Die offene Verteilung im Haus wurde beschlossen (sonst wird Gewerkschaftsmaterial immer nur per Hauspost an die Vertrauensleute geschickt). Wir malten eine große Wandzeitung, in der wir auf die Angriffe der Kapitalistenklasse und die Hetze gegen die Kollegen des öffentlichen Dienstes eingingen und dem die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen entgegenstellten. Die Wandzeitung wurde vor der Kantine aufgehängt und wir verteilten innerhalb von 20 Minuten die 600 Flugblätter an die Kollegen und diskutierten über die Krise und den Angriff auf unseren Lohn.

Mit dieser Aktion gelang es, in die Diskussion unter den Kollegen einzugreifen und die Frage zum Mittelpunkt zu machen, um die es geht, daß der Lohnkampf kein Feilschen um Prozente irgendeines Kuchens ist, wo es mal weniger und mal mehr gibt, sondern Klassenkampf. Bisher noch nicht erreicht wurde die Zusammenfassung des Protestes und der Kampfbereitschaft der Kollegen in einer geschlossenen Protestaktion – aber der Resignation wurde entgegengewirkt.

'Wenn die Reeder nicht hören wollen, müssen sie fühlen'

"Wenn die Reeder nicht hören wollen, müssen sie fühlen."
Dies sagte ein Mitglied der Verhandlungskommission der ÖTV-Abteilung Seeschiffahrt auf einer Seeleuteversammlung am Montag, den 27.1.75 in Hamburg und erntete großen Beifall.

Von den etwa 150 Anwesenden, darunter etwa ein Viertel Ausländer, ergriffen 10 das Wort. Alle sprachen sich gegen das Angebot der Reeder von 6 % aus. In der Diskussion wurde auf die gute Ertragslage der Reeder verwiesen und auf die schlechte Lage der Bevölkerung im Land. Dies wurde am Beispiel der Erhöhung der Miete gezeigt. Es wurde klar herausgestellt, daß hohe Gewinne der Reeder die Arbeitsplätze nicht sichern, sondern im Gegenteil durch den damit möglichen Einsatz moderner Schiffe die Besatzungen immer weiter reduziert werden. Weiter wurde bekannt, daß am 18.2. eine Kundgebung aller Fahrensleute geplant ist. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß die Hafenarbeiter auch hinzukommen sollen, daß die ja auch gerade in der Schlichtung sind. "6 % und 100 DM – das ist unsere Forderung – Wenn die nicht durchkommt, dann Streik!" Damit war die kämpferische Stimmung am besten ausgedrückt und der Redner erhielt großen Beifall. Ein Beschluß, der bekräftigt, daß die Forderung 6 % und 100 DM richtig ist und durchgesetzt werden muß, wurde einstimmig angenommen.

–A./J., Hamburg–

Postjugend Hamburg

Beschlüsse einer erfolgreichen Ortsjugendversammlung
Tarifangebot im öffentlichen Dienst wurde einstimmig abgelehnt

Am Sonntag, den 19.1.75, fand in der Kantine des Postamtes 1 die Ortsjugendversammlung der Postgewerkschaft statt. Unter den etwa 70 bis 90 Anwesenden war auch der 2.Vorsitzende der Bezirksverwaltung Horst Lorenzen, sowie einige Mitglieder der Ortsverwaltung. Nach der Begrüßung durch den 2.Vorsitzenden der Bezirksverwaltung und einem Überblick eines Mitglieds des Ortsjugendausschusses über die Tätigkeit des Ortsjugendausschusses seit der letzten Ortsjugendversammlung, kam man schnell zur Behandlung der vorliegenden Anträge und Resolutionen.

– Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

– Antrag auf Zurücknahme des Radikalenerlasses im öffentlichen Dienst

Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit gegen den Widerstand des Vertreters der Bezirksverwaltung angenommen.

– Antrag auf Austritt der Deutschen Postgewerkschaft aus der Konzertierten Aktion

– Antrag auf Ablehnung von Schlichtungsverfahren

Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

– Antrag auf Ablehnung des Tarifangebots im öffentlichen Dienst wurde einstimmig angenommen.

– Resolution auf Zurücknahme des Teamerverbots für einen Teamer, der in der Gewerkschaftszeitung "Jugendspiegel" sich für die Einheitsgewerkschaft ausgesprochen hatte. Also dafür, daß sich in der Deutschen Postgewerkschaft alle Arbeiter mit unterschiedlichen politischen Meinungen organisieren können. Obwohl sich einige Vorstandsmitglieder mit Händen und Füßen dagegen sträubten, daß diese Frage in der öffentlichen Auseinandersetzung behandelt wird, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

– Initiativantrag, der den Deutschen Gewerkschaftsbund auffordert zu der von 17 Hamburger Jugendverbänden (darunter der Kreisjugendvorstand des DGB) organisierten Demonstration zur Jugendarbeitslosigkeit am 19.2.75 selbst aufzurufen, und der neben den DGB-Forderungen zur Berufsbildung auch Forderungen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit enthält wie "Anerkennung der arbeitslosen Schüler als Arbeitslose" und daß diese an einer Berufsschule an einem Unterricht nach ihrer Wahl teilnehmen können sowie daß sich das Arbeitslosengeld für ausgelernte Lehrlinge richtet nach der Höhe des Facharbeiterlohnes ihres erlernten Berufes. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Streikrecht für Lehrlinge – Gemeinsame Forderungen – Gemeinsamer Kampf

Vier Kliniken werden zugemacht

700 Krankenbetten werden in Hamburg vom Senat aufgegeben

Am 6.1. konnte man im 'Hamburger Abendblatt' lesen: "Es müssen nur vier Kliniken zumachen ... Wintermoor, Kinderkrankenhaus Borgfelde und die gemeinnützigen Krankenhäuser Ebenezer und Jerusalem. In vier weiteren Hamburger Krankenhäusern sollen insgesamt noch einmal 150 Betten eingespart werden, und zwar 60 Betten in Rissen, je 30 in Heidberg, Barmbek und Harburg. Zusammen gibt Hamburg damit mehr als 700 Krankenbetten auf."

Doch damit noch nicht genug: Der Einzelplan 5 der Vorlage für die Parteien der Bürgerschaft zeigt, daß der Senat vor hat, noch ganz anders hinzulangen. Hier kann man lesen, daß 5 Neu- und Erweiterungsbauten, die schon seit Jahren geplant und dringend gebraucht würden, gestrichen werden sollen. Es handelt sich dabei um für die medizinische Versorgung der Bevölkerung so wichtige Projekte wie die Frauenklinik in Altona, den Neubau des Bettenhauses in Eilbek usw.. Im Einzelplan 5 erfahren wir auch, daß bis 1976 4 % der Beschäftigten in den Krankenhäusern eingespart werden sollen, daß außerdem die Kinderstuben der Krankenhäuser, die hoffnungslos überfüllt sind, um 50 % reduziert werden sollen. (Was bedeuten würde, daß viele Krankenschwestern kündigen müßten, weil niemand mehr ihre Kinder versorgt.) Das Krankenhaus Wintermoor, das geschlossen werden soll, hat 403 Betten, davon 110 Betten für Patienten, denen geholfen wird, nach einem Herzinfarkt wieder auf die Beine zu kommen ("Rehabilitation") und 293 Betten für Tuberkulose- und chronisch Lungen-Kranke.

Die Schließung dieser Spezialklinik ist ein schwerer Schlag für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung von Hamburg. Patienten mit Herzinfarkt können jetzt nicht mehr, wie bisher üblich, nach 2 bis 4 Wochen Krankenhausaufenthalt nach Wintermoor verlegt werden, wo sie in einem Spezialtraining wieder einigermaßen leistungsfähig gemacht wurden, sie bleiben jetzt 4 bis 6 Wochen im Krankenhaus, kommen dann zum Hausarzt, bleiben also ohne gezielte Nachbehandlung. Ähnlich ergeht es auch den chronisch Lungenkranken, sie werden keiner Spezialbehandlung mehr unterzogen, bleiben in hausärztlicher Behandlung und sind sich damit weitgehend selbst überlassen. Die Herren Politiker wollen uns außerdem weismachen, daß die Tuberkulose so gut wie ausgestorben ist, und man deshalb Wintermoor nicht mehr brauche. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Hervorgerufen durch die sich verschärfende Krise, wächst das soziale Elend der Massen. Die Wohnungsverhältnisse werden miserabler, die Obdachlosenasyle quellen über. Zwangsläufig mit dieser Entwicklung erkranken immer mehr Menschen an Tuberkulose. So konnte ich selbst feststellen, daß die Zahl der Neuerkrankungen pro Monat sich z. B. im Allgemeinen Krankenhaus Altona im Laufe eines Jahres fast verdoppelte. Die behandelnden Ärzte sind ratlos, was mit diesen Patienten geschehen soll, falls Wintermoor geschlossen wird.

Mit schönen Photos wirbt der Senat
Die Sparmaßnahmen des Senats trifft das Personal hart

Die 40-Stunden-Woche wurde nur auf dem Papier eingeführt; neue Stellen gab es nur vereinzelt. Überstundenklopperei, geteilter Dienst sind weiterhin die Regel. So sind zum Beispiel im Allgemeinen Krankenhaus Altona auf einzelnen Stationen 12 bis 16 Überstunden pro Woche selbstverständlich.

Die Sparmaßnahmen des Senats treffen besonders hart das Personal in den Krankenhäusern.

Der Senat will jetzt gleich an zwei Strängen ziehen, um die Arbeitsintensität der Kollegen in den Krankenhäusern zu steigern. Einmal will er bis 1976 4 % der Stellen einsparen, zum anderen will er erreichen, daß durch gezielte Streichung von Betten der Belegungsgrad und Patientendurchlauf in den Krankenhäusern erhöht wird. Mit anderen Worten: immer mehr Patienten sollen von immer weniger Personal versorgt werden. Daß dies nur mit einer drastischen Verschlechterung der Gesundheitsversorgung möglich ist, interessiert den Senat nicht. So ist heute schon ein Zustand in den Hamburger Krankenhäusern erreicht, daß oft genug ein Kranker, der dringend einer Behandlung bedarf, wieder zum Hausarzt geschickt wird, weil ein noch Kränkerer seinen Platz beansprucht.

Doch in den Krankenhäusern werden die Maßnahmen des Senats auf immer größeren Widerstand stoßen. Als im Oktober letzten Jahres der Einstellungsstopp verkündet wurde, sind aus vielen Krankenhäusern Protestresolutionen an den Senat geschickt worden, auf Versammlungen wurde der Senat aufgefordert, seine Maßnahmen rückgängig zu machen. Eine weitere Verschärfung der Situation wird nicht mehr kampflos hingenommen werden.

Keine Schließung von Wintermoor und der anderen Krankenhäuser!
Sofortiger Ausbau der Krankenhäuser wie vorgesehen!
Sofortige Aufhebung des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst!
Verwirklichung der 40-Stunden-Woche in den Krankenhäusern durch Besetzung der freien Planstellen!

–M., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Sektion Gesundheitswesen–

Beschlüsse in der GEW:

Gegen Satzungskongress

Bremen. Die Jahreshauptversammlung des Vereins Bremer Lehrerinnen und Lehrer hat am 27.1.1975 zur geplanten außerordentlichen Vertreterversammlung folgendes beschlossen:

1. Die Jahreshauptversammlung lehnt die überstürzte Einberufung der Bundesvertreterversammlung zum 8.März und die bisher bekanntgewordenen Begründungen des Bundesvorstandes für diese Bundesvertreterversammlung ab. Der Termin ermöglicht weder eine breite Diskussion der Anträge, noch eine sorgfältige Auswahl der Delegierten. In den meisten Landesverbänden konnten bisher keine ausreichenden Erfahrungen mit den Mainzer Satzungsänderungen gemacht werden. Für die Mitglieder ist daher eine Dringlichkeit der vorgesehenen Bundesvertreterversammlung nicht erkennbar. Außerdem sind wir der Meinung, daß die GEW in der derzeitigen Situation wahrhaft Wichtigeres zu tun hätte, als sich fast ausschließlich mit der Verschärfung von Ausschlußbestimmungen zu befassen.
2. Die Jahreshauptversammlung des Vereins Bremer Lehrerinnen und Lehrer lehnt den Entschließungsantrag des Geschäftsführenden Vorstandes an den Bundeshauptausschuß ab.
3. Sollte die Bundesvertreterversammlung stattfinden, fordert die Jahreshauptversammlung die Delegierten des Vereins Bremer Lehrerinnen und Lehrer auf, in der vorbereitenden Landesvertreterversammlung folgende Grundsätze zu vertreten und auf entsprechende Beschlüsse hinzuwirken:

a. Gewerkschaftsschädigend soll nur das konkrete, überprüfbare Verhalten des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds sein. Niemals aber seine Meinung oder seine Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation.
b. Maßstab bei einem Verfahren in der Gewerkschaft kann nur sein der Zweck des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.
c. Entscheiden und urteilen können über ein solches Verhalten nur die Gliederungen der GEW, in denen das betreffende Mitglied gearbeitet hat sowie die in der Satzung dafür ausdrücklich vorgesehenen Organe.

GEW-Vertreterversammlung gegen Satzungskongreß

Die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Oldenburg der GEW hat sich mit großer Mehrheit (55:36 Stimmen) gegen einen Satzungskongreß auf Bundesebene (siehe KVZ Nr.3/75) ausgesprochen

Wir drucken hier den Antrag des GEW-Bundesvorstandes noch einmal ab, da in KVZ 3/75 der Schluß fehlte:

Frister-Antrag gegen Kommunisten

Jede Zusammenarbeit mit oder Unterstützung von rechts- oder linksextremen Parteien und Gruppen durch GEW-Mitglieder ist gewerkschaftsschädigend.
Rechts- und linksextreme Parteien und Gruppen werden von den Bürgern nahezu einmütig abgelehnt. Jede Zusammenarbeit mit oder Unterstützung dieser Parteien und Gruppen durch GEW-Mitglieder setzt die GEW dem Verdacht aus, ebenfalls deren gesellschaftspolitischen Ziele zu verfolgen oder deren Erreichung zu wünschen. Die GEW verlöre damit das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler und büßte ihre Fähigkeit ein, die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll zu vertreten. Jede Unterstützung von extremen Parteien oder Gruppen, in welcher Form auch immer, durch GEW-Mitglieder ist daher gewerkschaftsschädigend. Zu den rechts- und linksextremen Parteien und Gruppen gehören nicht nur NPD und die beispielhaft im Beschluß des DGB-Bundesvorstandes aufgezählten (KPD, KPD/ML, KBW), sondern auch andere wie DKP und SEW einschließlich ihrer Nebenorganisationen.

Darmstädter Lehrlinge stellen Forderungen gegen Folgen der Arbeitslosigkeit

Darmstadt. Am 15. Januar fand an der Technischen Hochschule die erste Jugendversammlung in diesem Jahr statt. 68 Lehrlinge waren anwesend. Unter anderen Punkten, wie Ausbildungspläne und Tätigkeitsbericht der Jugendvertretung, wurde von der Jugendvertretung auch eine Resolution an die Gewerkschaft zur Jugendarbeitslosigkeit eingebracht. Diese Resolution war bei einem Treffen verschiedener Jugendvertretungen aus Darmstadt aufgestellt und verbreitet worden.

In der Resolution, die ohne Gegenstimme verabschiedet wurde, heißt es:
"In Darmstadt gibt es etwa 250 arbeitslose Jugendliche. Diese Zahl wird sich wahrscheinlich in nächster Zeit noch erhöhen." "Das Arbeitsamt versucht zwar, einen Teil der Jugendlichen in Betrieben unterzubringen, wie zum Beispiel bei Merck und Neckermann. Dort mußten die Jugendlichen Schicht arbeiten und bekommen dafür ganze 300 DM. Nicht aber vom Unternehmer, sondern vom Arbeitsamt."
Und weiter: "Die Unternehmer werden sich nicht die Möglichkeit nehmen lassen, die Arbeitslosen gegen die Kollegen in den Betrieben auszuspielen. Sie werden unter dem Hinweis "Wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr ja gehen, draußen vor den Toren warten genügend Arbeitswillige" versuchen, den Leistungsdruck und den Konkurrenzkampf zu verschärfen."
In den Beiträgen auf der Versammlung wurde deutlich: Dem Elend der Arbeitslosigkeit, dem Ausspielen der Arbeitslosen gegen die Kollegen im Betrieb kann man nur wirklich entgegentreten, wenn man die Lage der arbeitslosen Jugendlichen verbessert. Zum einen durch die Zahlung eines ausreichenden Arbeitslosengeldes, zum anderen durch das Recht auf eine vernünftige Ausbildung.

Die Ausbildung der Jugend entscheidet mit über die Zukunft der Klasse

Am wichtigsten aber ist, daß die arbeitslosen Kollegen und die Kollegen in den Betrieben gemeinsam kämpfen können und so der Spaltung am allerbesten entgegentreten können. Das ist aber dann erst möglich, wenn die Arbeitslosen, und besonders die arbeitslosen Schulabgänger, sich gewerkschaftlich organisieren können.
Die Jugendversammlung hat deshalb den DGB aufgefordert, eine öffentliche Veranstaltung über die Jugendarbeitslosigkeit durchzuführen. Die Jugendversammlung hat beschlossen, folgende Forderungen aufzustellen:
Recht aller arbeitslosen Jugendlichen an der Teilnahme in einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl und einem Unterricht, der sie befähigt, die Facharbeiterprüfung abzulegen!

600 DM Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Jugendlichen!

Die Resolution war ein guter Schritt dazu, der Spaltung der arbeitslosen Kollegen von den Kollegen in den Betrieben entgegenzutreten. Es hat sich gezeigt, daß den Kollegen keineswegs egal ist, was mit den Arbeitslosen passiert, daß man gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gemeinsam etwas unternehmen muß. Und das ist sehr wichtig, denn die Folgen der Arbeitslosigkeit – das materielle Elend, die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten – wird man nur bekämpfen können, wenn die Arbeiter sich nicht gegenseitig ausspielen lassen.

M.

gentreten, wenn man die Lage der arbeitslosen Jugendlichen verbessert. Zum einen durch die Zahlung eines ausreichenden Arbeitslosengeldes, zum anderen durch das Recht auf eine vernünftige Ausbildung.
folgende Forderungen aufzustellen: Recht aller arbeitslosen Jugendlichen an der Teilnahme in einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl und einem Unterricht, der sie befähigt, die Facharbeiterprüfung abzulegen!
losigkeit – das materielle Elend, die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten – wird man nur bekämpfen können, wenn die Arbeiter sich nicht gegenseitig ausspielen lassen.
M.

Lehre beim Bundesgrenzschutz ?

Hamburg. Als Berufsschullehrer, der auch in Klassen des Berufsgrundbildungsjahres unterrichtet, erfahre ich von den Schülern häufig über ihre Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche. In der letzten Woche verwendete ich eine Unterrichtsstunde dazu, um jeden Einzelnen zu fragen, ob er eine Lehrstelle bekommen hat oder nicht bzw. wieviele Absagen er einstecken mußte. Die meisten der Schüler und Schülerinnen mußten einige Monate suchen, d.h. Bewerbungsbriefe schreiben, sich vorstellen, "Eignungstests" durchstehen, ehe ihnen endlich eine Firma zusagte, sie ab 1. Februar 1975 als Lehrling zu übernehmen. Bis zu 20 Absagen waren die Regel: "Leider sind schon alle Ausbildungsplätze besetzt"; "Sie entsprechen leider nicht den Anforderungen" und ähnliche Floskeln. Manche Firmen hielten es nicht einmal für nötig, zu antworten. Die meisten mußten das Lehrstellenangebot, das sie bekamen, auch annehmen, um überhaupt zu den "Glücklichen" zu gehören, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten. Einer der Schüler, Klaus, hatte aber immer noch keine Lehrstelle. Da entdeckte er in der Zeitung eine Anzeige des Bundesgrenzschutzes. Er forderte Informationsmaterial an, was ihm auch postwendend zugeschickt wurde. Das war aber noch nicht alles: Zwei Tage später klingelten zwei Herren an der Wohnungstür seiner Eltern. Sie kamen im Auftrag des Bundesgrenzschutzes und wollten mit Klaus ein "persönliches Gespräch" führen.
Ich fand dieses Verhalten zuerst sehr ungewöhnlich. Wo gibt es das denn sonst noch, daß zukünftige Lehrlinge von ihren späteren "Lehrherren" so umworben werden? Nach einigem Nachdenken war mir die Sache aber klar: Der Bundesgrenzschutz braucht Leute. Bisher hat er damit wohl ziemliche Schwierigkeiten gehabt. Wer geht schon gern zu dieser Söldnertruppe, die für den bürgerkriegsmäßigen Einsatz gegen streikende Arbeiter vorbereitet wird, wo innerhalb der Truppe die Devise herrscht: "Schnauze halten, Buckel krumm machen und dienen!" Inzwischen hat sich die Lage geändert. Bundesgrenzschutz, Bundeswehr und Polizei haben plötzlich mehr "Chancen" bei den Jugendlichen als früher. Allerdings nicht deshalb, weil die "Neigung" dafür gewachsen ist, sondern weil die Auswirkungen der kapitalistischen Krise den Jugendlichen häufig nur die eine Wahl lassen: ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz auf der Straße liegen oder sich wenigstens bei Bundesgrenzschutz, Bundeswehr oder Polizei, also im Unterdrückungsapparat des bürgerlichen Staates, zu verdingen.

– Z.Z. –

Arbeitslosengeld für Ausgelernte

Die Bundesanstalt für Arbeit hat jüngst eine Verordnung erlassen, nach der jugendliche Arbeitslose, wenn sie ihre Lehre abgeschlossen haben, Arbeitslosengeld beanspruchen können. Das Arbeitslosengeld entspricht dem Geld, das der junge Arbeiter erhalten würde, wenn er nach der Übernahme in den erlernten Beruf arbeitslos würde. Bemessungsgrundlage ist der Tariflohn. Der Haken bei der Sache ist, daß das Arbeitsamt nicht von sich aus tätig wird. Es ist also notwendig, diese Information zu verbreiten und selbst aktiv zu werden. Auf Antrag wird dann das Arbeitslosengeld rückwirkend vom Oktober 1974 bezahlt.

Probezeit willkürlich verlängert

Probezeit willkürlich verlängert

Dedenhofen/Krs. Offenbach. Ein gutes Beispiel dafür, wie die Kapitalisten versuchen, in der Krise nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, sondern auch deren spärliche Rechte anzugreifen, lieferte die Firma Versbach-Metallbau, Dudenhofen. Im Berufsausbildungsvertrag eines Jugendlichen verlängerte sie willkürlich die Probezeit auf 12 Monate. Bei nicht zufriedenstellenden Leistungen des Lehrlings in der Berufsschule – so mußten die Eltern unterschreiben – sollte es der Firma erlaubt sein, nach dieser Zeit den Lehrvertrag ersatzlos zu kündigen.
Im Berufsbildungsgesetz heißt es zur Probezeit: "Sie muß mindestens einen Monat und darf höchstens 3 Monate betragen" (§ 13). Daß die Firma es sich traut, diesen Lehrvertrag an die Handwerkskammer zu schicken, ist kein Wunder: dort werden schließlich die Unternehmer "kontrolliert".

Ich meine, man sollte das nicht allein mit dem Hinweis abtun, daß in diesem Fall das Arbeitsgericht gar nicht anders könnte, als diesen Zusatz zum Lehrvertrag als nichtig zu erklären. Man muß vielmehr klarmachen, was für eine Absicht die Kapitalisten haben – nämlich die Jugendlichen einzuschüchtern und unter Druck zu setzen, um sie so besser ausbeuten zu können – und daß sie dabei auch vor solchen illegalen Mitteln nicht zurückschrecken.

Gegen diese Absicht müssen sich die Jugendlichen und die ganze Arbeiterklasse zusammenschließen, ihre Rechte zu verteidigen und zu erweitern, um sich Raum zu schaffen für den Kampf um ihre sozialen Interessen.

g.

Richtigstellung

Unter der Überschrift "Unter welchen Forderungen kann sich die Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zusammenschließen?" haben wir in Nummer 3/75 einen Brief von Jugendlichen aus einem evangelischen Jugendheim und einen Antwortbrief von Joscha Schmierer veröffentlicht. Es handelt sich dabei um einen Briefwechsel aus dem Dezember 1974. Er war nicht für die Veröffentlichung gedacht. Da uns mehrere Briefe mit ähnlichen Fragen wie die der Jugendlichen aus dem Westberliner Jugendheim erreichten, haben wir den Briefwechsel nachträglich veröffentlicht. Durch ein Versäumnis der Redaktion wurde der Briefwechsel ohne eine entsprechende Vorbemerkung abgedruckt.
In dem Brief von J.S. befindet sich außerdem ein mißverständlicher Satz, auf den uns A.L. aus Osterode aufmerksam macht: "Es hat keinen Sinn, innerhalb des Kapitalismus Forderungen aufzustellen, die innerhalb des Kapitalismus nicht verwirklicht werden können ..." Gemeint ist damit, daß nicht Forderungen als innerhalb des Kapitalismus verwirklichbar propagiert werden können, die erst der Sozialismus verwirklichen kann, wie z. B. das Recht auf Arbeit. –Red–

‚Das ist nichts für Frauen'

München. Seit geraumer Zeit suche ich eine Lehrstelle im Druckbereich. Neben Berufsberatung und Arbeitsamt habe ich auch selbst bei den Druckereien rumtelefoniert. In den meisten Fällen wurde mir gleich gesagt, daß sie keine Frauen nehmen. Nur bei "Franzis-Druck" wurde ich zu einer Betriebsbesichtigung eingeladen. Der Mann aus der Personalabteilung riet mir aber auch gleich ab, in die Druckerei zu gehen, denn gegen die "rohen Kerle" an den Druckmaschinen könne ich mich sicher nicht durchsetzen. Setzerin oder Reprographin solle ich werden, das sei "Frauenarbeit". Um es mir zu beweisen ließ er mich eine Farbwalze heben, was nicht schwierig war. "Sehen Sie", sagte er, "das ist was für Männer und außerdem ist es viel zu laut für Sie!" Als ob die Männer von dem Lärm weniger belästigt würden als die Frauen. Später habe ich erfahren, daß das Papierstapeln, Walzenwaschen und Überwachen der Druckbogen meistens von angelernten Frauen gemacht wird. Mir wurde klar, daß den Kapitalisten die Frauen als billige Arbeitskräfte sehr willkommen sind; da wird dann auch nicht mehr viel Rücksicht auf Lärm und Anstrengung genommen. Aber als Facharbeiter wollen sie die Frauen nicht haben, da erfinden sie alles mögliche und versuchen uns gegen die männlichen Kollegen auszuspielen.

G.W.

Türkischer Arbeiter abgeschoben

Einen türkischen Kollegen haben die Blaupunkt-Kapitalisten gekündigt. Er hatte sich für seine Kollegen eingesetzt. Doch die Kapitalisten taten viel, um zu verhindern, daß eine Einheit zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern entsteht. Wie der türkische Kollege auf der Betriebsversammlung sprach, übersetzte der Dolmetscher was anderes. Der türkische Kollege schilderte das so: "Ich sagte A, der Dolmetscher sagte B." Ein deutscher Kollege: "Wie der Türke redete, war unheimlich was los unter den Türken. Das wunderte mich, denn die Übersetzung ergab nur Allgemeinheiten."
Dieser türkische Kollege mußte zurück in die Türkei. Er wird auch dort für Gerechtigkeit kämpfen. Damit er Mut hat, wenn er fährt, haben wir ein Solidaritäts- und Abschiedsfest für ihn in einer Kneipe gemacht. Wir haben es auch deshalb gemacht, weil viele nicht wissen, was diesen Kollegen in der Türkei erwartet. Dort gibt es 36 Millionen Fabrik- und Landarbeiter und 8 Millionen sind arbeitslos. Tausende von Revolutionären und Freiheitskämpfern sind eingekerkert, sie werden bekämpft und ermordet. Zu dieser Veranstaltung kamen viele Kollegen und Genossen, die Solidarität mit dem türkischen Widerstand beweisen wollten.
Als wir ihn gemeinsam mit anderen türkischen Kollegen zum Bahnhof brachten, entstand eine kleine Demonstration, denn es waren über 50 Menschen. Wir hatten ein Transparent mit der Aufschrift: "Deutsche Arbeiter, Türkische Arbeiter – eine Kampffront". Mit Arbeiterliedern wurde der Kollege verabschiedet. Es war ein guter Abschied.

–J.K., T.B., Hildesheim–

Arbeitsgericht betrügt türkischen Kollegen

Kassel. Ein türkischer Kollege arbeitet seit 10 Jahren in der BRD. Vor etwa 1 1/2 Jahren wurde er bei Hanomag Henschel in Kassel eingestellt. Gegen Ende August erhielt er die Kündigung mit der Begründung, er wäre zu häufig krank gewesen. Auf dem Kündigungsschreiben waren noch sämtliche Krankheitstermine aufgelistet.

Bei den angeführten Krankheiten ist ein Arbeitsunfall mit angegeben. **Es ist schon eine große Unverschämtheit, in der Krise die Kollegen immer stärker reinzutreiben, und einen dadurch entstehenden Betriebsunfall mit als Kündigungsgrund anzugeben!** Rechnet man die Tage von der Ausstellung der Kündigung bis zu ihrem Inkrafttreten zusammen, dann kommt man auf 9 Tage. Die Kündigungsfrist beträgt jedoch 14 Tage. Das hätte doch dem Betriebsrat auffallen müssen, denn laut Kündigungsschreiben wurde der Betriebsrat dazu gehört.
Der Kollege wollte nun sein Recht gerichtlich durchsetzen. Als er **auf dem Arbeitsgericht ohne Anwalt und ohne Dolmetscher** erschien, wurde ihm gesagt, ihm ständen 650 DM zu. Wenn er die nicht annehmen wolle, bekäme er gar nichts. Als der Kollege meinte, er hätte durch den Arbeitsausfall schon mehrere tausend DM verloren, entgegnete ihm der Anwalt von Hanomag Henschel, das interessiere doch seine Firma nicht. Der Kollege akzeptierte nun die 650 DM, da er zur Zeit kein Geld hatte und gab seine Kontonummer für die Überweisung des Geldes an. **Als der Betrag nach ein paar Wochen immer noch nicht überwiesen war, schrieb der Kollege an das Arbeitsgericht. Er erhielt die Antwort, laut Stenogramm hätte er die Klage zurückgezogen.**
Als der Kollege zum Arbeitsamt ging, wurde ihm eine Stelle für 8 DM die Stunde angeboten. Da er bei Hanomag zwischen 9 und 10 DM die Stunde bekommen hatte und seine Familie (Frau und 3 Kinder) in der Türkei versorgen muß, lehnte er ab. Daraufhin **sperrte ihm das Arbeitsamt erstmal für vier Wochen das Arbeitslosengeld.**

In der Zeit der Hochkonjunktur ziehen die Unternehmer aus allen Ländern Arbeiter heran. In Krisenzeiten versuchen sie, wieder Arbeitskräfte loszuwerden. Besonders die rechtlose Lage der Ausländer (Ausländergesetz) und ihre Unkenntnis der Sprache und Gesetze werden von den Kapitalisten und ihren Handlangern schamlos ausgenützt.

–U.L.–

Herzanfall im Arbeitsamt

Westberlin. Am 14.1. verkaufte ich zusammen mit einer Genossin vor dem Arbeitsamt Sonnenallee die Kommunistische Volkszeitung, als ein älterer Mann kreidebleich aus dem Ausgang gewankt kam.
Zuerst dachten wir, er wäre betrunken. Doch als ich den Kollegen ansprach, konnte er nur stammeln. Er hatte im Arbeitsamt einen Herzanfall bekommen! Wir riefen sofort einen Krankenwagen, mit dem der Kollege ins Krankenhaus gebracht wurde.
Der Kollege war jetzt 50 Jahre alt. Seit zwei Jahren schon hatte er keine Arbeit mehr und auch keinerlei Aussichten. Immer wieder hieß es, er sei schon zu alt. Mit seiner Familie, er hat zwei Kinder, muß er von der Wohlfahrt leben.
Als er noch Arbeit hatte, hat man das letzte aus ihm rausgeholt und seine Gesundheit ruiniert. Jetzt quält ihn die ständige Sorge, wie er seine Familie durchbringen soll, wie er die nächste Miete, die Gasrechnung, die Kleidung für die Kinder bezahlen soll. Wenn er aufs Arbeitsamt geht, kriegt er ständig zu spüren, daß er für die Kapitalisten nur ein lästiges Stück Dreck ist.
Dieser Fall ist, das zeigen Berichte aus den Krankenhäusern, überhaupt kein– Einzelfall.

3000 demonstrieren in Weisweil

Der Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl geht weiter!

Über 3000 Menschen beteiligten sich am Sonntag in Weisweil, der direkt neben dem geplanten Kernkraftwerk liegenden Nachbargemeinde von Wyhl, an einer Demonstration und Kundgebung gegen das Kernkraftwerk. Unter dem Thema: "Die Region läßt sich in Wyhl kein Atomkraftwerk aufzwingen" wurde der Wille der großen Mehrheit der betroffenen Bevölkerung dokumentiert. Es besteht kein Zweifel daran, daß bei Baubeginn das Gelände besetzt wird.

Dies steht nicht im Widerspruch zum Bürgerentscheid vom 12.Januar, bei dem 55 % der Wyhler für den Verkauf eines gemeindeeigenen Geländes an das Badenwerk gestimmt hatten. Nur durch massive Beeinflussung und Spaltungsmanöver unter Ausnutzung der besonders schwierigen Lage der Wyhler konnte die Landesregierung diese knappe Mehrheit für sich gewinnen.

Dieses Resultat versucht die Landesregierung und das Badenwerk zu nutzen, um ihre Isolation aufzuheben und in die Offensive zu gehen. In der bürgerlichen Presse wurde ein großes Geschrei über die "demokratische Legitimation" des Kernkraftwerks Wyhl angestimmt. Doch ihre Versuche mißlangen, und die Landesregierung muß zunehmend zu Polizeimaßnahmen und Drohungen mit dem Einsatz des gesamten bürgerlichen Gewaltapparats ihre Zuflucht nehmen. Die Kundgebung hat gezeigt, daß trotz Polizeiterror der Widerstand der Bevölkerung nicht nachgelassen hat.

Anfang Januar ist es der Landesregierung gelungen, in Wyhl eine Mehrheit zu finden für den Verkauf des Bauplatzgeländes an das Badenwerk. Die Mehrheit in Wyhl für diesen Verkauf konnten Landesregierung, Badenwerk und Wyhls Bürgermeister Zimmer nur dadurch gewinnen, daß sie die besonders schlechte Situation der Landwirtschaft in Wyhl und die elende Lage der Arbeiter in Wyhl für sich ausnutzten. Die Hauptkraft im bisherigen Kampf waren die Winzer im südlich gelegenen Kaiserstuhl und die Bauern nördlich von Wyhl, die hauptsächlich vom Tabakanbau leben.

In Wyhl sind aufgrund der Bodenbeschaffenheit und der besonderen klimatischen Bedingungen solche Sonderkulturen nicht möglich. Wyhl gilt als besonders armes Dorf. Als die Landesregierung vor zwei Jahren in Breisach am Südrand des Kaiserstuhls direkt gegenüber den Weinbauzentren Oberrotweil und Ihringen mit ihrem
Oberrotweil und Ihringen mit ihrem
Kernkraftwerk scheiterte, wählte sie deshalb nicht zufällig Wyhl als neuen Standort.

Doch sie hatte sich getäuscht, wenn sie glaubte, den Widerstand so leicht auseinanderdividieren zu können. Die Winzer aus dem Kaiserstuhl und die Bauern in der Umgegend von Wyhl ließen nicht nach, im Gegenteil, immer breitere Kreise wurden in den Widerstand einbezogen. 100 000 Unterschriften gegen das Kernkraftwerk (in den umliegenden Dörfern über 70 % der Bevölkerung) dokumentieren dies. Die Bauern und die Winzer fürchten berechtigt um ihre Existenz wegen der zu erwartenden Kühlturmnebel. Sie sehen durch den Bau des Kernkraftwerkes Leben und Gesundheit der ganzen Region bedroht.

Landesregierung und Badenwerk bekamen einen schweren Stand. Als es im November in Wyhl gelang, einen Bürgerentscheid über den Verkauf des für den Bau benötigten Geländes zu erkämpfen, schienen die Pläne für ein Kernkraftwerk endgültig gescheitert. In dieser Situation nutzten Landesregierung und Badenwerk alle ihre Mittel aus. In persönlichen Briefen des Ministerpräsidenten, die an alle Wyhler Haushalte gingen, versuchte die Landesregierung, den Wyhlern die Verantwortung für die Energiepolitik und den Zusammenbruch der Energieversorgung aufzuladen. In Pressekonferenzen drohten Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Eberle mit der Enteignung. Den Boden, damit diese Drohungen ihre Wirkung entfalten konnten, bereitete das Badenwerk mit finanziellen Versprechungen vor.

Versprochen wurde den Wyhlern:

- Über zwei Millionen für den Verkauf eines brach liegenden Grundstücks.
- Gesicherte Arbeitsplätze für drei- bis vierhundert Wyhler während der Bauzeit des Kernkraftwerks.
- Jährliche Millionenbeträge an Gewerbesteuer.
- Bau eines Freizeitzentrums und eines Schwimmbades. (60 % der Kosten zahlt das Badenwerk, der Rest wird über Gewerbesteuern abgestottert.)
- Bau einer Umgehungsstraße (gleiche Finanzierung).
- Übernahme der Kosten für eine Gemeinschaftskläranlage, die im nächsten Jahr erstellt wird. (In den anderen Gemeinden muß von jedem Bürger anteilmäßig 1 000 bis 2 000 DM für diese Anlage bezahlt werden.)
- Befreiung von Gebühren und Gemeindesteuern, bzw. Bezahlung dieser Gebühren durch die Gewerbesteueraufkommen.

Das eine Elend durch ein anderes ersetzt

Die elende Lage der Mehrheit der Bevölkerung in Wyhl bot die Voraussetzung dafür, daß die Landesregierung es schaffte, 55 % der Wyhler für den Verkauf des Baugeländes zu gewin-
Verkauf des Baugeländes zu gewin-
nen.

Von den etwa 230 landwirtschaftlichen Betrieben reichen in Wyhl nur 5 zum Lebensunterhalt einer Familie aus. Von diesen 5 Landwirten hat kein einziger einen Hof über 20 ha. Keiner dieser Höfe ist längerfristig existenzfähig.

Die große Mehrheit der Wyhler lebt vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Da es in Wyhl nur wenige und schlecht bezahlte Arbeitsplätze gibt, müssen 480 Wyhler täglich nach außerhalb zur Arbeit pendeln. Allein 140 fahren täglich nach Freiburg (30 km entfernt). Für die Pendler in Wyhl verlängert sich der Arbeitstag um 1 bis 3 Stunden täglich. Haben sie noch nebenher einen kleinen Hof, so müssen sie je nach Jahreszeit noch einige Stunden zusätzlich arbeiten.

Diejenigen, die in Wyhl arbeiten, bekommen in der Stumpenfabrik Burger (160 Arbeiterinnen und Arbeiter) oder in der Strumpffabrik Sommer (50 Arbeiterinnen) als Hilfsarbeiter nicht einmal 800 DM netto im Akkord monatlich.

Für die Jugendlichen sieht es besonders schlecht aus. In Wyhl selbst gibt es keine Lehrstellen. Weiterführende Schulen sind in Wyhl und Umgebung nicht vorhanden.

Schon seit Jahren hofft die Bevölkerung, daß sich in Wyhl Industrie ansiedelt. Durch die Krise verschärft sich diese Situation. Die meisten Wyhler sind Hilfsarbeiter und werden bei Entlassungen am ehesten auf der Straße liegen. Zwei Lehrlinge aus Wyhl, die bei Emmendingen in einem Metallbetrieb arbeiten, berichten: *"Die Lehrlinge aus unserem Betrieb, die letzten Sommer ihre Lehre beendet haben, haben immer noch keine Arbeit gefunden. Der Hof ist so klein, daß es sich nicht lohnt, moderne Maschinen einzusetzen. Wenn der z. B. die Kuh melkt, dann kommt er in der Stunde auf so um die 1.50. Klar, das Kernkraftwerk ist schon gefährlich, aber uns geht's eh beschissen, und wenn das Kernkraftwerk gebaut wird, dann haben wir mindestens in der Bauzeit Arbeit. Im übrigen haben wir mehr Möglichkeiten durch das Freizeitzentrum und das Schwimmbad."*

Ähnlich denken viele Arbeiter in Wyhl. Der Lohn reicht vorne und hinten nicht, und durch die Wirtschaftskrise sind die Arbeitsplätze gefährdet. Viele ahnen, daß sie durch den Verkauf des Grundstücks nur ein Elend durch ein anderes ersetzen, sich aber an ihrer Situation langfristig nichts ändert.

Die Versprechungen der Landesregierung und des Badenwerks und Bürgermeister Zimmers werden solange eingehalten, bis sie sich sicher sind, daß sie ihr Kernkraftwerk durchgesetzt haben. Arbeitsplätze werden sowieso nur für die nächsten 5 bis 7 Jahre, während der Bauzeit des Kernkraftwerks, vorhanden sein. Eine Lösung ihrer Schwierigkeiten können sich auch die Arbeiter auf dem Lande nie und nimmer an der Seite der Kapitalistenklasse erhoffen.
stenklasse erhoffen.

Die Arbeiterklasse muß die Führung ergreifen

Eine industrielle Entwicklung einer ländlichen Gemeinde wie Wyhl, in der sich Landwirtschaft und Industrie ergänzen und gegenseitig fördern, ist im Kapitalismus nicht möglich. In eine Gegend wie Wyhl kommen die Kapitalisten nicht hin, da ihnen die schlechte "Infrastruktur" kaum Profite ermöglicht. Höchstens setzen sie ein Kernkraftwerk hin, für das wegen des hohen Kühlwasserbedarfs sowieso nur eine beschränkte Zahl von Standorten möglich ist und für das in den Städten von der Landesregierung höhere Sicherheitsauflagen verlangt werden. Solange die Kapitalisten über die Fabriken verfügen, wird sich daran auch nichts ändern.

Eine Lösung der Probleme der Wyhler wird das Kernkraftwerk nicht bringen, langfristig wird sich ihre Situation nur noch weiter verschlechtern. Eine Lösung wird nur der Sozialismus bringen, denn im Sozialismus bestimmt nicht mehr der Profit die Produktion, und die Frage, welche Fabrik auf dem Lande aufgebaut und betrieben wird, wird von den Produzenten, den Arbeitern und Bauern, nach ihren Interessen bestimmt. Die Arbeiterklasse ist daran interessiert, daß sich das ganze Land gleichmäßig entwickelt, Industrie und Landwirtschaft sich ergänzen und der bestehende Gegensatz von Stadt und Land aufgehoben wird.

Das Klassenbewußtsein der Arbeiter in Wyhl selbst ist aufgrund der ländlichen Verhältnisse und ihrer nahen Vergangenheit als Bauern noch wenig entwickelt. Die Bewegung gegen das Kernkraftwerk, die in der Hauptseite von Bauern und Winzern aktiv getragen wird und im wesentlichen in den Bürgerinitiativen vertreten wird, konnte aufgrund ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung auf diese sozialen Fragen keine Antwort geben. Denn die Bauern und Winzer kämpfen für die Erhaltung ihrer Existenz als selbständige Produzenten. Die Probleme der Arbeiter und kleinen Bauern und Winzer, die durch ihre wenig mechanisierte Einzelwirtschaft immer mehr in Rückstand geraten, können sie nicht lösen. Deshalb war es der Landesregierung und den Energiekapitalisten auch möglich, durch ihre Versprechungen den Widerstand zu spalten.

Nur wenn die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Pläne die Führung innehat, wird ein einheitlicher und geschlossener Kampf möglich sein, und wird den Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern der Boden für ihre Spaltungsmanöver entzogen.

Die Bevölkerung läßt sich durch Polizeiterror nicht einschüchtern

Trotz ihres Erfolges beim Bürgerentscheid in Wyhl hat die Landesregierung keinen entscheidenden Sieg für das Kernkraftwerk errungen. Immerhin stimmten noch 43 % der Wyhler gegen den Verkauf des Geländes. Die Wyhler haben nicht für die Energiepolitik der Kapitalisten für den Verkauf des Geländes gestimmt, und sie wissen sehr wohl, daß ein Kernkraftwerk große Gefahren für die Bevölkerung der Umgebung mit sich bringt. Zugestimmt haben die nur aufgrund von Versprechungen und Drohungen und aufgrund ihrer elenden sozialen Lage. Eine Bastion von entschiedenen Kämpfern für ihr Projekt hat die Landesregierung also auf keinen Fall in Wyhl.

Die Bevölkerung der übrigen Dörfer, allen voran die Bauern und Winzer, ist entschlossen, dem Bau entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und den Bauplatz zu besetzen. Eberle, Filbinger und ihre Parteifreunde haben die Meinung der betroffenen Bevölkerung persönlich erfahren. Sie wissen sehr wohl, daß es äußerst schwierig wird, 5 bis 7 Jahre ein Kernkraftwerk in einer Gegend aufzubauen, in der fast die ganze Bevölkerung entschlossen ist, den Bau zu verhindern. Zudem noch eine Bevölkerung, die mittlerweile 3 Jahre Erfahrung im Kampf gegen die Kernkraftwerks-Pläne der Landesregierung hat, und die seit über 4 Monaten ein Baugelände in Marckolsheim besetzt hat und dabei bisher jeden Angriff erfolgreich überstanden hat.

Nach dem Abstimmungssieg ist die Landesregierung sofort dazu übergegangen, ihren Machtapparat direkt gegen die Bevölkerung einzusetzen. Ein Sprecher der Bürgerinitiative Wyhl wurde über 30 Stunden in Untersuchungshaft gehalten, unter Vorwänden, die sich im Nachhinein als haltlos herausstellten. Über 40 Personen wurden Verhören unterzogen und erkennungsdienstlich behandelt. Die Kriminalpolizei ging sogar so weit, Kollegen in Betrieben während der Arbeitszeit zu Verhören abzuführen. Bei einem Mitglied der Bürgerinitiative Weisweil wurde von 6 Polizisten das ganze Haus auf den Kopf gestellt. Auf einer Pressekonferenz der Bürgerinitiativen letzten Dienstag kam die Antwort: **"Die Besetzung des Baugeländes ist beschlossene Sache."**

Die Schwierigkeiten der Kapitalisten wurden auf einer Pressekonferenz Filbingers am Mittwoch letzter Woche deutlich. In der 'Badischen Zeitung' lautete die Schlagzeile: "Appelle und Warnungen Filbingers an die Kaiserstühler Bevölkerung". In dem Artikel heißt es: "Mit einem eindringlichen Appell hat sich Filbinger am Mittwoch an die Bevölkerung des Kaiserstuhls gewandt und die Gegner vor Rechtsverletzungen gewarnt. ..." "Wer aber zur Gewalt greift, setzt sich selbst ins Unrecht."

Eine Woche nach dem Bürgerentscheid in Wyhl war der Jubel der bürgerlichen Politiker und ihrer Journalisten über die "demokratische Legitimation des Kernkraftwerkes" schon weniger laut. Selbst der Jungen Union wurde es mulmig mit der Politik ihrer Parteifreunde Filbinger und Eberle: "Beide sollten sich doch wenigstens aus dem Aufsichtsrat des Badenwerks zurückziehen – es bestehe Besorgnis der Amtsbefangenheit." (BZ vom 23.1.75)

In dieser Situation riefen die Bürgerinitiativen am Sonntag in Weisweil zu einer Demonstration und Kundgebung auf. Die Beteiligung von über 3000 Menschen an dieser Demonstration gegen das Kernkraftwerk Wyhl zeigt, daß der Widerstand nicht gebrochen ist.

Viele Redner sprachen sich gegen diesen Polizeiterror des bürgerlichen Staatsapparates aus und verglichen die Methoden mit denen der Nazi-Herrschaft. Viel Beifall fanden die Feststellungen, daß der Widerstand jetzt nicht aufhören dürfe und man entschlossen sei, bis zuletzt zu kämpfen.

Die Landesregierung hat jetzt die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt und für sofort vollstreckbar erklärt. Die Bürgerinitiativen werden gegen diese Teilerrichtungsgenehmigung beim Verwaltungsgericht Einspruch erheben. Wird der Einspruch abgelehnt oder werden Bautrupps anrücken, werden die Bürgerinitiativen den Platz sofort besetzen.
den Platz sofort besetzen.

In den letzten Monaten hat es an vielen Orten Sympathie und Solidarität mit der Bauplatzbesetzung in Marckolsheim und dem Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl gegeben. Den Bürgerentscheid in Wyhl versucht nun die Bourgeoisie zu nutzen, um die Solidaritätsbewegung zu verwirren. In einem dpa-Artikel war vom Ende der Auseinandersetzung und von der "demokratischen Legitimation des Kernkraftwerk Wyhl" die Rede. Eberle und sein Minsterialrat Grawe werden als "tapfere Energiepolitiker" gefeiert (Süddeutsche Zeitung) und die Bewegung als eine kleine Gruppe von Kriminellen (Pressekonferenz, Filbinger) abgestempelt. Mit diesen Lügen versucht sich die Bourgeoisie eine Legitimation für einen harten Polizeieinsatz zu schaffen. Der mit diesen Lügen beabsichtigten Spaltung kann nur entgegengewirkt werden, wenn überall Informationen über die gerechten Ziele des Kampfes verbreitet werden. Um den Kaiserstühlern zu zeigen, daß sie in diesem Kampf nicht alleine stehen, ist es notwendig, der Solidarität in Resolutionen konkreten Ausdruck zu verleihen. Die Solidaritätsadresse der ÖTV-Gruppe des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg (s. letzte KVZ) ist ein gutes Beispiel.

–a, pgw–

Solidaritätsresolution

Über 50 Studenten haben auf einer Vollversammlung der Fachschaft Raumplanung der Universität Dortmund am 22.1.1975 eine Solidaritätsresolution an die Bevölkerung von Wyhl und Umgebung und die Initiativgruppen gegen das Atomkraftwerk Wyhl einstimmig verabschiedet. In der Resolution heißt es u. a.: "Selten wird uns so deutlich gezeigt, wie rücksichtslos und undemokratisch die bürgerlichen Parteien versuchen, eine volksfeindliche Planung im Interesse des Kapitals gegen das der Bevölkerung durchzusetzen

Wir sind bereit, Euch nach unseren Kräften zu unterstützen. ..."

Die neue Strafprozessordnung in Anwendung

Schon die ersten Ausschlüsse von Verteidigern zeigen, daß die Justiz jede konsequente Verteidigung ersticken will.

Zum 1. Januar sind zahlreiche Änderungen der Strafprozeßordnung in Kraft getreten, die alle den Zweck verfolgen, Angeklagten vor Gericht ihre letzten Rechte zu nehmen und sie den Machenschaften der Justiz auszuliefern. In der KVZ Nr.1/75 haben wir über diese neuen Vorschriften ausführlich berichtet. Daß die Justiz sie nicht lange bloß auf dem Papier stehen läßt, sondern auch in der Praxis schnell für ihre Zwecke einsetzt, hat sich sofort gezeigt.

Bereits aus dem ersten Fall der Anwendung des neuen Verteidigerausschlußparagraphen in Köln läßt sich ersehen, daß die Gesetze keine Sondergesetze gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und ihre Verteidiger sind, wie manchmal behauptet wird, sondern gegen Angeklagte und Verteidiger allgemein gerichtet sind. Der durch den Prozeß gegen Beate Klarsfeld bekannt gewordene Richter De Somoskeoy hat einen Prozeß gegen einen Landfahrer, der unter anderem wegen Straßenraubs angeklagt war, in der letzten Woche ausgesetzt und beim Oberlandesgericht den Ausschluß des Verteidigers des Angeklagten beantragt. De Somoskeoy verdächtigt den Verteidiger, vor Beginn der Hauptverhandlung mit Zeugen Aussagen abgesprochen und in der Verhandlung nicht eingegriffen zu haben, als ein Zeuge ersichtlich unwahre Angaben gemacht habe. De Somoskeoy will gegen den Verteidiger den neuen § 138 a der Strafprozeßordnung anwenden: Danach kann ein Verteidiger von der Verteidigung unter anderem dann ausgeschlossen werden, wenn er der Begünstigung des Angeklagten verdächtig ist. Der Zweck der Bestimmung tritt schon jetzt deutlich hervor. Jede konsequente und wirksame Verteidigung soll verhindert werden, indem über jedem Anwalt das Damoklesschwert des Ausschlusses aufgehängt wird. Gerade das, was eine konsequente Verteidigung ausmacht, nämlich daß der Verteidiger sich zum Beispiel vorher nach Zeugen umschaut, die dem Angeklagten nützlich sein können, und daß er sich während der Verhandlung an den Interessen des Angeklagten und nicht am Interesse des Gerichts, möglichst zu einer Verurteilung zu kommen, orientiert, davon sollen Anwälte abgeschreckt werden, damit die Justiz die Angeklagten umso besser in die Hand bekommt.

Erste Ausschlüsse

Eine andere Vorschrift, wonach künftig ein Verteidiger in einem Verfahren nicht mehr als einen Angeklagten verteidigen darf, wird bereits in zahlreichen Verfahren in die Tat umgesetzt. Verteidiger, die vor dem 1. Januar bereits mehrere Angeklagte in einem Verfahren vertraten, müssen auf Aufforderung des Gerichts innerhalb von 14 Tagen erklären, welchen der Angeklagten sie künftig vertreten wollen, andernfalls sind sie automatisch von der Verteidigung aller ausgeschlossen. Das Amtsgericht Heidelberg hatte es bei einem Prozeß gegen drei Studenten mit der Anwendung des Gesetzes so eilig, daß es weder den Verteidiger zu einer Erklärung aufforderte, geschweige denn die 14-Tage-Frist abwartete, sondern bereits am ersten Tag der Verhandlung, am 14. Januar, den Verteidiger von der Verteidigung aller Angeklagten ausschloß.

Zu Beginn der Verhandlung machten die Studenten und der Verteidiger klar, daß die Verteidigung nach wie vor von dem einen Verteidiger für alle Angeklagten geführt werden solle. Sie stellten heraus, daß die offizielle Begründung der Bundesregierung für den Ausschluß der "Mehrfachverteidigung" zynisch und eine Scheinbegründung ist: Die Regierung begründet die Neuregelung so, daß bei mehreren Angeklagten grundsätzlich eine "Interessenkollision" bestehe und daher die konsequente Verteidigung zugunsten des einen notwendig immer zu Lasten des anderen gehen müsse. Die Regierung tut damit so, als handle sie nur im Interesse der Angeklagten selbst. In Wirklichkeit bestehen aber zwischen den Angeklagten in diesem Prozeß keinerlei Interessengegensätze.

Einzelverteidigung

Tatsächlich verdeckt die scheinheilige Argumentation des Gesetzgebers nur sehr notdürftig die wirkliche Absicht, die hinter dem Gesetz steckt. Es geht ihm nämlich nicht darum, vorhandenen Gegensätzen zwischen den Angeklagten Rechnung zu tragen, denn das können die Angeklagten, bei denen Interessengegensätze bestehen, sicher selbst am besten, indem sie sich verschiedene Anwälte nehmen. Vielmehr geht es darum, dort, wo gleichgerichtete Interessen vorhanden sind, wie bei Angeklagten, die aus politischen Gründen vor Gericht stehen, eine einheitliche und solidarische Prozeßführung zu verhindern, die Angeklagten zu spalten, um sie gegeneinander ausspielen zu können. Ferner geht es darum, in politischen Prozessen mit vielen Angeklagten, die immer häufiger werden, vielen Angeklagten ihren Verteidiger zu nehmen. Hierbei geht die Justiz wohl von der
Hierbei geht die Justiz wohl von der
Überlegung aus, daß die Zahl der Anwälte, die bereit sind, die Interessen ihrer Mandanten, die aus politischen Gründen verfolgt werden, in konsequenter Weise zu vertreten, noch nicht so groß ist, daß die Verteidigung jedes Angeklagten gesichert ist. Es kommt schließlich noch ein weiteres dazu: Die Justiz geht davon aus, daß die Angeklagten in politischen Prozessen in aller Regel nicht viel Geld haben. Während bisher in Prozessen mit vielen Angeklagten die Prozeßkosten für jeden einzelnen relativ niedrig waren, wenn mehrere Angeklagte durch einen Verteidiger vertreten wurden, wird die finanzielle Belastung für den einzelnen jetzt unverhältnismäßig größer, wenn jeder für sich einen Anwalt nehmen muß. Ein Angeklagter wird es sich unter diesen Umständen daher länger überlegen, ob er sich überhaupt einen Verteidiger leisten kann.

Die Angeklagten in dem Heidelberger Studentenprozeß und ihr Verteidiger haben beantragt, gegen die neue Regelung das Bundesverfassungsgericht anzurufen und bis zu dessen Entscheidung das Verfahren auszusetzen. Das Gericht hat diesen Antrag abgelehnt, wie nicht anders zu erwarten war. Denn andernfalls würde eine ganze Reihe weiterer Prozesse vor allem gegen demokratische und kommunistische Studenten für längere Zeit auf Eis liegen. Diese Prozesse schnell durchzuziehen, hat die Justiz aber ein großes Interesse. Und deshalb war für die Justiz die Frage schnell beantwortet: Es "durfte" gar nicht der Ansicht sein, daß die Regelung verfassungswidrig sein könnte.

Auch die Staatsanwälte machen von ihren neuen Rechten schon ausgiebigst Gebrauch. Seit dem 1. Januar müssen auch bei ihnen Beschuldigte und Zeugen auf Vorladung erscheinen, was bisher nur beim Richter der Fall war. Zeugen müssen außerdem auch Aussagen machen, wozu sie die Staatsanwaltschaft durch Ordnungsstrafen zwingen kann. Gerade in den Studentenprozessen befand sich die Staatsanwaltschaft bisher häufig im "Beweisnotstand": Sie konnte sich bei ihren Anklagen nahezu ausschließlich auf rechte Professoren und rechte Studenten stützen, die bereit waren, als Denunzianten und Kronzeugen der Anklage aufzutreten.

Der Staatsanwalt darf Zeugen vernehmen

Häufig stellten sich diese Zeugen aber als unzuverlässige Beweismittel heraus, mit denen die Staatsanwaltschaft oft Schiffbruch erlitt. Die neuen Vorschriften geben der Staatsanwaltschaft jetzt die Möglichkeit, diejenigen Studenten vorzuladen und zur Aussage zu bringen, die dies freiwillig nicht tun würden, von denen sie aber annimmt, daß sie in der Lage sind, Personen zu identifizieren und Namen zu nennen von Studenten, die sich zum Beispiel bei einer Vorlesung für Diskussion eingesetzt haben.

Dies hat die Staatsanwaltschaft in Heidelberg zum Beispiel jetzt in einem Verfahren versucht, in dem gegen einen – namentlich bisher nicht bekannten – Studenten ermittelt wird, der im Sommer 1974 in einer Sitzung des Großen Senats der Universität Heidelberg die Diskussion über die von der Universitätsleitung geplante Liquidierung des Studentenwohnheims Collegium Academicum gefordert hatte. Da der Student damals auf Frage des Senatsvorsitzenden seinen Namen mit "Hase" angegeben hatte und es der Staatsanwaltschaft bisher auch mit Hilfe bereitwilliger rechter Senatsmitglieder nicht gelungen ist, die Identität von "Hase" festzustellen, hat die Staatsanwaltschaft nun verschiedene studentische Mitglieder des Senats zur Aussage aufgefordert, von denen aufgrund ihres politischen Standorts anzunehmen ist, daß sie "Hase" kennen. Mit Aussagezwang, Ordnungsstrafendrohung, Begünstigungs- und Meineidsverfahren im Hintergrund wird der Versuch unternommen, Denunziationen herauszupressen.

– L.E., Heidelberg –

Prozeß gegen Dagyeli und Subasi begonnen

Franfurt. In der letzten Woche begann in Frankfurt der Prozeß gegen die beiden türkischen Arbeiter Y.Dagyeli und H.Subasi nach über einem Jahr Untersuchungshaft. Durch einen Hungerstreik hatten beide die Justizbehörden gezwungen, endlich den Prozeß zu eröffnen.

Beim Prozeß, bei dem die Zuschauer eingehend körperlich untersucht wurden, zeigte sich schon in den ersten Tagen, was die Justiz vorhat. Zwei Staatsanwälte waren aufgeboten, um das Komplott des türkischen Geheimdienstes und der westdeutschen Verfassungsschutzbehörde gegen die beiden türkischen Arbeiter zum Erfolg zu bringen.

1973 war H.Subasi in Konstanz von einem Agenten des türkischen Geheimdienstes (MIT), der sich als Gegner der türkischen Regierung ausgab und sich so sein Vertrauen erschlich, aufgefordert worden, einen
erschlich, aufgefordert worden, einen
Koffer nach Frankfurt zu transportieren. Der Inhalt war Subasi unbekannt. Es handelte sich um Waffen. Wegen dieses Transportes sind nun beide angeklagt. Die Anklageschrift wirft ihnen vor, als Mitglieder der patriotischen Einheitsfront das Ziel verfolgt zu haben, die türkische Regierung mit Waffengewalt zu stürzen.

Die Staatsanwälte machten deutlich, es gehe darum, zu verhindern, daß sich ausländische Organisationen in der BRD "tummeln".

Die Angeklagten haben sofort klargemacht, daß die westdeutsche Justiz eine ganz und gar ungerechte Sache verfolgt, nämlich die reaktionären Verhältnisse in der Türkei zu verteidigen. Sie haben das Gericht aufgefordert, zu entscheiden, ob der Kampf gegen ein Regime, das tagtäglich tausende von Menschen in seinen Gefängnissen foltert, das sämtliche demokratischen Rechte verweigert, gerecht ist oder nicht.

Frankfurt. Im Februar 1974 wurden die Häuser an der Ecke Schumannstraße/Bockenheimer Landstraße mit brutaler Polizeigewalt geräumt. Die Polizei bewachte den sofortigen Abriß. In Frankfurt kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen Tausender von Demonstranten mit der Polizei gegen die Machenschaften der Spekulanten und den Terror der Polizei. Ein Jahr später steht der abgeräumte Bauplatz aber immer noch leer. Die "Frankfurter Rundschau" muß berichten, daß dem Baukapitalisten die Lust zum Bauen offenbar durch die Krise in der Bauwirtschaft vergangen ist.

Das Leben eines Häftlings ist der Justiz wenig wert

Wieder ist unter ungeklärten Umständen ein Häftling gestorben. Der 22-jährige Alfred Brunkat, inhaftiert in der Justizvollzugsanstalt Butzbach in Hessen, starb am 5.Januar im Städtischen Krankenhaus in Kassel. Die Eltern von Alfred Brunkat haben Strafanzeige gegen die Anstalt gestellt.

Brunkart verbüßte seit August eine Strafe wegen Diebstahls. Am 27.Dezember wurde er krank und vom Gefängnisarzt auf Grippe behandelt. Nach Aussagen der Zellengenossen wurde sein Zustand Anfang Januar so schlimm, daß er Blut erbrach und nichts mehr zu sich nahm. Erst am 3.Januar entschließt man sich, ihn ins Krankenhaus zu verlegen. Der Transport findet aber erst am nächsten Tag statt. Während des Transports verliert der Häftling das Bewußtsein. In Kassel verweigert der Gefängnisarzt die Aufnahme und schickt den Bewußtlosen ins Städtische Krankenhaus. Dort stirbt er am anderen Morgen. Erst am Abend werden die Eltern benachrichtigt. Gelbsucht oder Leberversagen wird als Todesursache angegeben. Dem Vater fällt auf, daß das Gesicht seines Sohnes mit Heftpflaster verklebt ist. Noch am 21.1. liegt das Ergebnis nicht vor.

Die Eltern sind der festen Uberzeugung, daß bei einer richtigen medizinischen Betreuung des Häftlings ihr Sohn noch leben würde. Eine hessische SPD-Landtagsabgeordnete hat eine kleine Anfrage an die Regierung in Wiesbaden gerichtet, ob es Schuldige gebe an diesem Tod. Wird die Landesregierung den Fall für normal erklären, wird sie ihn vertuschen oder wird sie ihn auf irgendeine untergeordnete Stelle abwälzen? Die Öffentlichkeit ist durch die verschiedenen Gefängnisskandale mißtrauisch geworden. Was sich hinter den Gefängnismauern abspielt, da wollen die Herrschenden niemanden reinsehen lassen. Das darf nicht zugelassen werden.

–H.J., Kassel/Red.–

Wie man ein Zellenpapier fälscht

Zellenrazzia beschafft dem Staatsanwalt alle Unterlagen der RAF-Häftlinge

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen geht in die 20.Woche. Inzwischen ist erwiesen, daß das berüchtigte Zellenpapier Nr. 1, aus dem Richter Prinzing und Generalbundesanwalt Buback die Begründung für die Ablehnung des Antrags der Verteidiger auf Gleichstellung mit den anderen Gefangenen hergeleitet haben, eine gezielte Fälschung gewesen ist.

Die Autoren des Papiers haben sich zu Wort gemeldet, es handelt sich um die erste Seite eines längeren Papiers einer Gruppe von Gefangenen, die sich Redaktion Information nennt und die den Kampf gegen die Haftbedingungen aufgenommen hat. Der Verantwortliche H.O.Maier wird im Namen der Gruppe Strafanzeige gegen den Justizminister wegen Volksverhetzung erstatten. Das Papier ist von einem V-Mann namens Helse an die Anstaltsleitung weitergereicht worden und wurde dann mit dem Namen Rote Armee Fraktion unterzeichnet und entsprechend frisiert.

Außerdem wurde bekannt, daß sich am 27.11.1974 der Vorsitzende der holländischen "Partij van de arbeid", also der holländischen Sozialdemokraten, in einem Brief an Willy Brandt gewandt hat, in dem es u. a. heißt:

"Aus Presseberichten haben wir entnommen, daß der deutsche Justizminister, unser Parteigenosse Vogel, das Vorhaben hat, die Rechte der Anwälte der Baader-Meinhof-Angeklagten einzuschränken. Weiter glauben wir verstanden zu haben, daß eine Gesetzesänderung in Vorbereitung ist, die es möglich macht, die Angeklagten auch bei Nichtanwesenheit zu verurteilen.

Wir sind der Meinung, daß diese Maßnahmen zurückzuführen sind auf die allgemeine Aufregung in Beziehung zur Baader-Meinhof-Gruppe. Für uns ist es sehr schmerzlich zu lernen, daß Gesetze auf einmal geändert werden, die bei den Prozessen gegen die deutschen Kriegsverbrecher befriedigend empfunden wurden.

Am 22.1. haben 12 Beamte der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes und vier Bundesanwälte die Zellen der RAF-Gefangenen in Stuttgart-Stammheim 5 Stunden lang durchsucht. Als Grund wurden die im "Spiegel" erschienenen schriftlichen Antworten der RAF-Gefangenen angegeben. Das ergebe den Verdacht, daß die Gefangenen "ihr Ziel, die in der Bundesrepublik Deutschland herrschende freiheitlich-demokratische Grundordnung mit allen Mitteln, auch unter Anwendung von Gewalt zu beseitigen, aus der Untersuchungshaft mit Hilfe Dritter weiterverfolgen". Bundesanwalt Zeis, der beim Prozeß die Anklage vertritt, leitete die Aktion. Alle Unterlagen, die die Gefangenen für ihren Prozeß vorbereitet hatten, wurden "sichergestellt".

Die Verteidiger haben erklärt, daß unter diesen Vorzeichen jede Verteidigung zu einer Farce wird. Daß die Antworten an den "Spiegel" über die Verteidigerpost nach außen gelangt sein könnten, daraus soll der Vorwand für den völligen Ausschluß der Verteidiger geschnitzt werden. Schon pflichtet die 'Stuttgarter Zeitung' bei, die Darlegung über "Tätermotivation und Tatziel" gehöre "vor die Prozeßöffentlichkeit", also nicht nach draußen. Indem die politischen Gefangenen als Kriminelle behandelt werden, macht man ihnen das Recht streitig, ihre politischen Motive und Ziele öffentlich darzulegen, erklärt diese Darlegung selbst schon wieder zum Verbrechen.

Wozu Einstellungsuntersuchungen ?

Ein Arzt berichtet von seinen Erfahrungen im Betrieb

Am 1.12.74 ist das Gesetz über "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" in kraft getreten. (Kurz Werksärztegesetz)
Dieses Gesetz ist kein Schritt in Richtung auf ein Betriebsgesundheitswesen, das an den Anforderungen der Arbeiter ausgerichtet ist und das ihrer Kontrolle unterliegt. Zur Auseinandersetzung über dieses Gesetz und die Zustände im betrieblichen Gesundheitswesen drucken wir den Artikel eines Arztes ab, der auf Erfahrungen in einer werksärztlichen Dienststelle beruht.

Im neuen Werksärztegesetz heißt es in § 8: "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit unterstehen unmittelbar dem Leiter des Betriebes." Das war auch bisher schon so geregelt. Diese Regelung stellt in eindeutiger Weise die Weichen für die gesamte Arbeit des Werksarztes.
Dafür ein besonders drastisches Beispiel:
Ein neueingestellter Handwerker befindet sich noch in der sechsmonatigen Probezeit. Bei seiner Einstellung und einer späteren Untersuchung war eine leichte Erhöhung der Zahl der weißen Blutkörperchen festgestellt worden. Vor Ablauf der Probezeit drängt der Personalchef, endgültig zu klären, wie es mit der Gesundheit des Kollegen steht. Denn nach Ablauf der Probezeit wäre es schwieriger, dem Kollegen zu kündigen. Und außerdem: "Bei den hohen Arbeitslosenzahlen in Hamburg kommen gegenwärtig bei uns auf eine frei werdende Stelle sechs Bewerber," so der Personalchef. Also muß noch einmal schnell innerhalb der Sechs-Monate-Probezeit ein Blutbild gemacht werden. Ist die Zahl der weißen Blutkörperchen immer noch leicht erhöht, wird dem Kollegen "fristgerecht gekündigt".
Welchen Zwecken die medizinische Untersuchung dient, solange das betriebliche Gesundheitssystem den Anordnungen der Betriebsleitung unterliegt, solange das betriebliche Gesundheitswesen nicht, wie wir es fordern, der Kontrolle der Betriebsbzw. Personalräte unterstellt ist, zeigt sich besonders deutlich bei den Einstellungsuntersuchungen.
Die Funktion der Einstellungsuntersuchungen kann man so kurz beschreiben: "Jeder irgendwie kränkliche Bewerber muß vom Betrieb ferngehalten werden." Und es gibt viele Betriebe, bei denen die Einstellungsuntersuchungen über 50 % der Zeit des Werksarztes beanspruchen. Ein verunglückter Werftarbeiter von Blohm und Voss sagte mir im Krankenhaus: "Den Werksarzt, den habe ich bisher nur einmal gesehen; bei der Einstellungsuntersuchung."
War ein Kollege schon einmal in einer psychiatrischen Klinik, so versucht jeder Betrieb, ihn abzuwimmeln. Dadurch geraten diese Menschen oft genug in eine weitere Krise. Ähnlich ergeht es Kollegen, die den Verdacht erregen, zu trinken. Oft genug verlangt dann schon der Personalchef mit seiner "Menschenkenntnis", daß man bei dieser "Schnapsnase" einmal die Leberwerte kontrolliert. D. h. es wird eine spezielle Blutuntersuchung durchgeführt, die feststellen soll, ob im Blut bestimmte Stoffe erhöht sind, die auf einen Leberschaden schließen lassen. Diese Untersuchung wird nicht routinemäßig durchgeführt, sondern eben nur bei "Schnapsnasen". Und wehe, der Betriebsarzt übersieht einmal eine solche "Schnapsnase"; dann hört er leicht vom Personalchef "also diesem Herrn von gestern, dem sah ich doch schon auf 5 Meilen an, daß er säuft".

Der Betriebsarzt wird also nicht so eingesetzt, daß er Bewerbern mit Schwierigkeiten zur Seite steht, sie medizinisch und bei der Wahl des Arbeitsplatzes unterstützt, sondern er hat "kränkliche Bewerber" auf jeden Fall vom Betrieb fernzuhalten.
Dieses System der Auslese wird jetzt besonders straff angewendet. Denn wie sagte doch der Personalchef: "Bei den hohen Arbeitslosenzahlen kommen uns auf eine freiwerdende Stelle sechs Bewerber."

M.L.

Mehr Dreck, mehr Profit

Mannheimer Kapitalisten planen "Umweltschutz"

Mannheim. Wie "planen" die Kapitalisten den Umweltschutz in Mannheim, am Beispiel von John Deere, Mannheimer Motorenwerke und Daimler Benz?
In der Abteilung Werkstoffprüfung diskutierte man bei Benz die Vorlage der Industrie- und Handelskammer Mannheim über die Richtwerte für Abwässer. Es nahmen teil: Dr. Bäumling und H. Kübler (Daimler-Benz) und H.Schulte (Mannheimer Motorenwerke) und H.Schäff (John Deere). Die Vorlage der Industrie- und Handelskammer wurde so diskutiert, was ist den Firmen zuzumuten, bzw. was schmälert den Profit der Kapitalisten. Es wurde Punkt für Punkt durchgegangen und abgewogen, ob dies die "Grenzen" der Firma überschreitet.
Hier einige Fakten: Die Säure- und Laugenhaltigkeit der Abwässer soll um 30 % erhöht werden. Um das 50fache soll der Phosphatgehalt der Abwässer ausgedehnt werden. (Phosphate verursachen übermäßigen Pflanzenwuchs und entziehen dem Wasser zusätzlich Sauerstoff). Der Sauerstoffbedarf des Wassers, der dafür sorgt, daß die Schmutzstoffe im Wasser schneller abgebaut werden, "ist für die einzelnen Betriebe unzumutbar, da dafür eine biologische Kläranlage gebaut werden müßte". Die Werte für Quecksilber, Chrom und Chlor wurden von ihnen akzeptiert, doch die Werte von Phenol werden um das 50fache im Gegensatz zu den Werten der Fa. Goldschmidt, erhöht. Hochaktives Chlor und Phenol bilden aber die sehr giftigen Chlorphenole (DDT und deren Abkömmlinge), die beim Menschen als Nervengift wirken.

Zum Schluß der Sitzung kam man überein, daß die Industrie- und Handelskammer Mannheim vor Gesprächen mit der Stadt Mannheim und vor Bekanntgabe der Maximalforderungen, Gespräche mit der Mannheimer Industrie führen sollte, "um unnötige und überspitzte Forderungen zu verhindern". In diesem Sinne sollten die einzelnen Firmen an die Industrie- und Handelskammer herantreten.

M.L.

PVC- vergiftete Arbeiter gehen vor Gericht

Vor mehr als einem Jahr im Dezember 1973 berichtete auch die bürgerliche Presse breit über die grauenhafte Krankheit, die die Arbeiter in der Polyvinylclorid (PVC)-Produktion befällt. Der Name Dynamit Nobel, die PVC-herstellende Firma in Bonn-Troisdorf, wo 40 Arbeiter an der PVC-Vergiftung erkrankt sein sollten, ging durch alle Zeitungen. Das Gas Vinylclorid, das bei der Produktion und Verarbeitung von PVC frei wird, schädigt fast alle Funktionen und Organe des Körpers: die Knochen in den Gliedern weichen auf, Leber und Milz werden geschädigt, Blutstau in der Leber führt zu Krampfadern in der Speiseröhre. Häufig bildet sich das Leberangiosarkom, eine Krebsart; die krebserzeugende Wirkung von Vinylclorid gilt als erwiesen. Das blutbildende System wird beeinträchtigt. Das Atmen fällt dem Vergifteten schwer, da auch die Lunge angegriffen wird. Der Kranke wird impotent. Die Lage des Erkrankten ist hoffnungslos. Die Schädigungen sind nicht zu beheben. Dem Kranken bleibt nur das langsame Siechtum und er kann mit einem frühen Tod rechnen.
Die Arbeiter sind vor dem Gift Vinylclorid kaum geschützt. Schon 1972 ordnete das Gewerbeaufsichtsamt in Troisdorf Schutzmaßnahmen an. Alle diese halbherzigen Maßnahmen haben nichts genützt.
Damals vor einem Jahr verlautete von der Dynamit Nobel, 40 Arbeiter seien erkrankt. Heute steht fest: Fast alle Arbeiter, die in der PVC-Produktion beschäftigt waren, sind krank! (Express vom 25.1.75)
Andere PVC-Betriebe wie Hoechst und BASF betonten damals, bei ihnen gäbe es keine Erkrankungen. Auch heute hört man immer noch nichts aus diesen Betrieben. Im Gespräch mit dem Werksarzt der Kölner Wacker-Chemie habe ich allerdings erfahren, daß im bayrischen Zweigwerk des Konzerns auch Erkrankungen aufgetreten sind!
Das Arbeitsministerium in Bonn trat im Dezember 1973 groß hervor und verkündete: Die PVC-Krankheit soll schnellstens als Berufskrankheit anerkannt werden, damit die Opfer wenigstens Invalidenrente erhalten. Bundesminister Arendt bildete sogar einen Sonderausschuß.
Heute ist der soziale Schleier wie die Ausbeutung der Arbeiter zeigt ihr Gesicht: Viel mehr Arbeiter sind erkrankt, 85 Männer wurden in der PVC-Produktion kaputtgemacht – doch nichts ist geschehen! Die PVC-Opfer leben zum Teil von der Sozialhilfe, andere siechen dahin, unterstützt von der Krankenkasse, einige bekommen Rente.

Die PVC-Arbeiter sind jetzt gezwungen, vor Gericht zu ziehen und dort minimale Rechte zu fordern. Sie klagen auf Schmerzensgeld, Diätbeihilfe, Gefahrenzulage, Abfindungen und gleiche Rente für Ausländer und Deutsche. Diese Forderungen bedeuten nichts als Tropfen auf einen heißen Stein und doch wurden sie nicht erfüllt.

–bo, KHG Köln–

Osnabrücker Jugendliche besetzen Haus

Sie fordern Stopp der Sanierung und Nutzung des Hauses als Unabhängiges Jugendzentrum

Osnabrück. In der Innenstadt von Osnabrück haben junge Leute ein Haus besetzt und sich seit mehreren Tagen gegen Angriffe von offenbar bestellten Provokateuren verteidigt. Das gut erhaltene Haus soll im Zuge der "Sanierung" abgerissen werden. Die Besetzer fordern den sofortigen Stopp der "Sanierung" und das Recht, das Haus als Unabhängiges Jugendzentrum zu nutzen. Der DGB-Kreisjugendausschuß, verschiedene Schulklassen, der Vorstand des Stadtjugendringes, der AStA der Fachhochschule und verschiedene Versammlungen an der Universität und der Fachhochschule haben sich mit den Besetzern solidarisiert. Auch der Juso-Unterbezirk Stadt unterstützt die Aktion.

Dieses Haus haben die Jugendlichen besetzt.

In der Nacht kommen Männer mit Taxis, werfen Flaschen gegen die Fenster, provozieren die Wachen, schlagen mit Schlagstöcken auf die Jugendlichen ein.

Die von der Stadt geplante und von der Neuen Heimat durchgeführte Sanierung ist besonders bei der Bevölkerung der Innenstadt auf wachsenden Widerstand gestoßen. Der Abriß gut erhaltener oder leicht renovierbarer Häuser, zum Teil historisch wertvoller Bauten, die Zerstörung von relativ billigen Wohnungen hat, wie sollte es anders sein, wenig Anhänger; der Bau einer 30 Meter breiten Einfallstraße zu den Kaufhäusern, von Tiefgaragen und Parkhäusern gesäumt, interessiert nur die Kapitalisten, die ihre Waren loswerden wollen.
Schon seit Jahren hat es Proteste gegen diese Pläne gegeben, in den letzten Monaten gab es mehrere Protestversammlungen und eine Demonstration von 800 Menschen, die vor dem Rathaus 6 000 Protestunterschriften überreichten.
Als dann durchsickerte, daß das Haus in der Lortzingstraße 2 abgerissen werden sollte, beschlossen die Initiativgruppe gegen die Stadtsanierung und die Initiativgruppe für ein Unabhängiges Jugendzentrum, gemeinsam den Kampf für die Erhaltung und Nutzung des Hauses aufzunehmen. Mit Flugblättern, Ständen, Liedern und einem Theaterstück forderten sie die Menschen auf, sich für die Erhaltung des Hauses einzusetzen. Mit den noch verbliebenen Mietern einigten sie sich, einen Tag der offenen Tür im Haus zu veranstalten, um der Bevölkerung zu zeigen, wie gut sich das Haus würde nutzen lassen, wie sinnlos seine Zerstörung ist.

Zum vorgesehenen Termin ließ die Stadtverwaltung das Haus durch Polizei verriegeln und bewachen. Am Abend zogen rund 300 Jugendliche in einem Fackelzug in die Lortzingstraße. Das Haus war von der Polizei besetzt.

Am Vormittag des 20. Januar wurde das Haus dann unter der Leitung der beiden Initiativgruppen besetzt und mit Barrikaden abgesichert. Transparente erläuterten den Passanten die Forderungen der Besetzer, in Abständen wurden kurze Ansprachen aus dem Fenster heraus gehalten. In der Stadt, vor den Betrieben und Schulen wurden Flugblätter verteilt, die die Besetzung erklärten und aufforderten, zum Haus zu kommen und die Aktion zu unterstützen.

Viele kamen. Jung und alt. Schüler wie Rentner. Wer nicht kam, war die Polizei. An der Eingangstür wurden die Barrikaden weggeräumt, um den Menschen Zutritt zu verschaffen. Erst wurde saubergemacht, ein Küchendienst eingeteilt, ein Informationsbüro und ein Sitzungsraum eingerichtet.
Leute aus dem Viertel brachten Essen, Schokolade, Kuchen, es war überwältigend.
Die Wachen an der Tür erhielten Geldspenden. Andere gaben Adressen, wo man Möbel abholen konnte. Die ersten Solidaritätsadressen trafen ein.

Für die Nächte war ein Wach- und Alarmsystem entwickelt, mit den Nachbarn waren Zeichen verabredet worden. Fußstreifen patrouillierten vor dem Haus, Autos im Viertel.

Was kam, war unerwartet. Vier Unbekannte fahren mit Taxis vor – ob's Zivile waren, kann man nur vermuten –, schlagen mit Schlagstöcken gegen die Tür, provozieren die Wachen. Die Besetzer werfen Mehlbeutel auf die Taxi-Männer. Ein Polizeiwagen mit Zivilen fährt vor. Ein Ziviler nimmt einen Stein, wälzt ihn in Mehl und nimmt ihn als "Beweisstück" mit.

Weitere Taxis fahren ständig in der Straße auf und ab. Ein Jugendlicher, der zum Haus will, wird zusammengeschlagen. Die Taxi-Männer schmeißen Flaschen gegen die Fenster.
Allmählich sammeln sich mehr Menschen vor dem Haus. Es kommt zu Schlägereien. Die Polizei greift nicht ein. Später tauchen zwei höhere Offiziere vor dem Haus auf.
Am Morgen behauptet die Polizei, die Besetzer hätten Steine auf Taxis geworfen, außerdem seien im Haus ein von der Polizei gesuchter Krimineller und Waffen versteckt.

Es war klar, die Taktik des Gegners lief darauf hinaus, die Besetzer von der Bevölkerung zu isolieren. Deshalb sollten sie als Kriminelle hingestellt werden.

Am andern Tag wurden in Flugblättern die nächtlichen Vorfälle, so wie sie wirklich gewesen waren, dargestellt. In den beiden folgenden Nächten gingen die Provokationen weiter. Wieder Taxi-Männer. Menschen wurden zusammengeschlagen, mit Gaspistolen wurde auf Wächter und Fotografen geschossen. Die Polizei schritt schließlich ein – sie beschlagnahmte die Filme der Fotografen!
In der Lokalpresse erschien ein gezielter Artikel über die juristischen Folgen von Hausbesetzungen. Aber auch zahlreiche Leserbriefe für die Besetzer.

Es ist nicht gelungen, die Bevölkerung gegen die Besetzer aufzubringen. Täglich kommen mehr Menschen ins Haus, die Spenden nehmen zu. Immer wieder treffen Solidaritätsadressen ein.

Jetzt kommt es darauf an, diese Solidarität weiter zu festigen, vor allem in den Betrieben und in den Gewerkschaften Unterstützung für die Forderungen der Aktion zu gewinnen und die Stadtverwaltung zum Rückzug zu zwingen.

–H., Osnabrück/Red.–

"Blödorn, halt du dich raus ..."

KBW Kandidat für das Abgeordnetenhaus vom Schuldienst suspendiert/Eltern, Lehrer und Schüler fordern seine Wiedereinstellung

Am 21.1.1975 wurde Wulf Niepold, Lehrer an der Martin-Buber-Oberschule in Westberlin und Kandidat des KBW für die Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus, vom Schuldienst suspendiert. Gleichzeitig wurde ihm jegliches Betreten des Schulgeländes untersagt. Es ist der bisher erste Fall in Westberlin, daß ein Lehrer, der beide Staatsprüfungen bereits abgelegt hat und fest im Angestelltenverhältnis steht, vom Dienst enthoben wird.

Gegen diese Maßnahmen des Spandauer Stadtrates für das Volksbildungswesen, Blödorn, erhebt sich ein immer stärker werdender Protest der Eltern, Lehrer und Schüler dieser Schule. Dieser Protest dehnt sich aus auf die gesamte Stadt und gewinnt immer mehr an Stärke.

Wulf Niepold hat es für richtig befunden, den Eltern seiner Schüler mitzuteilen, daß er für den KBW kandidiert. Er hat die Gründe für seinen Entschluß dargelegt und das Wahlmanifest des KBW beigefügt. Stadtrat Blödorn bezeichnete dieses Vorgehen als "einseitig für parteipolitische Zwecke" und nahm dies zum Anlaß für die Suspendierung.

Die Eltern sind über dieses Vorgehen auf das Äußerste empört. Gleich am nächsten Tag verfaßten sie ein Schreiben an den Stadtrat, in dem es heißt: *"Im Gegensatz zur Auffassung des Bezirksamts Spandau von Berlin, Abteilung Volksbildung, begrüßen wir die Offenlegung seiner politischen Ansichten, die uns aller Befürchtungen über unterschwellig einseitige politische Beeinflußung enthebt. Im übrigen möchten wir die Abteilung Volksbildung darauf hinweisen, daß wir in der Lage sind, uns selbständig ein politisches Urteil zu bilden."*

Genau das ist es jedoch, was verhindert werden soll. Mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wollen sich die Staatsvertreter einen Freibrief verschaffen für die Politik der nächsten vier Jahre. Sie wollen das Volk aus der Politik heraushalten. Dem entgegen stand der Brief von Niepold an die Eltern: *"Ich meine, daß sich alle, die die Mißstände in unserem Schulwesen erkannt haben, gemeinsam überlegen müssen, wie man dagegen vorgeht. Nur so kommt man voran. An der Martin-Buber-Schule müssen meines Erachtens alle Betroffenen gemeinsam kämpfen: gegen zu große Klassen (Kerngruppen mit 33 Schülern wie die 7.3. sind viel zu groß); für genügend Lehrer in allen Fächern (der Musikunterricht ist bei uns im letzten halben Jahr z. B. völlig ausgefallen) ...*

Ich fühle mich als Lehrer den Schülern und Ihnen, den Eltern, verantwortlich. Meine Lehrertätigkeit kann aber nur dann Ihren und Ihrer Kinder Interessen dienen, wenn Sie mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen eingreifen. Das müssen Sie sehr viel mehr tun als bisher. Und Sie müssen Ihre Vorstellungen von Schule mehr als bisher zur Diskussion stellen. Meinungsverschiedenheiten müssen offen ausgetragen werden, wenn man wissen will, an welchen Punkten man gemeinsam vorgehen kann."

Nichts fürchtet der Staat mehr als ein Einmischen des Volkes in das Volksbildungswesen. Wenn der Stadtrat Blödorn den Eindruck erwecken wollte, als wäre er Beschützer der Eltern, so ist doch allzu deutlich, daß er sich selbst schützen will. Er hat den Auftrag, die Angelegenheiten der Schule von Staatsseite zu regeln. Er hat erkannt, daß eine Einmischung des Volkes in die Schule gefährlich für den Staat ist, weil er das Volksbildungswesen an den Interessen dieser Wirtschaftsordnung und nicht an denen des Volkes ausrichtet.

Nicht, daß die Eltern jetzt das Wahlprogramm des KBW unterstützen, aber sie machen dem Bezirksamt das Recht streitig, einen Lehrer gegen ihren Willen abzuberufen und stehen dabei gegen den Staat. Der Brief an das Bezirksamt, der sich auf die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Dienstenthebung von Niepold zuspitzt, wird von den Eltern von mindestens 28 der 32 Schüler unterstützt.

Nur ein Elternpaar lehnte die Unterschrift ab. 50 Lehrer des Kollegiums der Martin-Buber-Oberschule haben sich mittlerweile ebenfalls für das Verbleiben von Wulf Niepold ausgesprochen und sich scharf gegen das Vorgehen des Bezirksamts gewandt. Unter den Schülern sind schon weit über 400 Unterschriften für die gleiche Resolution gesammelt worden.

Am Mittwoch, den 22.1. haben sich auf einer Veranstaltung zum Thema "Elternabend" im Haus des DGB fast alle der ca. 200 Teilnehmer mit den Forderungen der Eltern solidarisiert. Auf einer GEW-Veranstaltung mit über 1 200 Anwesenden gab es lautstarken Beifall für den Brief der Eltern an den Stadtrat. Am Montag, den 27.1. wurde eine Demonstration im Bezirk Spandau durchgeführt, zu der ein Koordinationsausschuß der Eltern aufgerufen hatte. Rund 350 Schüler, Lehrer und Eltern der Schule von Niepold beteiligten sich an der Demonstration unter der Parole: "Eltern, Lehrer, Schüler fordern sofortige Einstellung des Lehrers Niepold!" Die Demonstration zog dann vor das Rathaus Spandau, wo der Hauptsprechchor war: "Blödorn, halt du dich raus, wir kennen uns schon selber aus!"

Die Aktivitäten der Eltern, Schüler und Lehrer zeigen, daß sich schon jetzt das Vorgehen des Stadtrats Blödorn gegen Wulf Niepold als Fehlschlag erwiesen hat. Der Stadtrat wollte verhindern, daß die Eltern sich in die Schulpolitik einmischen, doch die Debatte über die Aufgabe der Schule hat sich verbreitet. Man kann sicher sein, daß die Forderung des Volkes an Boden gewinnt: "Wir wollen den Lehrer unserer Wahl."

–H.S.–
Westberlin

Urabstimmung verboten

Mönchengladbach. An der Fachhochschule Mönchengladbach hat der Rektor eine Urabstimmung über die Zusammenlegung des Verbandes deutscher Studentenschaften und des Studentenverbandes Ingenieurschulen verboten, weil im Urabstimmungstext die Befürwortung des politischen Mandats enthalten war. Der Rektor argumentiert, das politische Mandat sei rechtswidrig und also sei es auch die Urabstimmung. Ausdrücklich unterstützt wurde dieses Vorgehen des Rektors vom RCDS, dem Studentenverband der CDU.

Veranstaltung der GEW-Marburg

Marburg. Am 23.1. fand eine gemeinsame Veranstaltung der GEW-Marburg und des AStA der Universität statt, die ca. 500 Menschen besuchten. Die anwesenden Lehrer und Lehrerstudenten protestierten gegen die Nichteinstellung der ausgebildeten Referendare und Lehrer in Hessen und in Rheinland-Pfalz. In den Tagen vorher hatte eine Initiativgruppe von Nichteingestellten in der Stadt einen Stand gemacht, wo die Lage im Volksbildungswesen, die durch die Nichteinstellung weiter verschlechtert wird, aufgezeigt wurde.

Studentenparlamentswahlen

Oldenburg. 42,5 % aller wahlberechtigten Studenten beteiligten sich in Oldenburg an den Wahlen zum Studentenparlament.

Stärkste Gruppierung wurde nach dem vorläufigen Wahlergebnis der So-
dem vorläufigen Wahlergebnis der So-
zialistische Hochschulbund SHB (ehemals: Sozialdemokratischer Hochschulbund) mit 446 Stimmen. Im Vorjahr hatte er bei den Wahlen noch 616 Stimmen erzielt.

Die Kommunistische Hochschulgruppe erhielt 131 Stimmen gegenüber 77 im Vorjahr.

Ohne Hauptschulabschluß

Bei meinem letzten KVZ-Verkauf erzählte mir eine Frau folgendes: Ihre Tochter ist 14 Jahre alt und besucht die 8. Hauptschulklasse in der Lauterbornschule. Im 2. Schuljahr mußte sie zur Kur und versäumte deshalb so viel Unterricht, daß sie nicht mehr mitkam und das 2. Schuljahr wiederholen mußte. Ihre Tochter geht demnach 9 Jahre jetzt zur Schule und deshalb – so verlangt es der Staat, muß ihre Mutter jetzt einen Antrag auf Verlängerung der Schulfrist stellen. Laut Erlaß muß jeder, der 9 Schuljahre die Schule besucht hat, von der Schule gehen und bekommt ein Abgangszeugnis, wenn er nicht einen entsprechenden Antrag stellt. Die Mutter stellte diesen Antrag – er wurde abgelehnt. Das bedeutet für die 14 jährige Tochter, daß sie ohne Hauptschulabschluß von der Schule gehen muß, denn den Hauptschulabschluß bekommt man erst dann, wenn man die 9. Klasse besucht hat. Das bedeutet für sie weiterhin, daß sie 2 Jahre keine Lehre machen kann, da keine Firma einen Lehrling unter 16 Jahren einstellen möchte. Wahrscheinlich würde sie auch gar keine Lehre antreten können, denn ohne Abschluß nimmt einen keiner. Das Los dieses Mädchens wird sein – Hilfsarbeiter.

Die Lehrer dieser Schule haben großzügig erklärt, daß noch nicht alles verloren sei, wenn sie ein besonders gutes Zeugnis haben würde, dann könne man ja noch einmal die Augen zudrücken.

Vor einem Jahr wurde ich als Lehrerin einer 8. Schulklasse schon einmal mit diesem Problem konfrontiert, als nämlich ein Teil meiner Schüler diesen Antrag stellte. Ich konnte mir nicht vorstellen, wozu dies gut sein könnte. Jetzt weiß ich es. Die Schule, das Schulamt und die Kapitalisten arbeiten in hervorragender Weise zusammen, um die Ausbildung der Arbeiter herunterzudrücken, um auch trotz der Schulpflicht völlig ungelernte und billige Arbeitskräfte bereitzustellen, die auch jederzeit wiederentlassen werden können. Außerdem kann man auch so das Problem der großen Volksschulklassen lösen, man schmeißt einfach ein paar Schüler auf die Straße, so muß man keine Lehrer mehr einstellen. U.F.

1500 Studenten demonstrierten am 22.1. in Mainz gegen die Nichteinstellung von 600 Lehramtskandidaten

Einstimmig verabschiedet

Resolution der SPD-Betriebsgruppe bei BASF

Ludwigshafen. Die zirka 70 Teilnehmer an einer Veranstaltung der SPD-Betriebsgruppe BASF (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) verabschiedeten am 27.1.1975 einstimmig folgende Resolution:

"Die hier versammelten Kollegen der BASF protestieren entschieden gegen den Beschluß der Landesregierung Rheinland-Pfalz, nicht alle Lehreranwärter für die Grund- und Hauptschulen einzustellen. Schon jetzt fehlen an diesen Schulen viele Lehrer. Die Schulklassen sind zu groß. Die Ausbildung der Kinder an diesen Schulen wird immer schlechter. Immer häufiger müssen die Eltern den Schulstoff mit den Kindern zusätzlich zu Hause durchgehen oder für die Kinder Nachhilfeunterricht schon in der Hauptschule bezahlen.

Diese Verhältnisse sind untragbar.

Wir stellen fest: Die Maßnahme der Landesregierung trifft vor allem die Kinder aus Arbeiterfamilien. Sie verschlechtert die Ausgangsbedingungen für die berufliche Bildung dieser Jugendlichen.

Wir fordern: Unverzügliche Einstellung aller Lehreranwärter den den rheinland-pfälzischen Schulen."

Der anwesende SPD-Landtagsabgeordnete Rund und der Betriebsratsvorsitzende Bauer wurden anschließend von einer Kollegin aufgefordert, sich auch öffentlich für die Durchsetzung der Forderungen der Resolution einzusetzen.

Streik gegen neues Lehrerausbildungsgesetz

Aachen. Von Dienstag, 28.1., bis Donnerstag, 30.1., streiken die Aachener Lehrerstudenten an der Technischen Hochschule. Vorher hatte die Pädagogische Hochschule Aachen und die Katholische Fachhochschule für Pädagogik Aachen gestreikt und jeweils eine Demonstration durchgeführt.

Der Streik richtet sich gegen das neue Lehrerausbildungsgesetz und die geplante Lehrerprüfungsordnung. Diese beiden Maßnahmen dienen vor allem dazu, die Konkurrenz unter den Studenten zu verschärfen und sie einer noch stärkeren politischen Kontrolle zu unterwerfen. Demgegenüber fordern die Studenten freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf. Um der Spaltung unter den Studenten und Lehrern vorzubeugen, fordern sie außerdem eine einheitliche Lehrerausbildung und eine einheitliche Lehrerbesoldung.

Lehrveranstaltungsboykott

Hildesheim. Die Studenten der Fachhochschule Hildesheim, Fachbereich Produktgestaltung und Kommunikationsgestaltung, beschlossen auf einer Vollversammlung, einen 14-tägigen Lehrveranstaltungsboykott gegen die geplante Kürzung der Semesterferien durchzuführen.

Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit

Der Schülerring Maschinenbau der Bremer Berufsschule hat auf seiner Sitzung am 22.1.1975 folgende Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit einstimmig verabschiedet.

Der Schülerring Maschinenbau sieht mit großer Sorge die immer schneller wachsende Jugendarbeitslosigkeit.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist umso bitterer, weil sie neben dem Verlust des geregelten Einkommens und der geregelten Arbeit auch die Möglichkeit einer Ausbildung der Jugend verbaut. Eine Ausbildung ist aber mit zunehmendem Alter umso schwerer zu erlangen.

Der Schülerring Maschinenbau weist die Öffentlichkeit darauf hin, daß die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit über die unmittelbar Betroffenen hinausgeht. Das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Arbeiterjugend ist durch die Verknappung der Lehrstellen empfindlich verschlechtert worden. Lehrstellen und Berufe, die vor kurzem noch aus gutem Grunde von keinem Jugendlichen genommen wurden, sind heute angesichts der Arbeitslosigkeit für viele das kleinere Übel.

Darüber hinaus nehmen die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz vor allem in den Kleinbetrieben häufig zu. Die verschärfte Konkurrenz in der Wirtschaftskrise treibt die Unternehmer dazu, unsere geringen Schutzrechte immer offener anzugreifen. Mit Empörung weist der Schülerring Maschinenbau den Erpressungsversuch der Unternehmer zurück, 40.000 Lehrstellen für den Preis jeder Reform der Berufsausbildung anzubieten. Der Schülerring vertritt angesichts dieses Angriffes die Forderung, daß die Berufsausbildung der Kontrolle der Unternehmer entrissen und zu einer öffentlichen Aufgabe wird.

Der Senat hat beschlossen, ca. 500 jugendliche Arbeitslose in den Fachberufsschulen einzuschulen. Der Senat glaubt, damit der gesetzlichen Schulpflicht genüge zu tun. – Für unsere arbeitslosen Kollegen ist diese Regelung unerträglich, und kein Mittel, ihre Lage zu verbessern. Denn dieser Unterricht wird für unsere Kollegen ohne jeden Abschluß sein – so daß sie dem Ziel, eine Ausbildung zu erhalten, keinen Schritt näher gekommen sind.

Der Schülerring Maschinenbau fordert deshalb:

.1. Ein Jugendarbeitsschutzgesetz mit generellem Geltungsbereich – weg mit allen Ausnahmebestimmungen. Überwachung der Einhaltung des Gesetzes durch die Gewerkschaften.

2. Die arbeitslosen Jugendlichen sollen das Recht haben, in der Berufsschule am Unterricht von Fachklassen ihrer Wahl teilzunehmen – die praktische Ausbildung dieser Kollegen soll in der Schule erfolgen und mit der Facharbeiterprüfung abschließen.

Für besonders dringend halten wir es, daß die jugendlichen Arbeitslosen als Arbeitslose anerkannt werden und eine Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Unterricht eingestellt

71 Jungarbeiter wegen Lehrermangel nach Hause geschickt

In Oberhausen ist an der gewerblichen Hans-Sachs-Berufsschule jetzt eine Bombe geplatzt, deren Lunte schon lange Zeit schwelte. Einundsiebzig Jungarbeiter ("ehemalige Sonderschüler ohne Ausbildungsvertrag", so die Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Januar), das sind ganze vier Klassen, wurden vom Unterricht 'suspendiert'. Sie wurden nach Hause geschickt und brauchen vorläufig gar nicht mehr wiederzukommen.

Nach einer statistischen Erhebung fallen an dieser Berufsschule über 38 Prozent des gesamten Unterrichts aus. Von 86 Lehrplanstellen sind nur 40 besetzt. Von den 40 sind 13 nebenamtliche oder nebenberufliche Kräfte. Die Sonderschüler wurden bisher nur von auswärtigen Lehrkräften "betreut", wie es offiziell heißt, nicht etwa unterrichtet. Drei Lehrer hatten wohl von diesen Zuständen die Nase voll; sie kündigten zum Jahresende. Daher kommt es, daß der "Laden" jetzt so ziemlich zusammengebrochen ist. Schulleiter Gehrmann ist ein besonders Schlauer: Er wandte sich an die Oberhausener Sonderschulen und bat, von dorther Lehrer zur Verfügung zu stellen. Das hieße, daß die Oberhausener Sonderschüler noch weniger Unterricht bekämen. Aber der Schulleiter weiß, daß die Sache vorläufig aussichtslos bleibt. Er meinte gegenüber der Presse, daß sich heute noch nicht absehen läßt, wie lange die "ehemaligen Sonderschüler", die jetzt Berufsschüler sind, ohne "schulische Betreuung" bleiben.

Völlig richtig schrieb die Kommunistische Volkszeitung im Dezember, daß es für die Arbeiterjugendlichen in Wirklichkeit keinerlei Recht auf Schulbildung gibt. Mit Ausbildung hat das wenig zu tun, das beweist Schulleiter Gehrmann, wenn er von "Betreuung" der "ehemaligen Sonderschüler" spricht.

Es ist gut zu wissen, daß es eine Gesellschaftsordnung gibt, in der die üblen Zustände an den Schulen der kapitalistischen Vergangenheit angehören werden: im Sozialismus, den die Arbeiterklasse und das Volk sich erkämpfen müssen. J.F., Oberhausen

Gesamtschule nicht mehr vorgesehen

Weinheim. Laut "Weinheimer Nachrichten" vom 20.1.75 hat das Kultusministerium Baden-Württemberg eine Gesetzesnovelle für das Schulverwaltungsgesetz ausgearbeitet, in welcher die gesetzliche Einführung der "noch im Versuchsstadium befindlichen integrierten Gesamtschule" abgelehnt wird. Für den Modellversuch "Gesamtschule Weinheim" heißt dies, daß er wohl in der nächsten Zeit schrittweise eingestellt werden soll. Es ist kein Wunder, daß das Kultusministerium bei seinem Vorgehen auf den Widerstand der Eltern stößt, deren Kinder in der Gesamtschule Weinheim unterrichtet werden. Sie wehren sich dagegen, daß die Schulsituation ihrer Kinder immer mehr verschlechtert werden soll. Sie haben gefordert, daß bis zum 31.1. eine Stellungnahme des Ministeriums vorzuliegen hat, in der es seine Pläne offenlegen soll. Außerdem planen sie eine Elternversammlung im Februar, auf der der verantwortliche Ministerialdirigent des Kultusministeriums Rede und Antwort stehen soll.

Eine Einheit der Bundeswehr spielt Krieg in einer Ortschaft – und übt den Straßenkampf

Gefechtsübung in einer Ortschaft

Mit Hilfe einer Patenschaft wird der Straßenkampf geübt

Kassel. Vom Freitag, 17.1., bis Sonntag, 19.1., wurde in Gilfershausen/Bebra die Patenschaft mit einer Kompanie aus der Rotenburger Bundeswehrkaserne "gefeiert". Das sah so aus, daß am Freitagabend große Reden geschwungen wurden über die Bedeutung der Bundeswehr und ihre Volksverbundenheit und am Samstag eine Übung stattfand, in der die Einnahme des Dorfes geprobt wurde. In der Nacht zum Sonntag sollten die Soldaten dann in der Bevölkerung untergebracht werden, um damit die Patenschaft endgültig zu besiegeln.

Die Übung selbst vermittelte aber keinen Eindruck von Verbundenheit. Vielmehr bekämpften sich im Ort zwei bewaffnete Einheiten und die Bevölkerung stand unbeteiligt dabei. In einigem Abstand verfolgten sie das Geschehen. Nur die Kinder waren begeistert, sie sprangen um die Soldaten herum und wollten gern mitmachen. Was diese Übung mit der Patenschaft zu tun haben sollte, wußte keiner zu sagen, aber sie meinten, das gehört wohl dazu, wie man ihnen gesagt hatte. Auch über die Patenschaft selbst wußten nur sehr wenige etwas zu sagen. Einige glaubten zu wissen, daß die Bundeswehr dem Dorf einen Kinderspielplatz bauen wolle. Man sieht daran, daß die Bevölkerung über diese Dinge, die sie doch direkt betreffen, bewußt im unklaren gelassen wurde.

Die Bundeswehrführung und wohl auch die "Stadtväter" haben kein Interesse daran, daß sich die Bevölkerung aktiv mit der Bundeswehr auseinandersetzt; sie meinen, daß es genügt, den Menschen ab und zu ein bißchen Rummel und Knallerei vorzusetzen, damit sie mitmachen.

Das zeigt sich auch deutlich an der Reaktion der Bundeswehrführung auf unsere Anwesenheit. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß es eine breitere Öffentlichkeit geben könnte, es war auch kein einziger Pressevertreter dabei. Die Offiziere waren sichtlich nervös, als sie bemerkten, daß wir eine Kamera dabeihatten und Bilder machten.

Das ist auch verständlich, wenn man bedenkt, daß Gefechtsübungen in Ortschaften normalerweise nicht erlaubt sind und nur mit Ausnahmegenehmigungen durchgeführt werden dürfen, aufgrund der Sicherheitsbestimmungen.

Ohne den Patenschaftsrummel hätte diese Übung wohl auch kaum stattfinden können, weil dann die Bevölkerung nicht mitgespielt hätte. Ich glaube vielmehr, daß die Patenschaft als willkommener Anlaß genommen wurde, um Erfahrungen im Straßenkampf zu sammeln.

—vo—

Schlechterstellung der Wehrpflichtigen

Vermögensbildung und Steuerreform bringen für die Soldaten eine beträchtliche Verschlechterung

Soldat-Sein lohnt sich, diesen Eindruck könnte man haben, wenn man in der Zeitung liest, daß der Bund jedem wehrpflichtigen Soldaten 50 DM im Monat zahlt, wenn er dieses Geld nach dem 624 DM-Gesetz anlegt. Die Bundesregierung spuckt große Töne, daß dadurch die soziale Lage der Soldaten verbessert würde, aber in Wirklichkeit verschlechtert sie sich durch die am 1.1.1975 in Kraft getretene Änderung der Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige beträchtlich. Das ist ein alter Trick: Nach außen hui, darunter pfui!

Was änderte sich nun wirklich am 1.1.1975?

Bis Ende 1974 hatte jeder ledige Soldat nach dem Unterhaltssicherungsgesetz Anspruch auf Weiterzahlung von Versicherungsprämien (z. B. für Krankenversicherung, Lebensversicherung, freiwillige Weiterversicherung in der Rentenversicherung), von Raten aus Sparverträgen und Bausparverträgen und der Miete für die eigene Wohnung. Das ist jetzt vorbei. Leistungen werden nur noch gewährt bis zu höchstens 80 DM monatlich, die Miete wird überhaupt nicht mehr bezahlt. Von diesen 80 DM werden auch noch die 50 DM für vermögenswirksame Leistungen abgezogen, so daß für die freiwilligen Versicherungen nur 30 DM verbleiben.

Dazu kommt noch, daß auch den Eltern der Soldaten durch die Steuerreform in die Tasche gelangt wird: Bisher konnte für Söhne, die Wehrdienst leisten, ein Kinderfreibetrag von der Steuer abgezogen werden. Jetzt, nach der Ersetzung der Kinderfreibeträge durch das Kindergeld, erhalten diese Eltern gar nichts mehr; denn für Wehrdienst leistende Söhne wird kein Kindergeld gezahlt.

Dies ist ein schwerer Schlag für die Soldaten, insbesondere für diejenigen, die vor der Einberufung schon Geld verdient haben und Versicherungen und Sparverträge abgeschlossen oder eine eigene Wohnung gemietet haben. In meinem Fall sieht das z. B. so aus: *Ich habe seit mehr als 4 Jahren eine eigene 2-Zimmer-Wohnung, die ich auch selbst möbiliert habe. Weil die Miete und die Heizölkosten durch die Preistreiberei der Ölkonzerne in den letzten Jahren auf fast 400 DM gestiegen ist und im Sommer jedesmal eine saftige Heizkostennachzahlung ansteht (im letzten Jahr waren es 777 DM!), mußte ich schon mein Auto verkaufen. Jetzt wurde ich zur Bundeswehr eingezogen und bekomme einen Sold in Höhe von 165 DM. Ich kann zwar Wohngeld beantragen und bekomme dann den "Höchst"-satz von 96 DM. Aber das reicht nicht, um die Wohnung zu bezahlen, selbst wenn ich ein Zimmer untervermiete. Wenn mir Freunde nicht helfen, muß ich die Wohnung aufgeben und meine Möbel verkaufen. Das ist hart, denn – abgesehen von dem wirtschaftlichen Verlust aus dem Verkauf der Möbel – weiß jeder beim Bund, daß ein "Stützpunkt" außerhalb der Kaserne wichtig ist: kannst du am Wochenende aus der Kaserne raus, kriegen sie dich schwerer kaputt.*

Man sieht also: Wenn diese Regierung schon einmal spart, geht das zu Lasten derer, die eh schon arm dran sind. Bei den Kameraden und ihren Eltern wird die Regierung dadurch wenig Freunde gewinnen.

—Matr.Z., 3./MFmS, Eckernförde—

Kraft getretene Änderung der Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige beträchtlich. Das ist ein alter Trick: Nach außen hui, darunter pfui!

Was änderte sich nun wirklich am 1.1.1975?

Bis Ende 1974 hatte jeder ledige Soldat nach dem Unterhaltssicherungsgesetz Anspruch auf Weiterzahlung von Versicherungsprämien (z. B. für Krankenversicherung, Lebensversicherung, freiwillige Weiterversicherung in der Rentenversicherung), von Raten aus Sparverträgen und Bausparverträgen und der Miete für die eigene Wohnung. Das ist jetzt vorbei. Leistungen werden nur noch gewährt bis zu höchstens 80 DM monatlich, die Miete wird überhaupt nicht mehr bezahlt. Von diesen 80 DM werden auch noch die 50 DM für vermögenswirksame Leistungen abgezogen, so daß für die freiwilligen Versicherungen nur 30 DM verbleiben.

Dazu kommt noch, daß auch den Eltern der Soldaten durch die Steuerreform in die Tasche gelangt wird: Bisher konnte für Söhne, die Wehrdienst leisten, ein Kinderfreibetrag von der Steuer abgezogen werden. Jetzt, nach der Ersetzung der Kinderfreibeträge durch das Kindergeld, erhalten diese Eltern gar nichts mehr; denn für Wehrdienst leistende Söhne wird kein Kindergeld gezahlt.

Dies ist ein schwerer Schlag für die Soldaten, insbesondere für diejenigen, die vor der Einberufung schon Geld verdient haben und Versicherungen und Sparverträge abgeschlossen oder eine eigene Wohnung gemietet haben. In meinem Fall sieht das z. B. so aus: *Ich habe seit mehr als 4 Jahren eine eigene 2-Zimmer-Wohnung, die ich auch selbst möbiliert habe. Weil die Miete und die Heizölkosten durch die Preistreiberei der Ölkonzerne in den letzten Jahren auf fast 400 DM gestiegen ist und im Sommer jedes- Ich kann zwar Wohngeld beantragen und bekomme dann den "Höchst"-satz von 96 DM. Aber das reicht nicht, um die Wohnung zu bezahlen, selbst wenn ich ein Zimmer untervermiete. Wenn mir Freunde nicht helfen, muß ich die Wohnung aufgeben und meine Möbel verkaufen. Das ist hart, denn – abgesehen von dem wirtschaftlichen Verlust aus dem Verkauf der Möbel – weiß jeder beim Bund, daß ein "Stützpunkt" außerhalb der Kaserne wichtig ist: kannst du am Wochenende aus der Kaserne raus, kriegen sie dich schwerer kaputt.*

Man sieht also: Wenn diese Regierung schon einmal spart, geht das zu Lasten derer, die eh schon arm dran sind. Bei den Kameraden und ihren Eltern wird die Regierung dadurch wenig Freunde gewinnen.

—Matr.Z., 3./MFmS, Eckernförde—

In Gilfershausen/Bebra inspizieren die Leute neugierig das Kriegsgerät. Das ist sher gut,denn um die Revolution zu machen, braucht das Volk Kenntnisse im Führen der Waffen.

Die Verfügungsbereitschaft Die Bundesregierung will damit feilschen

Der Bundestag hat einstimmig die Novelle des Wehrpflichtgesetzes verabschiedet

Am Freitag, dem 24. Januar hat der Bundestag einstimmig eine Novelle zum Wehrpflichtgesetz gebilligt. Der wesentliche Inhalt dieser Novelle ist die Möglichkeit, einen Teil der Armee – 6 % oder etwa 30 000 Mann – einzusparen von 1976 an. Dabei handelt es sich jedoch nicht darum, daß die Bundesregierung die Armee, die derzeit eine Stärke von 495 000 Mann hat, tatsächlich verringern will. Bei diesen 30 000 Mann ist die Lage vielmehr so, daß sie sich während eines Jahres nach Beendigung ihres Wehrdienstes zur unumschränkten Verfügung der Einheit halten müssen.

Sie können jederzeit zu Übungen während dieser Zeit herangezogen werden, sie werden überhaupt von den Einheiten so geführt, als seien sie vorhanden. Für diejenigen Wehrpflichtigen, die zu dieser Bereitschaft eingeteilt werden, soll sich zwar der Grundwehrdienst verkürzen, gleichzeitig aber wird er auch verlängert. Für die übrigen Soldaten jener Einheiten, aus denen diese Bereitschaften gebildet werden, wird die Belastung zunehmen, weil sie das Gerät und die Waffen dieser Soldaten mit in Ordnung und funktionsfähig halten müssen.

Der Kernpunkt dieser Novelle des Wehrpflichtgesetzes ist jedoch darin zu sehen, daß die Bundesregierung sich festgelegt hat in der Frage des Truppenabbaus in Mitteleuropa. Die Bundesregierung hat erklärt, sie werde von den im Gesetz enthaltenen Möglichkeiten nur unter der Voraussetzung Gebrauch machen, daß auch die Gegenseite, die Warschauer-Pakt-Staaten, allen voran die Sowjetunion, Zugeständnisse bei den Verhandlungen in Wien über den "gegenseitigen Truppenabbau" in Mitteleuropa machen werde.

Die Bundesregierung, die mit dieser Festlegung sich die Zustimmung der CDU-Opposition im Bundestag und das Passieren dieser Novelle im Bundesrat erkauft hat, betrachtet also die Veränderung, die sie in der Armee mit diesem Gesetz herbeizuführen wünscht, als ein Zugeständnis! Vor kurzem lautete dies noch anders: Da war diese Maßnahme eine der ganz großen Reformen, mit der die Struktur der Streitkräfte an die modernen Zeiten angepaßt, alte Zöpfe abgeschnitten werden sollten.

Dafür, daß die CDU-Opposition die Bundesregierung zu dieser herzhaften Offenheit veranlaßt hat, ist ihr wahrhaftig zu danken. Sehen wir doch nun, daß es den bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik überhaupt nicht ernst ist mit der Frage des Truppenabbaus! Vielmehr geht es ihnen nur darum, unaufhörlich nach Tricks in der Art von Taschenspielern zu suchen, wie sie sich gegenüber dem Gegner einen Vorteil verschaffen können.

Die Wiener Verhandlungen werden geführt mit dem Ziel, das militärische Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zu verändern. Die Verhandlungen sind ein Mittel der Rivalität zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR. Die Kriegsgefahr wird durch diese Verhandlungen geschürt statt verringert.

Demgegenüber ist festzuhalten an der Forderung nach bedingungslosem Abzug aller fremden Truppen aus Mitteleuropa, nach der Beseitigung aller Kernwaffen und ihrer völligen Zerstörung. Diese Forderung ist von den Völkern gestellt worden und wird in der ganzen Welt unterstützt. Die Volksrepublik China zum Beispiel, die auch über Kernwaffen verfügt, hat sich uneingeschränkt zu diesen Forderungen bekannt. Sie wird einem entsprechenden Abkommen sofort beitreten. Zusätzlich hat sie erklärt, niemals Atomwaffen als erste anzuwenden. Diese Haltung ist vollkommen klar und steht in voller Übereinstimmung mit den Interessen der Völker.

—g.j.—

Bundeswehr zur Sicherung der Ölquellen

Pfullendorf; GenObst von Fritsch-Kaserne. Bei einer Truppeninformation zur Jahreswende wurde Hauptmann Rahmel, Chef der StBttr AR 10, über die Absichten der Politiker und Militärs sehr deutlich. Er meinte, daß die westlichen Länder von den ölfördernden Ländern gezwungen würden, sich den Zugang zum Öl militärisch zu sichern und daß die Bundeswehr dann wohl auch im Rahmen ihrer Bündnispflicht in diesen Konflikt eingreifen werde. Diese Aussage Rahmels entlarvt die Phrasen von der Bundeswehr als Verteidigungsarmee der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und zeigt, daß die Bundeswehr wie jede andere imperialistische Armee dort eingesetzt wird, wo nicht mehr gelingt, das Volk einzuschläfern, und dieses seine Macht zu gebrauchen lernt und seine Interessen gegen die Herrschaft der Imperialisten durchzusetzen versucht.

R., Pfullendorf

„Bundeswehr aktuell" lügt

Die Berichterstattung über die Gefechtsübung in der Ortschaft Gilfershausen

"Bundeswehr aktuell", eine "tägliche Information des Bundesministeriums für Verteidigung" schreibt dazu in Nr.11/14 vom 22.1.75:

Vier aus Frankfurt und Darmstadt angereiste Kriegsdienstverweigerer hatten die Reaktion der nordhessischen Bevölkerung nahe der innerdeutschen Grenze auf ihre Agitationsversuche offenkundig falsch eingeschätzt. Ihre unversehrte Heimreise, die sie bald wieder antraten, verdankten sie letztlich nur Kompaniechef und Bataillonskommandeur. Sie bewahrten durch ihr besonnenes Eingreifen die vier erfolglosen Propagandisten vor Handgreiflichkeiten der aufgebrachten Bevölkerung.

Die Personen, auf die sich dieser Bericht offenbar bezieht, haben den nebenstehenden Bericht geschrieben. Bei ihnen handelt es sich nicht um Kriegsdienstverweigerer, sondern um Soldaten, die derzeit ihren Wehrdienst ableisten. Ebenso falsch ist die Behauptung, die nordhessische Bevölkerung sei gegen die Verfasser des Artikels "aufgebracht" gewesen. In einem Begleitschreiben heißt es: Die Verfasser seien anfangs von einem einzelnen Bürger angepflaumt worden, sie seien doch Studenten und würden von Steuergeldern bezahlt. Hinterher haben sich die Verfasser aber freundschaftlich mit diesem Bürger unterhalten.

Zu Handgreiflichkeiten, wie "Bundeswehr aktuell" schreibt, ist es niemals gekommen. Auch wurden die Verfasser nicht vom Kommandeur oder dem Kompaniechef beschützt. Vielmehr hatte einer der Offiziere den Auftrag, jeden Kontakt zwischen den Verfassern des nebenstehenden Berichts und den Soldaten der Kompanie zu unterbinden und das Fotografieren zu verhindern.

Man sieht, die Offiziere haben die Unruhe gegen die Verfasser zu schüren versucht. Das aber ist ihnen nicht gelungen. Die Verfasser haben ihre Bilder machen können, sie haben mit der Bevölkerung diskutieren können und sie haben auch mit Soldaten – wenn auch nur vereinzelt – gesprochen. Alles, was die Offiziere erreicht haben, war, daß sie das Nummernschild des PKW der Verfasser aufgeschrieben haben.

Aufruf

zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Oman

Aufgrund eines Aufrufs der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) findet in der Woche vom 3. bis 10.2.1975 in der BRD eine Postkartenaktion zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Oman statt (vgl. KVZ Nr.2/75).
Nach einer der letzten Aktionen der PFLO im Inneren des Landes hat eine breite Verhaftungswelle eingesetzt, von der mindestens 1 000 Menschen aus allen Teilen des Volkes betroffen sind. Sie wurden grausam gefoltert, einige führende PFLO-Mitglieder, die schon seit Jahren gefangengehalten werden, sind in Lebensgefahr.
Die PFLO schreibt in ihrem Aufruf:

"Daher rufen wir alle fortschrittlichen Menschen und die nationalen arabischen Regierungen auf, einzugreifen, um dem reaktionären Regime Quabus Eihalt zu gebieten und den historischen Verrat gegen die arabischen Völker und an den heroischen Massen von Oman abzuwenden."
Freiheit für alle politischen Gefangenen in Oman!

Die Postkarten werden auf Wunsch der PFLO an die omanische Regierung in Maskat, an die Arabische Liga, die Menschenrechtskommission der UNO und an das Internationale Rote Kreuz geschickt.
Sie sind zu erhalten beim
Nahost-Komitee Heidelberg
6900 Heidelberg
Postfach 4208

Programm der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO)

zu beziehen über:
Buchvertrieb Mannheim
68 Mannheim
Sandhoferstraße 29 / Postfach 5129

Programm der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO)

zu beziehen über:
Buchvertrieb Mannheim
68 Mannheim
Sandhoferstraße 29 / Postfach 5129

Die US-Imperialisten wollen sich in Oman festsetzen

Die amerikanische Regierung verhandelt derzeit mit dem Sultan Quabus von Oman, einem Staat am arabischen Golf, und der britischen Regierung um die Überlassung der Insel Masira. Masira liegt im Indischen Ozean vor der Küste der omanischen Provinz Dhofar. Die Insel befindet sich derzeit in der Hand der britischen Regierung. Einheiten der Royal Airforce sind dort auf einem Luftwaffenstützpunkt stationiert. Sie beteiligen sich an der Kriegsführung des Sultans von Oman gegen den Befreiungskampf in der Provinz Dhofar, von der große Teile befreit sind und wo das Volk die Herrschaft selbst ausübt unter Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO).

Die Insel Masira hat eine strategisch wichtige Lage. Von dort aus ist die Straße von Hormuz zu kontrollieren, die Einfahrt in den arabischen Golf, durch die alle Viertelstunde ein Öltanker fährt. Und von dieser Insel ist ein großer Teil des Indischen Ozeans zu kontrollieren.

Die US-Imperialisten wollen sie also aus verschiedenen Gründen in die Hand bekommen. In ihrem Streben nach Weltherrschaft bringt die Insel für sie einen wesentlichen Vorteil gegenüber der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen UdSSR, die selber über zahlreiche Stützpunkte und eine starke Flotte im Indischen Ozean verfügt. Die Stützpunkte befinden sich unter anderem in Somali und im Irak am Arabischen Golf.

Für die US-Imperialisten ist diese Insel dann ein ausgezeichnetes Sprungbrett für den Fall, daß sie einen militärischen Schlag gegen die Ölfelder durchführen wollen. Die Stationierung von Truppen auf der Insel ist die unmittelbare Vorbereitung für die Durchführung einer solchen Aktion, mit der ja von den Spitzen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen immer wieder gedroht worden ist. Die algerische Nachrichten-

sel dann ein ausgezeichnetes Sprungbrett für den Fall, daß sie einen militärischen Schlag gegen die Ölfelder durchführen wollen. Die Stationierung von Truppen auf der Insel ist die unmittelbare Vorbereitung für die Durchführung einer solchen Aktion, mit der ja von den Spitzen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen immer wieder gedroht worden ist. Die algerische Nachrichten-

agentur APS schreibt deshalb zum Beispiel: "Die Amerikaner sichern sich eine ausgezeichnete Position für die Kontrolle der Schiffahrt im Golf, durch den hindurch die Hälfte des Öls des Westens geht. Im Falle eines offenen Konfliktes werden die USA den arabischen Ölexportländern so ihren Willen aufzwingen können. Sie werden ganz einfach den Golf auf der Höhe von Masira sperren." (nach Le Monde vom 23.1.75)
Im Austausch für die Überlassung des Stützpunktes wollen die US-Imperialisten dem Sultan von Oman Waffen verkaufen und militärische Berater für den Krieg gegen die Befreiungsbewegung in Dhofar zur Verfügung stellen. Das heißt, daß sie auch auf dem omanischen Festland einen Stützpunkt anstreben.

Auflösung aller militärischen Stützpunkte und Flotten!

Der Sultan Quabus von Oman hat inzwischen die Tatsache der Verhandlungen mit der US-Regierung über die Insel dementiert. Solche Verhandlungen, die einen Schlag gegen die arabischen Interessen bedeuten, kann er unmöglich zugeben. Ob die US-Imperialisten dort Truppen stationieren werden oder nicht, das liegt nicht in der Hand dieses besonders korrupten Exemplars eines Sultans. Denn er hat die Insel ja bereits den britischen Imperialisten überlassen. Und die englische Regierung hat ihr Einverständnis längst gegeben.
Wir wenden uns gegen die Übergabe des Stützpunktes an die US-Imperialisten. Wir schließen uns der Forderung an nach Auflösung aller militärischen Stützpunkte und Flotten im Indischen Ozean. Das forderten die Staaten und Völker um den Indischen Ozean herum anläßlich der Verhandlungen über die Übergabe der Insel Diego Garcia an die US-Imperialisten. Diese Forderung wird von vielen Staaten der Dritten Welt unterstützt. Auch die Volksrepublik China steht hinter diesen Forderungen.

Stützpunkte der Großmächte im Indischen Ozean
Vereinigte Staaten – Großbritannien – Frankreich – Sowjetunion
1000 km
F.A.Z.-Karte Sturm

Stützpunkte der Großmächte im Indischen Ozean
Vereinigte Staaten – Großbritannien – Frankreich – Sowjetunion
1000 km
F.A.Z.-Karte Sturm

Auseinandersetzung auf einer Indonesien – Veranstaltung

Gießen. Am 24. Januar fand ein sogenannter Indonesischer Kulturabend statt. Es handelt sich um eine Propagandaveranstaltung für die indonesische Regierung.
Auf der Veranstaltung, die im wesentlichen von der "besseren Gesellschaft" Gießens besucht wurde, versuchten etwa 150 Studenten ein Referat vorzutragen.
Es handelte sich darum, zu zeigen, daß das Volk in Indonesien mit blutigem Terror unterdrückt wird und daß die derzeitigen Machthaber überhaupt nur an die Herrschaft gekommen sind, nachdem sie zuvor in einem Bürgerkrieg über 500 000 Menschen ermordet haben.

Diese Tatsachen über Indonesien aber sollten nach dem Willen der Veranstalter nicht zur Sprache gebracht werden. Sie hatten einen Saalschutz organisiert, der massiv gegen die Studenten vorzugehen versuchte. Er stürmte los, als die Studenten sich aus der Veranstaltung zurückzuziehen beschlossen hatten, nachdem ihnen das Mikrofon nicht zur Verfügung gestellt wurde und die Veranstalter mit der Verstärkeranlage ein Eingreifen aus dem Saal heraus unmöglich machten. Von den Studenten wurde keiner ernsthaft verletzt. Sie führten anschließend eine zweite Veranstaltung durch, auf der unter anderem indonesische Genossen aus ihrer Heimat über den Kampf ihres Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung berichteten.
Der Gießener Universitätspräsident, der den Einsatz der Schlägertruppen leitete, hat Strafanzeige gegen die Studenten angekündigt.
(nach einer Korrespondenz von N.S., KSO Gießen)

Chile

Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag

Ungeheuerlich ist die imperialistische Ausplünderung Chiles: Der Weltmarktpreis für Kupfer wurde von den Imperialisten auf 55 bis 60 Cent ge-

Chile

Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag

Ungeheuerlich ist die imperialistische Ausplünderung Chiles: Der Weltmarktpreis für Kupfer wurde von den Imperialisten auf 55 bis 60 Cent gedrückt, die Produktionskosten in Chile betragen dagegen 60 bis 70 Cent. ITT, Drahtzieher des Militärputsches, wurde zwar verstaatlicht: ITT gab den Wert seiner Anlagen in Chile mit 95 Millionen Dollar an, erhält von der Junta aber 113 Millionen Dollar – die Differenz als "Wiedergutmachung" für an ITT "begangenes Unrecht"!

Arbeitslosigkeit in Groß-Santiago
Sept. 1970 bis Sept. 1974
Quelle: Universidad de Chile
10 %
6 %
4 %
1971 1972 1973 1974

Diese Ausplünderung gewährt den Werktätigen nicht mehr die nackte Existenz. Nach Geheimberichten der Weltbank sind derzeit 1,5 Millionen Chilenen arbeitslos – das sind 15 % der Gesamtbevölkerung Chiles, Frauen und Kinder mit eingerechnet. Die Weizenpreise werden täglich um 0,5 % angehoben; nach einem Bericht im "Spiegel" muß eine Arbeiterfamilie heute 25 % eines Monatslohns allein für das tägliche Brot ausgeben. Es gibt nahezu keine öffentliche Gesundheitsversorgung mehr, und die Tarife für die private sind um 160 % gestiegen.

Spendenkonto der westdeutschen Chile-Komitees
Bank für Gemeinwirtschaft
Frankfurt
Konto Nr. 1553 076 100

Portugal: Es geht um die Einheitsgewerkschaft

Über 5 000 Demonstranten haben am vergangenen Wochenende den Kongreß des "Demokratischen und Sozialistischen Zentrums" (CDS) in der portugiesischen Hafenstadt Porto auseinandergejagt. Die Demonstranten begründeten ihre Aktion damit, daß es sich bei dieser Organisation um eine Sammlungsbewegung der Faschisten handelt, ihre Führer und Organisatoren hätten früher mit Salazar und Caetano zusammengearbeitet.

Gegen die Aktion wurden zum Schutz des Kongresses 80 Fallschirmjäger eingesetzt. Hinter die Aktion haben sich eine Reihe von politischen Organisationen gestellt, die links von der revisionistischen Kommunistischen Partei Portugals bestehen. Die bürgerliche Presse in ganz Europa stellte jedoch auch heraus, daß die Kommunistische Partei an der Aktion beteiligt war. Sie beruft sich dabei auf Stellungnahmen von Delegationen der europäischen Christdemokratischen und Konservativen Parteien, die anwesend waren. Von der CDU zum Beispiel war der Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel auf dem Kongreß.

Die Aktion hat unter den Regierungen, besonders der Regierung der USA, offenbar ziemliche Hoffnungen aufkommen lassen. Der US-Außenminister hat sich zum Beispiel während der Nacht von Samstag auf Sonntag über die Lage in Portugal ständig unterrichten lassen. Es ist ganz offensichtlich, daß die US-Imperialisten nur auf den geeigneten Zeitpunkt warten, um selber einzugreifen oder um das Startzeichen für einen konterrevolutionären Putsch zu geben.

Unterdessen hat die Kommunistische Partei Portugals, die eine der Regierungsparteien ist, sich von der Aktion gegen den Kongreß des CDS scharf distanziert. Unklar ist die Haltung der "Bewegung der Streitkräfte" bisher. Berichtet wurde, daß die gegen die Aktion eingesetzten Soldaten offenbar mit der Aktion sympathisierten. Die europäische bürgerliche Presse erwartet eine Spaltung der Bewegung der Streitkräfte und sie redet schon offen vom Bürgerkrieg (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Le Monde). Eine weitere Zuspitzung erfährt die Lage am Ende dieser Woche: Für den 31. Januar haben die revisionistische Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei des Außenministers Soares zu getrennten Demonstrationen aufgerufen. Die Lage entwickelt sich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft. Dazu der folgende Artikel.

In Portugal ist von der Regierung der Gesetzentwurf über die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft verabschiedet worden. Dabei ist es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der revisionistischen KP Portugals und den Sozialdemokraten unter Außenminister Soares gekommen.
Die Lage hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisationen der portugiesischen Arbeiterklasse ist derzeit so: Es gibt eine gewerkschaftliche Dachorganisation, eine lose Zusammenfassung einer Vielzahl von Gewerkschaften, die alle keine branchenmäßigen Organisationen darstellen, d.h. die nicht alle Arbeiter eines Industriezweiges zusammenfassen, sondern die oft an ihrer regionalen und lokalen Selbständigkeit auf Betriebsebene festhalten. Der Versuch, diese Zersplitterung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, ist eine unabdingbare Notwendigkeit, damit die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter überhaupt zu einer Waffe gegen die Kapitalisten wird. Die Einheitsgewerkschaft ist eine Forderung, die – wenn sie die Arbeiter selber noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben sollten – in dem Augenblick auf die Tagesordnung kommt, wenn die Arbeiterklasse in die erste Auseinandersetzung mit den Kapitalisten geht. So wurde die derzeitige Dachorganisation auch genau in dem Augenblick gegründet, als im Sommer die breite Streikbewegung sich entwickelte. Von dieser Seite her ist gegen den Schritt der portugiesischen Revisionisten gar nichts einzuwenden.

Es geht um die Führung in der Arbeiterklasse

Gegen die Taktik der in der Sozialistischen Partei organisierten Sozialdemokraten ist dagegen sehr viel einzuwenden.
Sie treten auf als Verteidiger des "Pluralismus" und der "Vielfalt" gegen die Hegemonie einer Partei. Sie vergleichen das Gewerkschaftsgesetz mit der Regelung der Vertretung der Arbeiterinteressen unter dem Faschismus in einer Zwangsorganisation. Ihr Ziel ist, sich selber eine Gewerkschaft zu sichern, in der sie unumschränkt das Wort führen können. Sie wollen auf Richtungsgewerkschaften hinaus. Selbst wenn sie auch noch so klein sein werden, so betrachten sie es doch als Sieg, wenn sie ihr Prinzip durchsetzen. Eine Niederlage wäre das weniger für die Revisionisten als für die portugiesische Arbeiterklasse überhaupt.
Warum? Die Sache ist so, daß in dem Moment, wo die Sozialistische Partei ihr Prinzip durchsetzt, sie über einen Hebel zur Spaltung der Arbeiterklasse verfügt. Gelingt es ihr, eigene Gewerkschaften aufzubauen, denen die Kapitalisten die Tariffähigkeit zubilligen, dann ist es vorbei mit einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse. Und die Kapitalisten werden nichts lieber tun als mehreren Gewerkschaften gleichzeitig die Tariffähigkeit zuzusprechen, weil sie dann die eine gegen die andere ausspielen können und die Schlagkraft der Arbeiterklasse als ganzes getroffen ist. Das beste Beispiel ist Frankreich, wo die Sozialisten nach dem Krieg in genau derselben Weise verfahren sind und eigene Gewerkschaften im Gegensatz zu der bestehenden Einheitsgewerkschaft CGT aufgebaut haben. Mit ihrem Vorgehen machen sich die portugiesischen Sozialisten so zum Anwalt der bürgerlichen Herrschaft in der Arbeiterbewegung Portugals, den Kapitalisten gegenüber machen sie sich zum Garanten der bürgerlichen Ordnung.

Was die Revisionisten planen

Im Gegensatz zur Politik der Sozialisten herrscht über die Ziele der Revisionisten Portugals weniger Klarheit. Was haben sie vor mit ihrem Gesetzesentwurf? Tatsächlich ist das Kräfteverhältnis in der portugiesischen Arbeiterklasse heute so, daß die Revisionisten von der Kommunistischen Partei die Führung derzeit noch haben, während die Sozialisten vollkommen abgeschifft sind. Das hat sich kurz vor Weihnachten auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei gezeigt, wo der linke Flügel, der die Mitgliedschaft der Arbeiter in dieser Partei repräsentierte, sich abgespalten hat und heute tatsächlich diese Partei über keinen nennenswerten Einfluß mehr unter den Arbeitern verfügt. Der abgespaltene Teil geht mit der KP zusammen und tritt für die Gesetzesvorlage über die Einheitsgewerkschaft ein.

Die Revisionisten dagegen verfügen über großen Einfluß in der derzeit bestehenden Dachorganisation der portugiesischen Gewerkschaften. Sie üben in dieser Dachorganisation die Macht aus. Im Gegensatz aber können sie in den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen nicht über eine solche Macht verfügen. Die einzelnen Gewerkschaften haben gerade in den Streiks im letzten Sommer Entscheidungen über Lohnforderungen und Forderungen, die die Urlaubsregelung oder den Schutz der Arbeiter am Arbeitsplatz betrafen, aufgestellt, die scharf im Gegensatz standen zur Politik der Revisionisten. Die Revisionisten haben seinerzeit dann mitgearbeitet an einem Gesetz der Regierung, wodurch das Streikrecht im "Interesse der nationalen Wirtschaft" entscheidend eingeschränkt wurde. Für die Revisionisten ist die Lage also so, daß sie sich mit dem Gesetzentwurf ihre eigene Macht in der Arbeiterbewegung Portugals sichern wollen. Sie wollen sich staatlich ihre Machtstellung garantieren und die klassenbewußte Fraktion in der Arbeiterbewegung ausschalten oder doch unter ihre Kontrolle bringen.

Die chinesische Entwicklungshilfe – eine wirkliche Hilfe

Die chinesische Entwicklungshilfe am Beispiel Tansanias / Bericht von einem Mitglied einer südafrikanischen Befreiungsorganisation

Die Tan-Sam-Bahn wird in diesem Jahr fertiggestellt. Es handelt sich dabei um eine Bahn, die den Binnenstaat Sambia quer durch Tansania hindurch mit der tansanischen Hafenstadt Daressalam am Indischen Ozean, an der Ostküste Afrikas, verbindet. Die Bahn, die entscheidend zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der beiden Staaten beiträgt, wurde mit chinesischer Hilfe gebaut. Im folgenden Bericht wird gezeigt, wie unabhängige Völker sich gegenseitig beim nationalen Aufbau unterstützen.

Die Volksrepublik China gibt Tanzania Hilfe im wirklichen Sinne des Wortes. Diese Hilfe hat das Ziel, in Tanzania eine echte Selbständigkeit aufzubauen. Die chinesische Hilfe, bestehen aus Subventionen und zinsfreien Darlehen, die in 20 bis 45 Jahren zurückbezahlt werden sollen. Projekte, die mit chinesischer Hilfe finanziert wurden, sind unter anderen ein Kurzwellensender in Dar-es-Salaam, eine Weberei, eine Fabrik für landwirtschaftliche Geräte in Ubungo, eine Schuhfabrik für das Militär, eine holzverarbeitende Fabrik in Nachinwea, Staatsfarmen in Ruvu und Mbarali und das Millionenprojekt der Tanzam-Eisenbahn.

Die chinesische Hilfe kommt zur rechten Zeit und wird dringend benötigt, da Tanzania gerade während der Übergangsperiode leicht ins Schwanken geraten könnte, und zu einer noch schlimmeren Art des Kapitalismus zurückkehren könnte. Diese Hilfe ist auch deshalb wertvoll, weil sie auf Gebieten geleistet wird, die für die sozialistische Revolution von entscheidender Bedeutung sind. Gut arbeitende Massenmedien zum Beispiel sind notwendig, um das Volk zu bilden und zu informieren. Der Kurzwellensender, der sich jetzt im Bau befindet, wird viel dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Die Freundschafts-Weberei, die örtliche Baumwolle verarbeitet und eine arbeitsintensive Technologie besitzt, wurde zu einer Zeit eingerichtet, als die Nachfrage nach Stoff schnell anstieg und die dringende Notwendigkeit bestand, mehr Arbeitsstellen für die Stadtbevölkerung zu schaffen. Die Weberei erfüllt beide Erfordernisse. Tanzania ist vorwiegend ein Agrarstaat. Deshalb braucht es landwirtschaftliche Geräte und guten Ackerbau. Die Einrichtung einer Fabrik für landwirtschaftliche Geräte schuf die Basis für technologischen Fortschritt und die beiden Staatsfarmen eröffneten Möglichkeiten für die Steigerung der Produktion. Die Ruvu Staatsfarm zum Beispiel hat einen Ertrag von 2,5 Tonnen Reis pro Morgen, verglichen mit einem örtlichen Ertrag von weniger als einer Tonne pro Morgen. Die Mbarali Staatsfarm, die sich noch im Aufbau befindet, produziert schon jetzt im Durchschnitt etwas mehr als 1,5 Tonnen pro Morgen. Die Tanzam-Eisenbahn trägt zur Erschließung von Gebieten mit riesigem Potential in der Landwirtschaft und im Bergbau bei, und schafft dadurch ein festes Fundament für die Selbständigkeit Tanzanias. Sobald die Eisenbahnlinie die Grenze von Zambia überschritt, wurden die Kohlenlager im Tukuju Distrikt und die Erzlager im Chunya Distrikt, beide im Süden Tanzanias, erschlossen. Sie sollen durch eine weitere Eisenbahnlinie verbunden werden, deren Finanzierung China schon zugestimmt hat. In Zanizibar wurden mit chinesischer Hilfe Schuh-, Zucker- und Zigarettenfabriken errichtet. China hat auch zu der Einrichtung von Reisfarmen beigetragen. In weniger als einem Jahrzehnt chinesisch-tanzanischer Zusammenarbeit hat China Tanzania mehr als 2,5 Milliarden Shillinge (= tanzanische Währungseinheit; 1 Shilling = 0,12 DM) in Form von Hilfe auf verschiedenen Gebieten zukommen lassen.

Die chinesische Hilfe ist besonders beachtenswert, da sich China selbst noch in der Entwicklung befindet und seine Mittel für die eigene Entwicklung benötigt.

Es gibt noch einen anderen Aspekt der Hilfe Chinas, der bemerkenswert ist. Die meisten Projekte auf dem Gebiet der finanziellen Hilfe wurden von den Chinesen selbst mit beispielloser Schnelligkeit ausgeführt. Die Tanzam-Eisenbahn ist ein gutes Beispiel dafür. Es ist zweifelhaft, ob irgend ein anderes Land der Welt diese Eisenbahnlinie so schnell und zu so niedrigen Kosten gebaut hätte. Die Chinesen haben durch das, was sie in Tanzania getan haben, gezeigt, wie arbeitssam sie sind. Die Chinesen haben immer darauf geachtet, soviel einheimisches Material und Einrichtungen wie möglich zu benutzen. Sie lebten in Hütten, die aus Magrovenst angen und anderen Baumaterialien, wie sie die Einheimischen benutzen, gebaut waren. In Dar-es-Salaam benutzten sie Kokosbäume als Bauholz für den Eigenbedarf und nahmen die teureren Holzarten für Arbeiten, wo besseres Holz gebraucht wurde.

Das wirtschaftliche Einsetzen einheimischer Mittel, menschlicher sowie materieller, durch die Chinesen war so beeindruckend, daß viele Leute, die die anspruchsvollen Forderungen der westlichen Baugesellschaften kannten, den Kommentar machten, daß, wenn der Bau der Eisenbahnlinie westeuropäischen oder nordamerikanischen Firmen übertragen worden wäre, sie immer noch die Wohnlager bauen würden. Bemerkenswert am Verhalten der Chinesen ist auch die Art und Weise, wie sie ihre Kenntnisse der einheimischen Bevölkerung innerhalb von kurzer Zeit vermitteln. Als sie den Bau der Freundschafts-Weberei abgeschlossen hatten, die damals 3 000 Arbeiter beschäftigte, blieben nur 50 Chinesen zurück, um den Arbeitern zu helfen, ihre Kenntnisse zu vervollkommnen.

Alle Arbeiter in der Weberei waren Einheimische, die während der Errichtung der Weberei ausgebildet wurden. Die 50 Chinesen blieben nur auf Wunsch Tanzanias zurück. Die Chinesen bauen nicht nur Fabriken und bilden die Arbeiter dafür aus, sondern sorgen auch für Ersatzteile, um die Fabriken in Betrieb zu halten.

Alle Fabriken und Projekte, die mit chinesischer Hilfe errichtet wurden, sind dafür ausgerüstet, soviele Teile und Ersatzteile wie technisch möglich in der Fabrik oder in Tanzania herzustellen, um so eine Abhängigkeit von China zu vermeiden.

Deshalb ist China in Wort und Tat das einzige Land, das gegenwärtig wirkliche Entwicklungshilfe leistet, die afrikanische Länder wie Tanzania zur Selbständigkeit führt.

Mit großem Erfolg bauen Tansanier und Chinesen gemeinsam die Tansam-Bahn

Ein Terrorregime herrscht in Bangla Desh

Mujibur Rahman hat diktatorische Vollmachten erhalten / Die DKP-Zeitung "UZ" schreibt: "Der Reaktion geht's ans Fell"

In Bangla Desh ist die parlamentarische Staatsverfassung abgeschafft worden. Errichtet worden ist die offene faschistische Diktatur von Scheich Mujibur Rahman und seiner Clique, der herrschenden Awami-Liga. Ausgeübt wird diese Diktatur im Auftrag der Grundbesitzerklasse und der indischen Reaktionäre, die sich in Bangla Desh einen Satellitenstaat geschaffen haben.

Die neue Verfassung gibt dem Präsidenten Mujibur Rahman alle diktatorischen Vollmachten.

Das Parlament, bisher durch ein pseudodemokratisches Wahlrecht fast ausschließlich von der Awami-Liga besetzt, besteht als Dekoration weiter. Die Gesetze erläßt der Präsident, der auch Militär und Polizei befehligt. Er kann Richter nach seinem Gutdünken ein- und absetzen, untersteht aber selbst der Gerichtsbarkeit nicht. Streikrecht, Demonstrationsrecht und Pressefreiheit bestehen nicht mehr.

Scheich Mujibur Rahman und die Awami-Liga sind in Schwierigkeiten. Sie können ihre Herrschaft ohne Polizei, Armee und Ausnahmegesetze nicht mehr aufrechterhalten. Gerichtet sind diese Maßnahmen gegen das Volk.

Am 28. Dezember 1974 war bereits der "Ausnahmezustand" ausgerufen worden, der alle politischen Rechte des Volkes außer Kraft setzte. Schon seit der Gründung dieses Staates im Jahr 1971 herrscht das Regime mit diktatorischen Vollmachten. Es hat Verordnungen und Gesetze erlassen, die die Regierung ermächtigen, Arbeiter und Angestellte ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Gegen diese Entlassungen kann gerichtlich nicht geklagt werden. Die Regierung darf jeden ohne Angabe von Gründen verhaften und ohne Gerichtsverhandlung ins Gefängnis sperren. Streiks werden verboten und als illegal erklärt. Gewerkschaftliche Betätigung sollte unmöglich gemacht werden durch ein 1974 erlassenes Gesetz. Danach dürfen die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nur noch einzeln mit der Betriebsleitung verhandeln.

Aber diese Gesetze reichten nicht mehr aus, um den Widerstand des Volkes gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Korruption zu brechen. Die jetzige Verfassungsänderung, die Errichtung der offenen Diktatur läßt die letzten Verkleidungen fallen und soll den Widerstand des Volkes zum Schweigen bringen. Der Kampf des Volkes richtet sich gegen die miserablen Lebensbedingungen. Die chronische Nahrungsmittelknappheit wurde durch die Flutkatastrophe im August letzten Jahres noch verschärft. 30 Millionen der insgesamt 97 Millionen zählenden Bevölkerung Bangla Deshs sind direkt davon betroffen. Die Bauern verlassen ihre Dörfer, um in den Städten Arbeit zu suchen. Sie vergrößern aber nur noch das Heer der Arbeitslosen. Nahrungsmittel und internationale Hilfsgüter werden von Spekulanten zurückgehalten und auf dem Schwarzmarkt zu hohen Preisen verkauft oder über die Grenze nach Indien geschmuggelt. Seit August letzten Jahres hat sich der Preis für Reis verdoppelt, so daß er sogar fast unerschwinglich für große Teile der städtischen Mittelklassen geworden ist.

Die Regierung unternimmt nichts gegen Schmuggler und Spekulanten. Es ist inzwischen sogar allgemein bekannt, daß die herrschende Awami-Liga selbst große Geschäfte mit internationalen Hilfsgütern auf dem Schwarzmarkt macht. Nur jede 7. Dose Babynahrung und jede 13. Wolldecke erreicht die Opfer. Nach einem Bericht der 'Süddeutschen Zeitung' vom 27.August 1974 ist der Awami-Liga-Vorsitzende von Dacca gleichzeitig der Chef des Roten Kreuzes in Bangla Desh.

Bangla Desh wird in der bürgerlichen Presse als das "Armenhaus der Welt" bezeichnet. Das Land ist eins der ärmsten Entwicklungsländer. In Wirklichkeit ist Bangla Desh ein fruchtbares Land, dessen Boden zwei Reisernten pro Jahr möglich machen würde. Was aber seine Bevölkerung zu einer der ärmsten der Welt macht, ist die Ausplünderung des Landes durch die herrschende Klasse, durch die indischen Reaktionäre und durch die Imperialisten, die lieber in großen Plantagen profitträchtige Güter anbauen lassen statt Reis.

Die Revisionisten zeigen ihr wahres Gesicht

"Der Reaktion geht's ans Fell" – unter dieser Überschrift hat die UZ ("Unsere Zeit" – Zeitung der DKP) am 17. Januar über Bangla Desh berichtet. Dort heißt es:

"Die Regierung Bangla Deshs hat den Ausnahmezustand über das Land verhängt. Das Volk hat diese Maßnahme begrüßt. Doch die Reaktion des Landes hat aufgeheult." Die UZ meint weiter, mit dem Ausnahmezustand soll die "antiimperialistische Innen- und Außenpolitik" der "linken Volksfront" verteidigt werden. Das Volk von Bangla Desh also verbietet sich selbst alle demokratischen Rechte, untersagt sich selbst jede Demonstration, jeden Streik, jede gewerkschaftliche Organisation, um die "Reaktion" zu schlagen. Das ist die Logik von Heuchlern und politischen Betrügern. Noch nie ist die Reaktion dadurch geschlagen worden, daß man das Volk in Ketten legte. Woher weiß denn die UZ, daß "das Volk diese Maßnahmen begrüßt hat"? Alle Mittel, mit denen das Volk seinen Willen ausdrücken kann, sind verboten und mit drakonischen Strafen belegt.

Bangla Desh ist ein Staat von Gnaden der russischen Sozialimperialisten. Sie ermutigten und unterstützten die indischen Reaktionäre, einen Krieg gegen Pakistan zu führen, um Ostbengalen aus dem pakistanischen Staatsverband zu lösen und von sich abhängig zu machen. Von den Sozialimperialisten und ihren Anhängern – also auch von der DKP – ist dies immer damit gerechtfertigt worden, daß das Volk von Bangla Desh sich von der Herrschaft des pakistanischen Militärregimes habe befreien müssen. Die Volksrepublik China, die entschieden gegen die indische Aggression und gegen die imperialistische Politik der sowjetischen Führer aufgetreten ist, wurde mit Schmutz beworfen. Aber solch dreiste Lügen halten sich nicht lange. Das Volk von Bangla Desh kämpfte gegen die neuen Herren mit noch größerer Erbitterung als gegen die alten.

Die Revisionisten sind also in arge Bedrängnis geraten. Nur so läßt sich dieser abenteuerliche Artikel in der UZ erklären. Er zeigt, daß die Revisionisten von der DKP nicht Fortschritt und Volksrevolution verteidigen, wenn sie, wo auch immer, Partei ergreifen, sondern den sozialimperialistischen Machtbereich.

W.D.

Die Hilfe der Imperialisten

Das Plus und Minus der Entwicklungshilfe 1956-70

63 Milliarden DM öffentliche Entwicklungshilfe

642 Milliarden DM Gewinn-Entnahme Kapitalflucht Terms of Trade

Anteil der Enwicklungsländer am Weltwarenexport

1956: 27%

1970: 18%

Veranstaltung des südafrikanischen Siedlerregimes

Münster. Am Samstag, den 18. Januar, gab der Universitätschor Pretoria, Südafrika, auf Einladung der Universität ein Konzert.er Chor besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Vorster-Partei, die Rassismus und die brutalste Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Obwohl vorher zum Boykott aufgerufen wurde und selbst die bürgerlichen Zeitungen darüber berichten mußten, erschienen 600 Besucher, darunter die ganze Uni-Spitze sowie zahlreiche prominente Politiker von CDU und SPD. Zugleich erschienen aber auch über 200 Menschen, die gegen das Konzert auftraten.

Solidarität mit Vietnam verstärken

Die Aktivitäten zum Jahrestag des Vietnamabkommens müssen ein neuer Anfang sein

Zum zweiten Jahrestag des Pariser Vietnam-Abkommens hat das Regime des Diktators Thieu ein Dokument verbreitet, das das Pariser Abkommen und die tatsächlichen Verhältnisse in Südvietnam völlig auf den Kopf stellt. In Wirklichkeit gäbe es die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) gar nicht, behauptet Thieu. Das Pariser Abkommen habe "niemals die Existenz zweier Regierungen anerkannt", und die Tatsache, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung dieses Abkommen mitunterzeichnet habe, sei kein Beleg für ihre Existenz.

Gleichzeitig jedoch richtet Thieu jetzt ständig Aufforderungen an die Provisorische Revolutionäre Regierung, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Man sieht: Die Logik Thieus – der sich die Bundesregierung durch Nichtanerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung in der Praxis anschließt – durchläuft eine Reihe von Windungen und Wendungen, bis hin zur schlichten Lüge. Denn das Pariser Abkommen spricht eindeutig von den "beiden südvietnamesischen Parteien", wie es auch von der dritten Kraft spricht, deren Existenz Thieu ebenfalls bereits seit zwei Jahren leugnet. Die Provisorische Revolutionäre Regierung ist durch die Unterschrift der Außenministerin, Frau Binh, als eine dieser Parteien und als eigenständige Regierung ausgewiesen.

Die Aktivitäten zum 2. Jahrestag

Die Aktivitäten um den 2.Jahrestag des Pariser Vietnamabkommens haben gezeigt, daß es richtig war, die Unterstützung des vietnamesischen Volkes wieder zu verstärken. Wie erwartet, hat die Bourgeoisie Nachrichten über die Kämpfe der breiten Volksbewegung zum Sturz Thieus in Südvietnam weitgehend unterdrückt und gleichzeitig ihre Hetze gegen den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes intensiviert. Angesichts der Tatsache, daß der Kampf des vietnamesischen Volkes, wie auch des kambodschanischen Volkes von zentraler Bedeutung im Kampf gegen den Imperialismus ist und diese in der nächsten Zeit noch zunehmen wird, wird es darauf ankommen, die begonnene Arbeit fortzusetzen und wieder eine breite öffentliche Meinung für den Kampf der Völker Indochinas zu schaffen. Die Aktivitäten zum Jahrestag müssen deshalb ein neuer Anfang für die Solidaritätsbewegung sein.

In zahlreichen Städten in der BRD und Westberlin hatte der KBW allein oder in Aktionseinheiten zu Demonstrationen, Veranstaltungen und Kundgebungen aufgerufen.
Unter den Losungen 'Freiheit und Unabhängigkeit für Vietnam! Beendigung jedlicher US-Einmischung in Südvietnam! Weg mit Thieu! Schluß mit der Unterstützung der BRD-Regierung für Thieu! demonstrierten z. B. in Darmstadt 250 Menschen, in Göttingen 300, in Köln 250, in Heidelberg 800, in Bremen 600, in Frankfurt 650; an einer Kundgebung in Münster nahmen ca. 380 Menschen teil, in Mannheim an einer Demonstration 150 und abends an der Veranstaltung 400.
An der Demonstration in Westberlin am 25.1. waren ca. 1 900 Teilnehmer, davon 400 bis 500 im Block des KBW. Die Gruppe Rote Fahne hatte dafür in Westberlin und in der BRD mobilisiert. An der zentralen Demonstration der Initiativgruppe Internationale Vietnam Solidarität (IIVS) in Essen am 25.1. beteiligten sich ca. 800 Menschen. Aufgerufen hatten die Bundesvorstände von Judos, Jusos, DFG/VK, MSB-Spartakus, SHB, SDAJ, VDS, Hilfsaktion Vietnam und auch die DKP.

Mit der Waffe in der Hand – der Aufbau in den befreiten Gebieten

Aufbau in den befreiten Gebieten Südvietnams

„Was in Nord Tay Ninh geschieht"

Bericht aus Vietnam über die feste Verbundenheit der PRR mit dem vietnamesischen Volk

"Zur Zeit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens war der Norden Tay Ninhs Niemandsland. Auf beiden Seiten der Schotterstraßen war das Land durch intensive Pflanzengiftbesprühung ausgelaugt worden und ein 400 Meter bis einige Kilometer breites baumloses Gebiet war entstanden. Nur etwas Gras war in der letzten Regenzeit nachgewachsen. Hinter diesem unfruchtbaren Land gab es Wälder, aber das Blattwerk und die Rinden waren durch chemische Gifte abgefallen. Auf zwei bis drei Kilometer Abständen war jeweils ein Stück des Dschungels durch B 52-Bombardierungen schwer zerstört worden.
Heute wird der Großteil des dürren Landes an den Straßenseiten wieder kultiviert: Große Flächen von grünen Reisfeldern, Maniok, Mais, Kartoffeln, Bohnen, Bananen, Ananas und anderes Gemüse. Das Lebendigste aber sind die Häuser entlang den meisten Straßen. In Abständen von 20 Kilometer stehen sie oft in einer Länge von mehreren Kilometern.

Für die Alten eine Überraschung

Die Bewohner sind zahlreich und siedeln an den Straßen. Die älteren Bewohner sind darüber sehr erstaunt. Vor dem Krieg waren Straßen, die mit Autos befahrbar waren, den Frontsoldaten überlassen. Bis 1960 war kein einziges Haus an diesen Straßen zu finden. (. . .)
Auf einer Fläche von 600 Quadratkilometern gab es nur 30 Dörfer und Weiler. Ihre Bewohner waren die Kinh (Mehrheitsbevölkerung) und die Cham- und Khmer-Minoritäten. Viele Dörfer zählten oft nicht mehr als 30 Häuser. Sie waren weit weg von diesen Straßen, an der Nähe von Flüssen oder tief im Dschungel. Die Mehrheit der Einwohner lebte vom Holzfällen, Jagen, Honigsammeln und tauschte ihre Waldprodukte gegen etwas Reis zum Leben.
Als die US-Diem-Clique 1962 mit dem Bau strategischer Dörfer begann und die amerikanischen Truppen einmarschierten, verstreute sich die ohnehin spärliche Bevölkerung noch mehr. Einige wurden hinter Stacheldraht gesperrt, andere wurden zur Kriegsflüchtlingen gemacht. Die Verbleibenden, nur sehr wenige, mußten ihre Hütten unter das dichte Blätterdach des Dschungels bauen. Die Bebauung wurde heimlich gemacht, um der Entdeckung durch Beobachtungsflugzeuge zu entgehen. Dieses trostlose und anstrengende Leben dauerte mehr als zehn Jahre.

Nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens und dem Bekanntwerden der Erklärung der Provisorischen Revolutionären Regierung, die befreiten Gebiete zu verteidigen und aufzubauen, begannen die Menschen, sich entlang den Lebensadern anzusiedeln. Diejenigen, die in die strategischen Dörfer gebracht oder irgendwo zu Flüchtlingen gemacht worden waren, fanden ihren Weg zurück. Ihnen folgte eine große Zahl anderer, die nicht aus Nord Tay Ninh stammten. (. . .)

Die Ansiedlung nach Unterzeichnung des Abkommens

Gegenwärtig leben die meisten Einwohner vom Ackerbau. Jede Familie züchtet Schweine und Hühner. Für diese Gegend, die seit Generationen an Nahrungsmittelknappheit litt und wo "Hunde Steine und Hühner Sand essen", ist dies eine bemerkenswerte Veränderung. In ziemlich großen Dörfern entstehen ein blühendes Handwerk und Kleinindustrie, wie zum Beispiel Schmieden, Maschinen-Reparaturwerkstätten, Sägewerke, Schneidereien. Kleine Werkstätten für die Enthülsung von Reis oder Mais oder die Verarbeitung von Kartoffeln und Maniok entstehen in einigen Orten. Obwohl es immer noch an vielen Dingen fehlt, ist das befreite Nord Tay Ninh im Begriff, die Grundlage für eine sich steigernde vielfältige regionale Wirtschaft zu legen.
gionale Wirtschaft zu legen.

Diese Leistung ist das Ergebnis von mehr als einem Jahr harter Arbeit der örtlichen Einwohner und der Kämpfer. Die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) hat an fast alle zurückgekehrten Familien genug Reis für drei Monate und in einigen Fällen für neun Monate für die Überbrückung der Zeit zwischen den Ernten vergeben. Befreiungskämpfer und örtliche Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung haben Brücken gebaut und rechtzeitig Reis den bedürftigen Familien gebracht. Die Regierung hat ihnen Haustiere und Reis-Saatgut auf Kredit verkauft und hat Maschinen zu niedrigen Kosten für die Urbarmachung und das Pflügen geschickt. Dies erforderte große Anstrengungen und Ausgaben. Doch die Regierung hat sich entschieden, aufs Ganze zu gehen in Übereinstimmung mit ihrer Politik, den Lebensstandard des Volkes zu heben.
Bevor die Menschen begannen, ihre Felder zu bebauen, untersuchten die Befreiungskämpfer jedes Stück Boden nach unexplodierten amerikanischen Minen, Bomben und Granaten. Vielerorts machten die Bauern aus den Granaten Ambosse und Hämmer aus Achsen von Hubschrauberrotoren oder Ackergerät aus Panzerketten. Nach den Arbeitsstunden oder den militärischen Übungen helfen die Miliz, die Soldaten und Kader der Bevölkerung beim Bau von Brunnen, beim Bäumefällen, beim Riedschneiden für den Hausbau und beim Bau von Häusern und Schulen.

Die Einwohner sagen einander: "Die revolutionäre Regierung hat jeden von uns dazu aufgefordert, sein Bestes zu tun, um das Leben zu verändern, und nun ändert sich das Leben."
Da jede Familie in dieser "knochigen" Gegend sich selbst ernährt, ist Thieus Wirtschaftsblockade automatisch wirkungslos. Von den Gebieten unter seiner Kontrolle in der Nähe der Provinzhauptstadt von Tay Ninn finden Händler tausendeins Wege, um Waren in das befreite Gebiet zu bringen. Hier steigt die Kaufkraft der Bevölkerung ständig. Schreibpapier, Textilien, Zucker, Milch, Fahrräder, Radios usw. finden immer einen Käufer. Je mehr sich der Aufbau in Nord Thay Ninh entwickelt, desto mehr gedeiht der Handel. (. . .)
Der Handel zwischen den zwei Zonen, in Herausforderung von Thieus "Wirtschaftsblockade gegen den Vietcong", wird mit Enteignung, Beschlagnahmung, Folter, Gefängnis und selbst mit dem Tode bestraft.

"Dennoch" denken jene in diesem Geschäft, "ist dies ein kleineres Risiko als Handel in Thieus Gebieten zu betreiben; denn dort wird man sicher Verluste und den vollständigen Ruin erleiden, der Elend und den langsamen Tod zur Folge hat. Kleine Händler, die sich nicht mit Thieu und seiner Bande zusammentun, können ein solches Schicksal nicht vermeiden."
Viele derjenigen, die zwischen den zwei Zonen Handel treiben, ziehen es denn auch vor, nach fünf oder sechs Monaten ihre Kinder und Verwandten zur Umsiedlung in die befreiten Gebiete zu schicken.
"Bevor wir diese Entscheidung getroffen haben", sagen sie, "mußten wir eine traurige Erfahrung machen. Im Gegensatz zu den Gebieten unter Thieus Kontrolle gibt es hier wirklich Frieden und Demokratie. Frieden und Demokratie sind das, was wir suchen."

Viele Dörfer zählen bis zu 250 Häuser

In der Trockenzeit 1973 gab die revolutionäre Verwaltung jedem, der ankam und sich an den Hauptstraßen niederließ, ein eigenes Stück Land, 50 Meter breit. Die Zahl der Siedler war jedoch höher als erwartet. Die Breite der Landstücke mußte auf 20 Meter verkleinert werden. (Die Länge wurde entsprechend, um den notwendigen Platz zu sparen, vergrößert.)
In der Trockenzeit 1974 kamen noch mehr Menschen. Die Kader versuchten erfolgreich, die Bauern zu überzeugen, kleine Parzellen Land hinter ihren Häusern den Neuangekommenen für den Hausbau zu überlassen. Das Ergebnis war, daß nun entlang den Straßen auf einer Strecke von einigen Kilometern zwei Reihen Häuser auf beiden Seiten stehen. Viele Dörfer zählen bis zu 250 Häuser gegenüber 60 während der friedlichsten Jahre vor 1955, als es genügend Bauholz gab.

"Was in Nord Tay Ninh geschieht," sagte ein bekannter alter Bonze in einem von Thieu kontrollierten Gebiet, "genügt, um zu erklären, warum im Mekong-Delta Thieus Agenten brutale Unterdrückung ausüben, um die Menschen daran zu hindern, in die befreiten Gebiete zu gehen. Thieu selbst ist sich im klaren, daß die Leute nicht mit ihm zusammenarbeiten."
(. . .)

Übersetzung aus Southvietnam in Struggle Nr.279-280, 20.12.1974, Zentralorgan der Nationalen Befreiungsfront FNL, Südvietnam

Kambodscha

Wer den Mekong beherrscht ...

Der Vize-Premierminister der kambodschanischen Regierung GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit) und Oberbefehlshaber der Befreiungsarmee, Khieu Samphan, erklärte am 14.1.1975:

"Die Tatsache, daß unsere Befreiungsstreitkräfte den Mekong vollständig befreit haben und kontrollieren, wird die schlimmsten Folgen für die bereits verheerende militärische, politische und ökonomische Lage der Verräterbande (um Lon Nol) haben."

Tatsächlich kamen 80 bis 85 % des Nachschubs für Phnom Penh, dem Hauptstützpunkt der US-Herrschaft in Kambodscha, über den Mekong. Seit der Neujahrsoffensive ist nur ein Teil eines einzigen Konvois angekommen, während alle anderen Konvois umdrehen mußten und einige Schiffe sogar von den Befreiungstruppen erobert wurden.
Vielfach wird die Lage von westlichen Korrespondenten so eingeschätzt, daß Phnom Penh nur noch bis Mitte Februar zu halten sei, da es nur noch für drei bis sechs Wochen Lagerbestände gibt. (Süddeutsche Zeitung, 23.1.75)
Im Kampf um Phnom Penh selbst haben die Befreiungstruppen große Geländegewinne im Osten und Nordosten der Stadt erzielen können, auch weil viele Lon Nol-Soldaten desertierten. Im Süden der Stadt sind Stoßtrupps bereits bis auf einen Kilometer an die Kommandozentralen des Feindes, die US-Botschaft und den Palast Lon Nols, vorgedrungen.

Der Versuch einer Gegenoffensive am Mekong schlug völlig fehl, weil ein großer Teil der Truppen Lon Nols direkt um Phnom Penh herum gebunden ist.

Die US-Regierung versuchte jetzt, die Luftbrücke nach Phnom Penh noch weiter auszubauen. Dabei werden sie jedoch von den zum Flugplatz vorrückenden Befreiungstruppen ständig gestört. Außerdem werden jetzt auch die Beamten des Regimes an die Front geschickt. (SZ, 23.1.)
Gleichzeitig versuchen die US-Imperialisten durch den Einsatz der südvietnamesischen Luftwaffe in Kambodscha, die Transporte auf dem Mekong freizubomben (Le Monde, 23.1.). Dies zeigt erneut, daß es sich in Kambodscha keinesfalls um einen einfachen "Bürgerkrieg" handelt, wie die US-Regierung behauptet, sondern daß die US-Imperialisten den Krieg in Indochina bestimmen.

Da bisher alle Mittel zur "Stabilisierung" der Lage um Phnom Penh im Sinne der US-Imperialisten versagt haben, werden sie sich vielleicht bald wieder gezwungen sehen, offen in Kambodscha zu intervenieren. Das wird aber ihre endgültige Niederlage nicht aufhalten können. – ML –

Eine Feuerstellung der Befreiungsstreitkräfte von Kambodscha

Giftstoffe eingesetzt

Die US-Imperialisten und ihre Statthalter in Phnom Penh haben Giftstoffe in Kambodscha am 15., 22. und 25. Oktober 1974 eingesetzt. Das meldete die AKI, die Nachrichtenagentur der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) am 11. November. Die Giftstoffe wurden abgeworfen über Gewässer, Wasserläufe, Reisfelder

„Viva Zapata" - Fortsetzung einer Auseinandersetzung

Die mexikanische Revolution - der Film - die Kritik der Genossen

"Viva Zapata" ist kein revolutionärer Film. Nicht nur das aber gilt es noch einmal zu erklären, sondern auch, warum so viele Genossen gegenteiliger Meinung sind. Dabei ist zweierlei zu unterscheiden: die Frage der Bauernrevolution in Mexiko, und was der Film von Elia Kazan und John Steinbeck daraus gemacht hat.

Die mexikanische Revolution

Die bewaffneten Auseinandersetzungen der mexikanischen Revolution dauerten von 1910 bis 1920. Sie wurden ausgelöst durch das Elend der Landbevölkerung und die sich steigernde Ausplünderung durch die Großgrundbesitzer, die oft auch Ausländer oder vom ausländischen, US-amerikanischen Kapital abhängig waren. Das wohl weitestgehende Konzept der Agrarreform vertrat Emiliano Zapata, Führer der revolutionären Bauern im Süden Mexikos. Aber auch er wollte den Großgrundbesitz nicht generell abschaffen; sein Plan sah die Enteignung der Feinde der Revolution und des Grundbesitzes in dem Umfange vor, daß jedermann für sich und seine Familie ausreichenden Boden besaß. Das Ziel der mexikanischen Revolution, die vollständige Agrarreform, wurde nicht erreicht. Trotz ihres revolutionären Schwungs, trotz ihrer militärischen Erfolge konnte die mexikanische Revolution nicht siegen. Sie konnte die politische Macht nicht erobern. Sie hat letztlich die industrielle Bourgeoisie an die Macht gebracht, die das Volk unterdrückt und ausbeutet und selber vom Ausland, vom US-Imperialismus, abhängig bleibt.

In einem vom Imperialismus unterdrückten Land ist eine bürgerlich-demokratische Revolution, die die Bauern befreit, gar nicht möglich. Weil die freie Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig die Unterordnung unter den Imperialismus nach sich zieht. Erst die Verbindung der antifeudalen mit der antiimperialistischen Revolution kann den Bauern den Sieg bringen. Dafür ist auch die mexikanische Revolution ein gutes Beispiel, ebenso wie die Revolutionen, die siegreich waren, weil die Bauern sich mit der Arbeiterklasse unter deren Führung vereinigten, also z.B. die chinesische oder die vietnamesische Revolution. Mao Tse-tung nennt die Bauernaufstände die eigentlichen Triebkräfte der chinesischen Gesellschaft. "Aber da zu jenen Zeiten noch neue Produktivkräfte und neue Produktionsverhältnisse, neue Klassenkräfte und fortgeschrittene politische Parteien fehlten, hatten diese Bauernaufstände und -kriege nicht die richtige Führung, wie sie heute vom Proletariat und von der Kommunistischen Partei ausgeübt wird. Aus diesem Grund endeten damals die Bauernrevolutionen stets mit einer Niederlage." (Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas, in: Ausgewählte Werke, Band II, S. 357)

Über die vietnamesische Revolution schreibt Le Duan: "Die glühend revolutionären Bauern konnten jedoch die Führung der Revolution nicht übernehmen, da sie keine spezifische Produktionsweise vertreten, keine unabhängige politische Stellung und keine eigene Ideologie haben. In der national-demokratischen Revolution unseres Landes konnten die Bauern sich nur den Arbeitern anschließen. Selbst die Agrarrevolution hätte nicht von den Bauern allein durchgeführt werden können . . . Nur dadurch, daß sie sich mit den Arbeitern zusammenschließen, werden die Bauern eine mächtige Kraft." (Die vietnamesische Revolution, S. 32)

In einer bestimmten Zeit kann nicht einfach Revolution gemacht werden, sondern immer nur eine bestimmte Revolution, die von den bestehenden sozialen Verhältnissen ausgeht und sie entsprechend den Kräften der Klassen umstürzt. In unserer Zeit kann es daher keine andere Revolution als die proletarische geben, die erst die unterdrückten Volksmassen der armen Länder aus ihrer Geschichtslosigkeit in den Strom der modernen Revolution zu reißen vermag.

Zapatistas (so nannten sich die revolutionären Bauern und Landarbeiter, die Zapata führte). Lithografie von Raul Anguino, entstanden 1953; man sieht, daß die mexikanische Revolution noch lange die fortschrittlichen Menschen in Mexiko beschäftigt.

Was macht der Film aus der mexikanischen Revolution?

Jetzt können wir untersuchen, ob der Film "Viva Zapata" wirklich revolutionär ist, d.h. ob er die sozialen Widersprüche und ihre Entwicklung realistisch schildert. Obwohl der Film in einzelnen historischen Details durchaus genau ist, ist es doch sehr erstaunlich, daß manche Genossen meinen, dies sei ein Film über die mexikanische Revolution. Nichts wird zum Beispiel berichtet von der Einmischung der USA, die zweimal Truppen in Mexiko landeten, oder deren Botschafter die Ermordung Maderos, die im Film gezeigt wird, organisierte. Hier hätten die Autoren ihre Fortschrittlichkeit zeigen können. Nichts wird gesagt über die sozialen und politischen Ursachen der Konterrevolution der Bourgeoisie und des Imperialismus, an denen man den notwendigen Weg zum Sieg hätte aufzeigen können. Das bleibt im Dunkeln.

Vielmehr benutzt der Film die mexikanische Revolution und die Geschichte Zapatas nur als Stoff für ein mythisches Heldenepos. Die auftretenden Personen sind stark, z.T. karikaturhaft stilisiert; zum Beispiel der liberale Professor Madero, der ein wohlmeinender Hampelmann ist, oder der "wurzellose" charakterlose Intellektuelle, der als Berufsrevolutionär auftritt und als Verräter und der Züge des Leibhaftigen wie aus einem mittelalterlichen Mysterienspiel trägt. Zapata selbst ist der volkstümliche Held, der an einer großen Idee festhält, selbst als er daran zugrunde gehen muß. Der Film behandelt die mexikanische Revolution nur als bürgerliches Trauerspiel und verfährt genau nach dessen Muster. "Das große Individuum geht im Zusammenstoß mit übermächtigen Gestalten über sich selbst hinausragend unter Ausschlagung von Kompromißmöglichkeiten zugrunde, während die Werte selbst als Ideen bestehen bleiben. Der tragische Gegenstand erweckt beim Außenstehenden Bewunderung und erhabene Gefühle und führt dadurch zur Seelenerschütterung." So definieren bürgerliche Professoren "Tragik", und das paßt ziemlich genau auf den Film von Kazan und Steinbeck. Gezeigt werden die Verstrickungen eines großen Individuums, das an seinem Weg und an der Idee von der Gerechtigkeit festhält. Nirgends deutlicher wird dies als in der Szene, in der Zapata seinen einstigen Kampfgefährten als Verräter erschießt. Er war zum Verräter geworden, nicht bewußt und nicht aus niedrigen Motiven, sondern aus Menschlichkeit und Naivität, weil er glaubte, die streitenden Parteien noch versöhnen zu können. Zapata muß ihn erschießen. Die Szene will nichts anderes zeigen als den "Fluch der Gewalt" und die Niedrigkeiten, denen das große Individuum begegnet. Was ist daran revolutionär? Fazit des Films ist nicht mehr, als daß das Leben ein ständiger Kampf ist und daß es hin und wieder Helden hervorbringt, die eher untergehen als ihre Ideen verraten wollen. Ihr ganzes Leben um "ihr Tal" zu kämpfen, rät Zapata seinen Leuten, bevor er in den Tod geht.

Was ist daran ermutigend? Jedenfalls nichts für diejenigen Klassen, die durch eine Revolution ihre Ausbeuter stürzen und zum Sieg kommen müssen.

Was machen die Genossen aus dem Film?

Es ist sehr erstaunlich, was die Genossen, die den Film als "revolutionären" verteidigen, alles in dem Film gesehen haben. Jedenfalls eine ganze Menge, was er gar nicht zeigt: zum Beispiel, daß das Volk weitere Erfahrungen machen und vorankommen wird, daß es auf die eigene Kraft vertrauend den Feind besiegen kann, daß eine alte Ordnung (die im Film ja gerade siegt) umgestürzt und die bürgerlich-demokratische Revolution durchgeführt, daß die koloniale Unterdrückung beseitigt wird (worüber der Film kein Sterbenswörtchen sagt). Das alles wünschen sich die Genossen; der Film zeigt es gerade nicht.

Damit kommen wir auf den Kern der Diskussion. Das Empörende ist ja noch weniger, daß die Genossen den Film als revolutionär betrachten, sondern daß sie die Revolution als Film betrachten, als ein Panorama großer Begebenheiten. In Wirklichkeit geht also der Streit nicht allein darüber, was der Film von Kazan, sondern was die Revolution sein kann. Da äußern die Genossen schon einige seltsame Ansichten. Die Gesetze der antikolonialen Revolution, der Agrarrevolution im Zeitalter des Imperialismus erscheinen ihnen "schematisch", diejenigen, die sie darlegen, als "Schulmeister". Im Grunde hätten sie es gern weniger wissenschaftlich und weniger materialistisch. "Kämpfen, scheitern, wieder kämpfen, wieder scheitern bis zum endgültigen Sieg" – das soll nach Mao Tse-tung die Logik der Revolution sein. Wo der Sieg herkommt, vermag man nicht zu sehen. Nach Mao Tse-tung erleidet das Volk in seinem Kampf zwar Niederlagen, Scheitern aber ist der Weg der Reaktionäre, und das ist ein Unterschied.

Das ist so, weil die revolutionären Klassen die Repräsentanten der neuen, überlegenen Gesellschaft sind, die reaktionären aber die der alten, untergehenden.

Es wäre zu kurz gegriffen, mit den Genossen über die Agrarrevolution zu streiten; entscheidend ist überhaupt, wie sie an die Frage herangehen, nämlich idealistisch. Die Bewegungsformen der Rebellion setzen sie an die Stelle der tatsächlichen sozialen Inhalte. "Die Perspektive ist: Kampf" heißt es in einer der Zuschriften zustimmend! Die Arbeiterklasse und die revolutionären Völker wollen aber die Revolution nicht um ihrer selbst und der großen Gefühle willen, sondern allein wegen des Sieges. Dieser Sieg kann nur errungen werden, wenn man nicht nur Mut und Entschlossenheit, sondern die realen sozialen Kräfte berücksichtigt, die den Klassenkampf entscheiden. Hier kann aber die Frage heute nur so stehen: bürgerliche oder proletarische Ideologie. Die Genossen versuchen den Film und die Halbheiten, die er nach ihrer Ansicht hat, zu rechtfertigen. Sie erklären es für selbstverständlich, daß der Film die tatsächlichen sozialen Verhältnisse nicht korrekt schildert, das sei Aufgabe **allein** der Kommunisten. Das heißt nur, den Kommunismus zu einer besonderen Idee besonders gewitzter Leute zu machen. Dem Opportunismus gegenüber bürgerlicher Ideologie auf der einen Seite entspricht eine sektiererische Auffassung vom Kommunismus, die in Wirklichkeit die Ideologie der Arbeiterklasse ist und die Volksmassen ergreifen kann.

Mit viel Entschiedenheit und Engagement haben die Genossen sich auf die richtige Kritik des Genossen G.S. geworfen. Sie wollen keine Diskussion mehr führen, sondern haben eine Verurteilung ausgesprochen. Schon gar nicht soll des weiteren an der mexikanischen Revolution und an Emiliano Zapata in der KVZ "herumgemäkelt" werden dürfen. Nicht nur also, daß die Genossen eindeutig falsche Auffassungen über die Revolution und über einen bürgerlichen Film dazu anhängen, die Sache der Revolution ist ihnen auch so wichtig, daß ihnen eine andere Position als Frevel erscheint. Die Genossen sollten also nicht nur überlegen, ob sie in der Sache nicht unrecht haben, sondern auch, ob sie überhaupt ihre Sache so verteidigen sollten.

W.D.

"Du, was hast Du getan, um die Errungenschaften zu verteidigen, für die wir unser Leben gaben?" ist die Aufschrift dieses Linolschnitts, der als Agitationsplakat verwendet wurde. Es zeigt den Volkshelden Zapata.

Auch dieses Bild ist erst 1948 entstanden. Es zeigt Zapata, dargestellt als Bauer, der er war, mit der Waffe in der Hand. Linolschnitt von Ignacio Aguirre.
Sämtliche Bilder wurden kürzlich in einer Ausstellung revolutionärer mexikanischer Kunst in Westberlin gezeigt.